

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung vom 1. bis 4. Juni 1992 in Paris

Während des ersten Teils ihrer 38. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

Bericht des Rates

- Zweiter Teil des 37. Jahresberichtes des Rates
- Ansprache von Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel, Amtierender Vorsitzender (S. 17)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Günther Müller und Lilo Blunck.
- Ansprache von Bundesverteidigungsminister Volker Rühe, Amtierender Vorsitzender (S. 34)

Politische Fragen

- Eine neue Sicherheitsordnung in Europa (*Empfehlung 516 – S. 16*)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Günther Müller (S. 14) und Dr. Olaf Feldmann (S. 14)
- Die WEU nach Maastricht (*Empfehlung 517 – S. 22 und Richtlinie 82*)

Hierzu sprachen die Abg. Robert Antretter (S. 21) und Dr. Günther Müller (S. 21)

- Die neuen Beziehungen zwischen Europa und Amerika (*Empfehlung 522* – S. 33)
Hierzu sprachen die Abg. Robert Antretter und Margitta Terborg
- Die Anwendung der EntschlieÙung 757 der Vereinten Nationen – Jugoslawien (*Empfehlung 519* – S. 29)
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Günther Müller (S. 28) und Lilo Blunck (S. 29)
- Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Prof. Dr. Hartmut Soell (S. 10)
- Ansprache des Generalsekretärs der Westeuropäischen Union, Willem van Eekelen

Verteidigungsfragen

- Die WEU: die operationelle Organisation (*Empfehlung 518* – S. 26)
Hierzu sprachen die Abg. Heinz-Alfred Steiner (S. 25, 26) und Lilo Blunck (S. 26)
- Rüstungskontrolle: KSZE und WEU (*Empfehlung 524* – S. 41)
- Ansprache des französischen Verteidigungsministers, Pierre Joxe (S. 37)
- Ansprache des schwedischen Verteidigungsministers, Anders Björck
Hierzu sprach Abg. Heinz-Alfred Steiner (S. 40)

Technologie und Raumfahrt

- Die Waffenexportpolitik (*Empfehlung 520* – S. 24)
- Die Entwicklung eines europäischen weltraumgestützten Beobachtungssystems (*Empfehlung 523* – S. 40)

Haushalts- und Verwaltungsfragen

- Stellungnahme betr. die Verwaltungsaufgaben der Ministerorgane der WEU für das Haushaltsjahr 1992 (*Empfehlung 521*)

Geschäftsordnungsfragen

- Die Änderung von Art. 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung (*Richtlinie 81*)

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder der Versammlung sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten sind z. T. im Wortlaut, z. T. zusammengefaßt wiedergegeben.

Die Versammlung wählte Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell zum Präsidenten der Versammlung der WEU. Im Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit wurde Abg. Leni Fischer in ihrem Amt als Stellvertretende Vorsitzende bestätigt.

Den Bericht des Rates der WEU trugen als Amtierende Vorsitzende der Bundesminister für Auswärtiges, Dr. Klaus Kinkel, sowie Bundesverteidigungsminister Volker Rühe vor.

Zur Versammlung sprachen weiterhin der französische Verteidigungsminister Pierre Joxe, der schwedische Verteidigungsminister Anders Björck sowie der Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen.

An der Tagung nahmen parlamentarische Beobachter aus Österreich, Finnland, Griechenland, Ungarn, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, der Türkei, Dänemark und des Europäischen Parlaments teil.

Schwerpunkte der Beratungen

Nach seiner **Wahl zum Präsidenten der Versammlung** nannte **Prof. Dr. Hartmut Soell** als vorrangigen Programmpunkt für die 38. Sitzungsperiode das Abkommen von Maastricht und die Schlußfolgerungen, die die Versammlung in bezug auf die Sicherheit Europas hieraus zu ziehen habe. Zu beachten sei, daß die Erklärungen der WEU-Mitglieder in Maastricht nicht zum Vertrag selbst gehörten, so daß die Ratifizierung nicht den die WEU betreffenden Teil des Abkommens berühre. Mit dem Vorhaben, eine europäische Verteidigung aufzubauen, hätten die Staats- und Regierungschefs die in der Reaktivierungsphase gefaßten Beschlüsse der WEU im Nachhinein bestätigt.

Während die Umsetzung der operationellen Bestimmungen der in Maastricht abgegebenen Erklärungen durch die Militärbehörden zügig verlief, gerate die Durchsetzung der politischen und institutionellen Beschlüsse ins Stocken. Präsident Prof. Dr. Soell hob hervor, daß sich eine gemeinsame Sicherheitspolitik Europas nicht im Aufbau eines Verteidigungssystems erschöpfe, sondern vielmehr auch wirtschaftliche Hilfen an Mittel-, Ost- und Südosteuropa umfasse. Folglich seien diese Länder in das bestehende Wirtschafts- und Sicherheitssystem einzubeziehen und möglichst frühzeitig am weiteren Aufbau einer Europäischen Union zu beteiligen. Hierbei sei der zeitliche Aspekt wichtiger als der Umfang der Beteiligung.

Als weitere Aufgaben nannte der Präsident den auch von den Staats- und Regierungschefs unterstützten Aufbau von Beziehungen zum Europäischen Parlament und eine Aufstockung des Budgets, um der Versammlung die Erfüllung der ihr obliegenden Aufgaben zu ermöglichen.

Zur aktuellen Lage im früheren Jugoslawien schlug er vor, die Ausschaltung der schweren serbischen Artillerie durch Luft- und Seestreitkräfte und die Einrichtung von Schutzzonen wie solche im Norden Iraks zum Schutze der Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina und in Teilen Kroatiens zu prüfen.

Die **Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa** waren Thema des Berichts über eine neue Sicherheitsordnung in Europa. Grundlage hierzu waren insbesondere Erkenntnisse, die auf einem von der WEU-Versammlung in Berlin im Frühjahr diesen Jahres durchgeführten Kolloquium über eine neue Sicherheitsordnung in Europa gewonnen wurden, an dem auch Parlamentarier und Regierungsvertreter aus Mittel- und Osteuropa teilgenommen hatten.

Kern der Empfehlung der Versammlung ist eine Assoziierung der CSFR, Ungarns und Polens mit der WEU noch in diesem Jahr sowie der Abschluß eines Abkommens zur Friedenserhaltung, womit den geäußerten Sicherheitsbedürfnissen dieser Länder entsprochen werden soll. Darüber hinaus sollen die Beziehungen auch mit den baltischen Staaten sowie Bulgarien und Rumänien auf Ministerebene verstärkt werden. Schließlich wurde dem Ministerrat der WEU empfohlen, alles Notwendige zu veranlassen, um notfalls WEU-Truppen für die Friedenserhaltung und -wiederherstellung im Rahmen von Operationen der KSZE oder der Vereinten Nationen auf europäischem Boden und für WEU-Operationen im Rahmen des vorgesehenen Friedenserhaltungsabkommens bereitstellen zu können.

Vor dem Hintergrund der vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossenen Sanktionen gegenüber Serbien und Montenegro befaßte sich die Versammlung in einer Dringlichkeitsdebatte mit der **Situation im früheren Jugoslawien**. Die Mitglieder begrüßten einmütig diese Maßnahmen und stimmten darin überein, daß nur ein wirksames Embargo Serbien und Montenegro zu einer Umkehr ihres Verhaltens bewegen könne.

Der Rat der WEU wurde aufgefordert, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu einer Durchsetzung der entsprechenden UN-Resolution 757 beizutragen. Unterstützt wurde der Vorschlag des Generalsekretärs der WEU, daß die WEU bereit sein sollte, notfalls mit militärischen Mitteln – insbesondere durch den Einsatz von Luft- und Seestreitkräften – eine Umgehung des Embargos zu verhindern. Sollte die Entschließung 757 nicht den gewünschten Effekt zeigen, seien weitere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.

Die **Beschlüsse von Maastricht** waren Thema einer weiteren Beratung. Dabei wurde auf eine Reihe von Unklarheiten im Vertrag für eine Europäische Union hingewiesen, zum Beispiel die Frage, ob auch die Erklärungen der Mitgliedstaaten Bestandteil des Vertrags und damit zu ratifizieren wären oder – gemäß der Antwort des Rates – nur ein Teil des gesamten Vertragswerkes darstellten. Trotz dieser Unklarheiten sprachen sich die Mitglieder der Versammlung für eine Ratifizierung des Vertrags als einer wichtigen Etappe auf dem Weg zur Schaffung einer Europäischen Union aus.

Angesichts der Erweiterungsbestrebungen der WEU und der Beitrittswünsche anderer Länder wurde der Rat der WEU aufgefordert, die für einen Beitritt übriger EG-Länder wichtigen Punkte zu definieren und den vorgesehenen Status eines Beob-

achters sowie eines assoziierten Mitglieds zu präzisieren. Insbesondere im Hinblick auf den Dialog mit den Ländern, die weder der WEU noch der NATO angehören, sowie im Hinblick auf mögliche friedenserhaltende Operationen innerhalb und außerhalb Europas seien die Voraussetzungen einer sogenannten Komplementarität zwischen beiden Organisationen zu erläutern. Schließlich sprachen sich die Abgeordneten für eine engere Zusammenarbeit zwischen der WEU-Versammlung und dem Europäischen Parlament aus.

Nach kontroverser Debatte nahm die Versammlung eine Empfehlung über die **operationelle Organisation der WEU**, in der der Ministerrat unter anderem aufgefordert wurde, auf seiner nächsten Sitzung am 19. Juni in Bonn die notwendigen Beschlüsse zur Einrichtung eines militärischen Planungstabes mit einem genauen Mandat zu fassen und sich eingehend mit der Schaffung einer europäischen schnellen Eingreiftruppe zu befassen, in welche auch Teile des vorgesehenen europäischen Korps einbezogen werden sollten. Zum Teil wurden Bedenken im Hinblick auf die Möglichkeit der Versammlung, militärische Entwicklungen zu überwachen, geäußert.

Weiterer Kritikpunkt war die vom Berichterstatter empfohlene Aufforderung an Frankreich und das Vereinigte Königreich, eine wirksame und glaubwürdige nukleare Abschreckung auf einem Mindestniveau aufrechtzuerhalten. Dem Argument, daß dieser Punkt thematisch nicht in die Empfehlung gehöre, wurde unter Hinweis auf die Notwendigkeit, die für 1996 geplante Sicherheitskonferenz möglichst frühzeitig vorzubereiten, widersprochen. Übereinstimmung bestand darin, daß mit den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa nicht nur im Rüstungs-, sondern auch im Abrüstungsbereich zusammengearbeitet werden müsse.

Im Verlauf der Diskussion um **die neuen Beziehungen zwischen Europa und Amerika** wurde deutlich, daß nur ein gemeinsam handelndes Europa die USA von der Notwendigkeit, ihr Verhältnis zu Europa neu zu definieren, überzeugen könne. Solange jedoch noch Uneinigkeit unter den Europäern herrsche, wie die Jugoslawien-Krise zeige, könne man nicht von den USA ein neues Engagement in Europa erwarten.

Der Berichterstatter und neu gewählte Präsident der WEU-Versammlung, Abg. Prof. Dr. Soell, hob hervor, daß in der amerikanischen Öffentlichkeit europäisch-amerikanische Gegensätze, so insbesondere in Handelsfragen, im Vordergrund stünden, wohingegen Gemeinsamkeiten auf diesem Gebiet dagegen kaum Erwähnung fänden. Dieses amerikanische Mißtrauen Europa gegenüber dürfe, hierüber waren sich die Abgeordneten einig, nicht noch dadurch vergrößert werden, daß neben WEU und NATO eine neue europäische Sicherheitsstruktur trete. Damit hinsichtlich des Euro-Korps auch bei den Amerikanern ein solcher Eindruck vermieden werde, sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, daß das Euro-Korps der WEU unterstellt werde und daß es zur Stärkung der Allianz beitragen müsse.

Die Versammlung schlug eine genauere Bestimmung des jeweiligen Auftrags der Truppen der NATO, der WEU und der Vereinigten Staaten in Europa vor. In diesem Zusammenhang sprach sich ein Abgeordneter für die Einsetzung eines Verbindungsgremiums zwischen der WEU-Versammlung einerseits und dem Kongreß sowie dem kanadischen Parlament andererseits aus.

Im Hinblick auf die bevorstehende Ministerratssitzung am 19. Juni in Bonn unterstrich der **Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen**, daß die WEU zunächst, ihrer doppelten Zielsetzung als integraler Faktor der europäischen Union einerseits und als europäischer Pfeiler des Atlantischen Bündnisses andererseits entsprechend, ihre Beziehungen zu den jeweiligen Mitgliedsländern ausbauen müsse. Für die Staaten, die nicht der WEU angehörten, bedeute dies, soweit sie EG-Mitglieder seien, einen Beitritt und für die übrigen europäischen Mitglieder der NATO eine Assoziierung. Der Generalsekretär merkte an, daß letztgenannter Status für eine Verteidigungsgemeinschaft zwar ein Novum, für die Stärkung der WEU als europäischer Pfeiler der Allianz jedoch unerlässlich sei. Assoziierte Mitglieder dürften an Ministerratssitzungen aktiv teilnehmen und sich an Beschlüssen beteiligen, ohne diese jedoch verhindern zu können. Ein Beitritt erfordere neben den üblichen Voraussetzungen auch die Annahme der beiden Erklärungen von Maastricht.

Weiter sprach Generalsekretär van Eekelen die am 19. Juni geplante Gründung eines sogenannten Planungsstabs für die Einsatzplanung und die Beauftragung der der WEU unterstehenden Truppen an. In diesem Zusammenhang unterstrich er die Bedeutung einer operationellen Stärkung hinsichtlich der o.g. Aufgaben der WEU. Schließlich müsse die Zusammenarbeit mit den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa verstärkt werden. Der Generalsekretär wies auf die Notwendigkeit hin, den an einer engen Zusammenarbeit interessierten Staaten einen besonderen Status einzuräumen.

Zum Abschluß seiner Rede sprach sich van Eekelen für eine – notfalls auch militärische – Durchsetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Serbien und Montenegro aus, soweit die WEU hierzu beauftragt werden würde. Auf die Frage, ob die WEU nicht eigene Rechtsgrundlagen für einen militärischen Eingriff schaffen sollte, antwortete der Generalsekretär, daß die WEU bereits jetzt einiges bewirken könne, soweit sich alle Mitglieder hierüber einig seien.

Bundesaußenminister Dr. Kinkel betonte in seiner Rede vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU, in der er auch auf Fragen der Parlamentarier einging, daß mit der Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein Kapitel des jahrhundertealten Bruderzwists in Europa beendet werde. Er wies darauf hin, daß nach den Maastrichter Beschlüssen die WEU eine veränderte Funktion als Verteidigungskomponente der Europäischen Politischen Union erhalten habe. Eingehend auf die Ziele der deutschen Präsidentschaft in der WEU nannte der Minister die Stärkung der Rolle der WEU im europäischen

Einigungsprozeß, die Impulse der WEU für Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie den Brückenschlag zwischen WEU und Mittel- und Osteuropa.

Eingehend auf das Euro-Korps erklärte der Außenminister, daß es die gemeinsame europäisch-amerikanische Sicherheit stärken und nicht schwächen werde. Dieses Korps eröffne für die Sicherheitsinteressen des Bündnisses erweiterte Handlungsmöglichkeiten. Der Außenminister räumte jedoch auch ein, daß das Verhältnis zwischen Euro-Korps und NATO noch geklärt werden müsse. Er sei jedoch sicher, daß eine eigenständige europäische Verteidigung eine Grundbedingung für die Festigkeit des transatlantischen Sicherheitsbandes sei.

In bezug auf die Beziehungen zwischen der WEU und Mittel- und Osteuropa betonte der Minister, daß die WEU, die diesen Staaten ein Forum für den sicherheitspolitischen Dialog biete, auch den Brückenschlag zwischen West-, Mittel- und Osteuropa gefördert habe. Besonders hervorzuheben seien auch die Initiativen der WEU im Rüstungskontrollbereich sowohl bei den „Open Skies“-Vereinbarungen als auch in bezug auf die Ratifizierung des KSE-Vertrags.

Im Hinblick auf die Ereignisse in Jugoslawien kritisierte Kinkel, daß Europa noch nicht in der Lage sei, Herausforderungen dieser Art zu bewältigen. Daraus könne jedoch nicht gefolgert werden, daß die Anstrengungen, ein handlungsfähiges Europa zu schaffen, nicht weiter fortgesetzt werden müßten. Die europäische Integration müsse ihre Dynamik behalten, denn nur eine innerlich starke Gemeinschaft könne einen Rückfall in Nationalismus verhindern. Der Außenminister äußerte sich zuversichtlich in bezug auf die Wirksamkeit der von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen, schloß aber in diesem Zusammenhang als ultima ratio militärische Einsätze zur Überwachung des Embargos oder zur Beendigung der Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien nicht aus. Ein Einsatz deutscher Truppen komme hier jedoch – unabhängig von der verfassungsrechtlichen Diskussion – aus historischen Gründen nicht in Frage.

Bundesverteidigungsminister Rühle wies eingangs darauf hin, daß zur Wahrnehmung sicherheitspolitischer Interessen verschiedene Instrumente wie die NATO, die KSZE, die künftige Politische Union Europas sowie die WEU bestünden. Anschließend skizzierte der Verteidigungsminister die Sicherheitsbündnisse.

Die NATO bliebe nach wie vor Grundlage der Sicherheit Europas. Wenn sie auch nicht durch weitgehende Sicherheitsgarantien für die Staaten der GUS überdehnt werden sollte, sei eine Aktion im Auftrag der KSZE durchaus denkbar. Der Jugoslawien-Konflikt verdeutliche die Notwendigkeit für die Europäer, eigene Sicherheitsinstrumente zu schaffen. Eine Organisation in diesem Sinne werde die als verteidigungspolitische Arm der Europäischen Politischen Union ausgebaute WEU sein. Mit dem Euro-Korps sei am 22. Mai die europäische Sicherheit um ein wichtiges Element bereichert worden. Der Verteidigungsminister hob hervor, daß die dem Euro-Korps un-

terstellten deutschen Kräfte weiter voll für die NATO verfügbar blieben. Zum Verhältnis des Euro-Korps zur NATO betonte Rühle, daß das Euro-Korps entsprechend Artikel 5 des Nordatlantik Vertrages in einem Beistandsfall unter operationelle, nicht aber unter volle Kontrolle der NATO komme. Für eine Friedensordnung von Vancouver nach Wladiwostok stelle die KSZE den notwendigen Rahmen. Sie sollte sich zu einer regionalen Abmachung i. S. von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen entwickeln. Letztendlich könne keine der genannten Institutionen eine andere ersetzen; unter der Voraussetzung, daß sie von einer gemeinsamen politischen Zielsetzung getragen würden, könnten sie einander jedoch gut ergänzen.

Der Verteidigungsminister schloß seine Ausführungen damit, daß er hoffe, daß die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Kampfeinsatz deutscher Streitkräfte im Auftrag eines europäischen Sicherheitsbündnisses bis 1995 geschaffen würden. Einen Einsatz deutscher Truppen in Jugoslawien lehnte er aber unabhängig von der Verfassungslage aus historischen Gründen ab.

Der französische Verteidigungsminister Pierre Joxe erinnerte an die bedeutenden Fortschritte, die die WEU seit Rom und Den Haag in bezug auf die institutionelle Zusammenarbeit bei der militärischen und politischen Planung vorzuweisen habe.

Joxe ging ausführlich auf die Beschlüsse von La Rochelle zur Schaffung des Euro-Korps ein und betonte, daß diese Beschlüsse auch als eine Folge der Umsetzung der in Maastricht getroffenen Beschlüsse zu sehen sei. Das Euro-Korps stehe allen Mitgliedstaaten der WEU offen und solle multinationale Kommandostrukturen erhalten. Es sei einer der Verbände, die im Rahmen der WEU tätig werden können und würde der WEU zugeordnet werden. Die WEU ihrerseits könne im Bedarfsfall diese Einheit der NATO zur Verfügung stellen. In bezug auf das Verhältnis zwischen Euro-Korps und NATO betonte Joxe, daß bei seiner Gründung Frankreich und Deutschland die Interessen und operationellen Zwänge der NATO berücksichtigt hätten und daß das Euro-Korps auch als schnelle Eingreiftruppe an den Flanken des Bündnisses zum Einsatz kommen könne. Keinesfalls sei das Euro-Korps als konkurrierende neue Struktur zur WEU oder zum Bündnis gedacht. Es sei vielmehr ein Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers des Bündnisses.

Mit großem Verständnis für die Probleme und die Appelle der mittel- und osteuropäischen Staaten an die europäische Solidarität forderte Joxe enge Beziehungen zu und eine echte Zusammenarbeit mit diesen Staaten in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen. Die Europäische Union, auf die sich viele Hoffnungen konzentrierten, sei nun in all ihren Bereichen – auch dem der gemeinsamen Verteidigung – gefordert und müsse die Mittel an die Hand bekommen, um ihre Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen zu können.

Mit einem Überblick über die Sicherheitssituation im Norden Europas begann der **schwedische Verteidigungsminister Anders Björck** seine Ansprache vor dem Plenum. Es gebe Anzeichen dafür, daß Rußland seine Luft- und Marineeinheiten auf der Kola-Halbinsel und um St. Petersburg durch aus Mitteleuropa zurückgezogene Truppen verstärkt hätte. Weiter behindere die im Baltikum weiterbestehende russische Militärpräsenz die Entwicklung dieser Staaten zur vollen Unabhängigkeit.

Schweden werde seine Neutralitätspolitik aufgrund des Endes des Kalten Krieges dahingehend ändern, daß es in der europäischen Sicherheitspolitik eine aktive Rolle spielen werde. Angesprochen auf den Widerspruch zwischen der Beibehaltung der Neutralität einerseits und der Beistandserwartung Schwedens andererseits gab Björck zu bedenken, daß ein – im Moment sehr unwahrscheinlicher – Angriff auf Schweden auch andere europäische Staaten betreffe und folglich aus diesem Grunde Schweden Schutz erwarte.

Schließlich hoffe er, daß das dänische Votum gegen die Abkommen von Maastricht keine negativen Konsequenzen für Schwedens geplanten EG-Beitritt zum 1. Januar 1995 haben werde, wobei er bei der Volksentscheid über den EG-Beitritt 1994 mit einer überwältigenden Mehrheit für den Beitritt rechne.

Die KSZE müsse, um ein trügerisches Gefühl von Sicherheit zu vermeiden, zu einer Organisation ausgebaut werden, die Sanktionen verhängen und notfalls auch militärisch durchsetzen könne.

Bonn, den 22. 7. 92

Prof. Dr. Hartmut Soell

Gerhard Reddemann

Sprecher der Delegation

Stellvertretender Sprecher

Montag, 1. Juni 1992

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Präsidenten der
Versammlung,
Prof. Dr. Hartmut Soell (Deutschland)¹**

Liebe Kollegen,

Zuallererst möchte ich Ihnen aufrichtig für die mir durch meine Wahl zu Ihrem Präsidenten erwiesene Ehre und das mir dadurch entgegengebrachte Vertrauen danken. Dieses Amt stellt von jeher eine wichtige und heikle Aufgabe dar. Dieses gilt aber mehr denn je für die heute beginnende Sitzungsperiode, denn wir werden in jeder Beziehung die Schlußfolgerungen aus den Abkommen von Maastricht zu ziehen haben, und zwar insbesondere in bezug auf einen der wichtigsten und, das muß wohl gesagt werden, am wenigsten entwickelten Aspekte dieser Abkommen, nämlich in bezug auf die Sicherheit Europas. Ich darf Sie aber versichern, daß ich mir des Ausmaßes der mir übertragenen Aufgabe voll bewußt bin und alles in meiner Macht stehende tun werde, damit unsere Versammlung auch in Zukunft in sinnvoller Weise auf das Handeln der Regierungen einwirkt, so wie es ihr während der gesamten Reaktivierungsphase der WEU gelungen ist, und worauf sie mit Recht stolz sei kann.

Dennoch übernehme ich diese Aufgabe nicht ohne ein gewisses Gefühl der Trauer, denn eigentlich wäre es die Aufgabe Robert Pontillons gewesen, wenn nicht eine grausame Krankheit unsere Versammlung viel zu früh unseres Präsidenten beraubt hätte. Ich möchte hier weder das wiederholen, was sein Vorgänger und unser Freund Charles Goerens auf der Trauerfeier in unser aller Namen zum Ausdruck gebracht hat, noch die Worte der Präsidentin des Berliner Kolloquiums, Frau Lentz-Cornette, aber ich muß doch an die Tatkraft erinnern, mit der er sich buchstäblich bis zum letzten Tag in seinem Präsidentenamt engagiert und für das Gelingen seiner beiden letzten Vorhaben gewirkt hat. Dabei handelte es sich zum einen um das Berliner Kolloquium über die Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa, das er so gerne zum Abschluß geführt hätte, ein grausames Schicksal hat es ihm jedoch verwehrt, dieser Veranstaltung, für die er sich so sehr eingesetzt hatte, auch zu präsidieren. Dieses Kolloquium war in der Tat von großer Bedeutung und wird unsere Arbeiten im Laufe der nächsten Jahre mitbestimmen.

Auch die heute beginnende Sitzungsperiode ist zu einem großen Teil sein Werk. Es war sein Wille, diese Sitzung ganz den Folgen der Abkommen von Maastricht zu widmen, auch wenn dadurch die von den Ausschüssen der Versammlung aufgestellten

Arbeitsprogramme durcheinandergebracht wurden, und uns somit in die Lage zu versetzen, eine möglichst sachbezogene Botschaft über das, was heute im Mittelpunkt der politischen Diskussion in Europa steht, zu übermitteln.

Mit einem Gefühl der Bescheidenheit werde ich also die Fortsetzung eines politischen Werks übernehmen, das in erster Linie sein Werk war, weil ich glaube, daß Sie mich zu diesem Behufe gewählt haben, und weil mir scheint, daß die von ihm aufgezeigten Perspektiven den Erfordernissen der gegenwärtigen Lage entsprechen, diese mache ich mir daher voll zu eigen.

Unsere Sitzung im wesentlichen den Abkommen von Maastricht zu widmen ist jedoch ein heikles Unterfangen, und zwar aus zwei Gründen.

Der erste liegt in der Tatsache begründet, daß diese Abkommen gegenwärtig im Mittelpunkt der Debatten stehen, mit denen sich unsere jeweiligen Parlamente befassen, sei es anläßlich der Ratifizierung des Vertrags selbst, sei es im Zusammenhang mit Verfassungsänderungen, die in mehreren Ländern eingeleitet werden mußten, damit die Ratifizierung vorgenommen werden kann. Das sind nicht eben Kleinigkeiten, sondern Angelegenheiten, die in einigen dieser Länder Fragen grundsätzlicher Art aufwerfen und heftige Meinungsunterschiede deutlich werden lassen.

Wir wissen nun allerdings – und in der Antwort des Rates auf eine Frage, die der Berichterstatter des Politischen Ausschusses ihm zu Anfang des Jahres gestellt hatte, wurde dies bestätigt – daß der die WEU unmittelbar betreffende Teil der Abkommen von Maastricht nicht zum eigentlichen Vertrag gehört, der in unseren Ländern zur Ratifizierung ansteht, auch wenn er eng mit diesem verbunden ist. Letzteres hatte auch Herr Genscher als amtierender Ratspräsident während des Besuchs unseres Präsidialausschusses im Januar in Bonn unterstrichen. Wir müssen bei unserer Einschätzung der beiden Erklärungen der neun WEU-Mitgliedsländer also darauf achten, daß diese nicht als eine Beurteilung des Vertrags selbst erscheint und nicht rückwirkt auf Diskussionen, in denen es nicht direkt um diese beiden Texte geht.

Außerdem ist deutlich zu erkennen, daß die Staats- und Regierungschefs, auch wenn Sie ein Europa der gemeinsamen Verteidigung auf den Weg bringen wollten und somit die im Zusammenhang mit der Reaktivierung gefaßten Beschlüsse der vergangenen acht Jahre bestätigt haben, weder endgültig sagen wollten, wie dieses Europa aussehen würde, noch wie es mit der Europäischen Union, auf die sie hingearbeitet haben, verknüpft sein würde. Vermutlich haben sie wegen unterschiedlicher Ansichten in diesem Punkt die Entscheidungen, die sie 1991 nicht treffen konnten, auf einen späteren Zeitpunkt, vielleicht auf 1996 oder 1998, vertagt.

¹ Die Ansprache wurde auf französisch vorgetragen

Wir werden uns nicht darauf beschränken, dieses Zögern zur Kenntnis zu nehmen. Unsere Rolle besteht vielmehr darin, nach einer sicherlich lebhaften und kontrovers geführten Debatte über die konkreten anstehenden Fragen zu präzisen Schlußfolgerungen zu gelangen, jedenfalls soweit uns dies auf Grund der zu stark gefilterten und uns zu spät zugänglich gemachten Information des Rates über dessen Arbeiten möglich ist. Aus unseren Beratungen muß der politische Wille deutlich werden, der allein dieser „europäischen Sicherheitsidentität“ einen Inhalt geben kann, die unsere Regierungen parallel zu den auf eine neue Grundlage gestellten verstärkten transatlantischen Beziehungen aufbauen wollen.

Unsere erste Aufgabe wird natürlich sein, die in Maastricht beschlossenen institutionellen und operationellen Bestimmungen zu prüfen, wie auch die Art und Weise, in der der Rat mit ihrer Umsetzung begonnen hat. Der Zeitpunkt könnte nicht besser sein, da der Rat in wenigen Tagen auf Ministerebene zusammentreten wird, um eine erste Bilanz des Erreichten zu ziehen und die Verwirklichung der noch offenen Punkte zu beschließen. Unsere Empfehlungen werden ihn also zur rechten Zeit erreichen und ihm als Anregungen dienen können.

Die auf der Tagesordnung dieser Sitzungsperiode stehenden Berichte geben Anlaß zu der Feststellung, daß diese erste Bilanz ein zumindest differenziertes Bild ergibt und noch vieles zu tun bleibt. Zunächst einmal muß man sicherlich den Militärbehörden unserer Länder Anerkennung zollen für das, was sie unternommen haben, um die ihnen von den Regierungen in Maastricht übertragenen Aufgaben voranzubringen. Ihre Bemühungen um die Entwicklung eines Konzepts für das Europa von morgen, die sie auf sich genommen haben trotz der Unsicherheiten in bezug auf die Entwicklung der Risiken für den internationalen Frieden, trotz der generellen Kürzung der Verteidigungshaushalte in unseren Ländern und trotz des neuen technologischen Bedarfs einer Verteidigung, die nicht länger auf eine spezifische Bedrohung ausgerichtet ist, sind durchaus beachtenswert und stimmen durchaus zuversichtlich in bezug auf die Fähigkeit Europas, sich auf eine völlig neue Situation einzustellen. Die von unserem Verteidigungsausschuß und unserem Ausschuß für Technologie und Raumfahrt angenommenen Berichte machen dies ganz deutlich und zeigen, wie diese Bemühungen unserer Ansicht nach fortgesetzt werden sollten.

Dagegen scheint uns die Verwirklichung der politischen und institutionellen Beschlüsse der Neun von Maastricht ziemlich schleppend voranzugehen, wahrscheinlich weil die unseren Bereich betreffenden Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs nicht genügend ausgereift und entwickelt sind. Zum Teil liegt es aber auch daran, daß etliche dieser Beschlüsse andere Länder tangieren, deren Entscheidungen gelegentlich die zu wünschende Eindeutigkeit vermissen lassen, ob es sich um die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft handelt, die angesichts der Anforderungen einer gemeinsamen Verteidigung vor einer Beteiligung an dieser zögern, oder um unsere transatlantischen Freunde und Ver-

bündete, die über den Platz Europas im Rahmen ihrer eigenen Sicherheitsinteressen nachdenken, oder um unsere Freunde in Mittel- und Osteuropa, denen es verständlicherweise schwer fällt, angesichts drängender Prioritäten die Bedeutung, die die Fragen der Sicherheit für sie haben werden, zu ermessen. Es ist daher nicht überraschend, daß die auf diese Aspekte eingehenden Berichte unseres Politischen Ausschusses mehr Vorbehalte gegenüber den Beschlüssen der Neun von Maastricht und gegenüber ihrer Umsetzung erkennen lassen. Insbesondere ist festzustellen, daß diese große Tagung der Minister der WEU-Staaten und der interessierten Länder Mittel- und Osteuropas, auf der die Anforderungen eines ganz Europa umfassenden Sicherheitssystems erörtert werden sollen, vom Rat auf Mitte dieses Monats hat verschoben werden müssen, und daß die Versammlung ihm mit dem Kolloquium von Berlin zuvorgekommen ist und damit eine Initiative ergriffen hat, die voll auf der Linie der Beschlüsse von Maastricht lag.

Mir scheint, man kann die Botschaft, die unsere Versammlung immer wieder an die Regierungen gerichtet hat und die sich auch im Tenor der operativen Teile, so wie die Ausschüsse sie uns vorschlagen, wiederfinden, auf eine Formel bringen: eine echte europäische Sicherheitsidentität wird es nur geben, wenn die Völker und Regierungen entschlossen sind, die Verträge und insbesondere den Geänderten Brüsseler Vertrag anzuwenden. Es ist verständlich, daß man in der Phase der Ungewißheit, in der Europa sich in den letzten Jahren befunden hat, überlegt hat, ob es nicht bessere Grundlagen zur Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik gibt. Diese kann sich nicht länger auf den Aufbau eines Verteidigungssystems beschränken, sondern sie umfaßt auch die sowohl auf diplomatischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet gemeinsam zur Sicherung des Friedens auf unserem Kontinent und zur Beherrschung der hier entstehenden Krisen erbrachten Anstrengungen. Die von der Europäischen Gemeinschaft den neuen Demokratien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gewährte Hilfe ist bereits Teil einer so verstandenen Sicherheitspolitik.

Auch wenn ich jetzt den Beratungen der Versammlung vorgreife, ist eine Bemerkung zu den militärischen Konflikten im ehemaligen Jugoslawien unvermeidbar.

Zunächst: Die Konflikte sind nicht nur eine Tragödie der Völker dort. Sie sind heute schon eine europäische Tragödie. Sie können zu einer Katastrophe für die gesamte europäische Entwicklung werden, wenn das negative Beispiel Schule macht, daß die Ermordung von Tausenden unbeteiligter Menschen, die Vertreibung von Hunderttausenden und die systematische Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der neu entstandenen Staaten durch die internationale Gemeinschaft nicht angemessen beantwortet wird. Falls die vom Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen nicht bald zu einem effektiven Waffenstillstand führen, sollten unsere Regierungen, gemeinsam mit unseren amerikanischen Freunden und Bündnispartnern sehr schnell prüfen, ob es nicht möglich ist, in Bosnien-Herzegowina sowie in Teilen

Kroatiens Schutzzonen für die Zivilbevölkerung nach dem Muster der Schutzzonen im Norden Iraks einzurichten. Es sollte auch geprüft werden, ob es möglich ist, die schweren Waffen, die dort so große Zerstörungen anrichten, aus der Luft und von See her auszuschalten. Vielleicht trägt schon die Vorberereitung solcher Maßnahmen zum politischen Umdenken an den entscheidenden Stellen bei.

Die Beschlüsse von Maastricht lassen ein gewisses Zögern der Regierungen im Hinblick auf die erforderliche Ausgewogenheit zwischen den verschiedenen Bestandteilen dieser Politik erkennen.

Dennoch müssen wir feststellen, daß der Geänderte Brüsseler Vertrag, so wie er heute besteht, schon die Möglichkeit für einen erheblichen Ausbau der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung wie im Bereich der Streitkräfteorganisation bietet, wenn die Europäer dies nur wollen. Er ermöglicht auch die Einbeziehung anderer in diese Zusammenarbeit, wenn sie ihrerseits dazu entschlossen sind, und er stellt ein nützliches Instrument zur Sicherung des Friedens auf der Grundlage der Anerkennung der Staaten und Grenzen, der Achtung der Minderheitenrechte, der Freiheit des Austauschs jeder Art mit dem gesamten europäischen Kontinent dar, denn nach diesem Vertrag behält die jeweilige nationale Gesellschaft die Möglichkeit, Art und Umfang der zu übernehmenden Verpflichtungen selbst zu bestimmen.

Unsere Versammlung hat sich stets mit sehr großer Mehrheit zugunsten des Zusammenschlusses der Europäer um das, was bislang die Europäische Gemeinschaft war und nun zur Europäischen Union geworden ist, ausgesprochen. Sie begrüßt vorbehaltlos die anlässlich der Abkommen von Maastricht erreichten Fortschritte dieses Zusammenschlusses sowie die Tatsache, daß die zwölf Regierungen anerkannt haben, daß die WEU in vollem Umfang am Prozeß der Europäischen Union beteiligt ist. Die Versammlung hat jedoch die öffentliche Meinung und die Regierungen vor zu großer Hast bei der Zusammenlegung der Institutionen eines Europa gewarnt, das noch für lange Zeit im Prozeß des Entstehens sein wird, um der Gefahr zu entgehen, daß die einzelnen Probleme nicht nach den ihnen jeweils gemäßen Kriterien behandelt werden. Der Beitritt zur Gemeinschaft erfordert einen entsprechenden Willen und eine bestimmte Wirtschaftskraft. Der Beitritt zur WEU kann nur durch ein Bekenntnis zum Geänderten Brüsseler Vertrag und allem, was sich daraus ergibt, erfolgen. Die zwischen einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Europäischen Union einerseits und der Organisation der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der WEU andererseits erforderliche Kohärenz läßt sich besser erreichen, wenn die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche der beiden Organisationen respektiert werden, als wenn Mechanismen geschaffen werden, durch die eine institutionelle Struktur eine künstliche Priorität erhält.

Mehr als jeder andere bin ich mir bewußt, daß ein rasches Vorgehen erforderlich ist, damit auf allen Gebieten die Sicherheit aller europäischen Länder gewährleistet ist, die versuchen, unter all den Gefah-

ren einer nicht faßbaren Lage ihren Weg zu finden. Denn es gibt keinerlei Garantie dafür, daß das, was heute noch möglich ist, um Europa auf den Weg des Friedens, der Stabilität und des Fortschritts weiter voranzubringen, auch morgen noch möglich sein wird. Gerade weil dringend gehandelt werden muß, müssen wir uns unverzüglich an der Aufgabe beteiligen, den Ländern im östlichen Teil Europas eine wirkungsvolle Zusammenarbeit anzubieten und sie in unser Wirtschafts- und Sicherheitssystem einzubeziehen. Auch aus diesem Grund sollte jede Frage für sich genommen behandelt werden. Die Zeiträume, die für die Verwirklichung einer harmonischen Europäischen Union in jedem Fall erforderlich sein werden, bedeuten nicht, daß das Europa der Zwölf in seinen Bereichen oder das Europa der Neun in Bezug auf seine Angelegenheiten zögern sollten, die Integration Gesamteuropas in Angriff zu nehmen. Danach wird Zeit sein, zu überlegen, wie eine Realität, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht anders als ungeordnet erscheinen kann, in eine befriedigende Gesamtstruktur gebracht werden kann. Gewiß, ein solches Vorhaben zugunsten eines ganzen Kontinents ist in der Geschichte einmalig. Man kann jedoch aus der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts die Erkenntnis gewinnen, daß ein solches Vorgehen weiser und wirkungsvoller sein kann als ein wohl geordnetes Verfahren, bei dem aber das angestrebte institutionelle System nicht auf der Lösung der Probleme aufbaut, die sich unweigerlich auf Grund der Komplexität der europäischen Gesellschaft stellen und noch für lange Zeit stellen werden.

Kurz gesagt, das seit langer Zeit von den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft begonnene institutionelle Werk, das in Maastricht fortgesetzt wurde, aber noch längst nicht abgeschlossen ist, sollte nicht den Vorrang vor dem notwendigen und dringlichen Vorhaben erhalten, das Europa als Ganzes betrifft und darin besteht, alle Länder, die es wirklich wollen, schrittweise mit in das einzubeziehen, was wir gerade aufbauen. Je eher jedes einzelne Volk aufgefordert wird, sich an diesem Werk – und wenn auch nur in bescheidenem Umfang – zu beteiligen, desto weniger laufen wir Gefahr, daß ein Teil Europas sich von einer Europäischen Union ausgeschlossen fühlt, bei der es nur die Wahl zwischen Beitritt oder Nicht-Beitritt gibt.

Diese Erwägungen finden auch Eingang in meine Sicht der mir nunmehr obliegenden Aufgaben, die ich Ihnen kurz darlegen möchte.

Die erste Aufgabe ist natürlich die Fortsetzung der von der Versammlung mit dieser den Ergebnissen und Folgen der Abkommen von Maastricht gewidmeten Sitzung begonnenen Arbeit. Dabei werden die nächsten Monate von entscheidender Bedeutung sein, denn in allen unseren Ländern wird die in den meisten Fällen bereits begonnene Diskussion über die Ratifizierung des Vertrags weitergehen. Unsere Versammlung kann nur ihrer Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß Frankreich bereits einen entscheidenden Schritt im Hinblick auf die Änderung seiner Verfassung getan hat, die wegen der Implikationen des Vertrags von Maastricht erforderlich ist und daß sich auch das britische Unterhaus für eine

Ratifizierung ausgesprochen hat. Auch wenn zu hoffen ist, daß die Ratifizierung überall vollzogen wird, so ist doch bereits heute klar, daß die im Zuge dieser Diskussion aufgeworfenen Fragen weit über den zu ratifizierenden Text hinausreichen und die Vorstellungen jeder einzelnen Gesellschaft hinsichtlich ihrer Beteiligung am Europa von morgen betreffen. Es steht außer Zweifel, daß wir uns auch im Laufe des beginnenden parlamentarischen Jahres noch mit den Folgen von Maastricht zu befassen haben werden, zumal der Rat die recht allgemein gehaltenen Beschlüsse in den beiden Erklärungen der Neun in bezug auf die WEU mit positivem Inhalt füllen muß. Ich werde mich bei dieser Gelegenheit für einen verstärkten Dialog zwischen den beiden Gremien der WEU einsetzen.

In einer der beiden Erklärungen bringen die Regierungen ihren Wunsch zum Ausdruck, unsere Versammlung möge ihre Beziehungen zum Europäischen Parlament ausbauen, damit auf diese Weise wahrscheinlich deutlich gemacht wird, welcher Platz der WEU im Prozeß des europäischen Zusammenschlusses zukommt. Die Herstellung von Beziehungen und Kontakten zwischen diesen beiden parlamentarischen Gremien erscheint mir in jeder Hinsicht wünschenswert, und es ist durchaus meine Absicht, mich dafür einzusetzen.

Bevor solche Beziehungen jedoch aufgebaut werden können, muß geklärt werden, welche Absichten der Rat und welche Erwartungen das Europäische Parlament damit verbinden.

Vom Rat erwarten wir einfach die Bestätigung, daß er weiterhin entschlossen ist, den Geänderten Brüsseler Vertrag in allen seinen Bestandteilen einschließlich des Artikels IX anzuwenden, d.h. die WEU als ein Ganzes zu betrachten, zu dem unsere Versammlung von Rechts wegen gehört. Diese Bestätigung ist in der Tat durch ein gewisses ambivalentes Verhalten der Regierungen uns gegenüber erforderlich geworden sowie auch angesichts der zunehmenden Laxheit, mit der sie die von ihnen 1954 übernommenen Verpflichtungen zu interpretieren scheinen, und zwar im Hinblick auf die Zukunft der WEU, ihre Erweiterung und hinsichtlich der Rolle ihrer Versammlung.

Gegenüber dem Europäischen Parlament gilt es zu erreichen, daß diese Beziehungen sich in einer Form vollziehen, die die Bestimmung, die Zuständigkeitsbereiche und die Rechte der beiden Versammlungen respektiert, die ja jede für sich auf einem Vertrag beruhen und die beide trotz unterschiedlicher Repräsentativität das Ergebnis einer Wählerentscheidung gemäß den in den verschiedenen Mitgliedsländern herrschenden spezifischen Bedingungen sind. Daraus folgt, daß unser Dialog auf eine Grundlage gestellt werden muß, die die Gleichberechtigung und Reziprozität gewährleistet und sicherstellt, daß der Meinungsaustausch nicht zu einer Vermischung der Zuständigkeitsbereiche vor allem in der öffentlichen Meinung führt, die nicht immer ausreichend über die komplexen Verhältnisse der parlamentarischen Strukturen in Europa unterrichtet ist.

Und schließlich wird es meine – nicht ganz so angenehme – Aufgabe sein, die mühevollen Arbeit dem Rat gegenüber fortzusetzen, um ihm klar zu machen, daß die Reaktivierung der WEU, die Aufnahme und der Ausbau von Beziehungen zu einer steigenden Anzahl von Ländern und deren Parlamenten budgetäre Auswirkungen haben, die wenn auch nicht beträchtlich, so doch spürbar sind, so daß die Versammlung den von allen Seiten an sie herangetragenen Anfragen nicht mehr entsprechen kann. Unsere Forderungen sind maßvoll. Sie zielen nicht darauf ab, uns auf eine mit dem Europäischen Parlament oder gar mit unseren nationalen Parlamenten vergleichbare Stufe zu stellen, sondern sollen es uns nur ermöglichen, den dringendsten Erfordernissen der neuen Lage zu entsprechen. Ich werde sie jedoch gegenüber dem Rat sicherlich nur dann durchsetzen können, wenn jeder einzelne von Ihnen sie auch gegenüber seiner eigenen Regierung vertritt und diese letztlich davon überzeugen kann, daß eine Anstrengung auf diesem Gebiet unerlässlich geworden ist.

Dieses sind die Hauptaufgaben, die ich vor mir sehe, wenn ich nun dieses mir von Ihnen übertragene Amt übernehme. Aber sie werden leicht sein, wenn Sie mir auch weiterhin das Vertrauen schenken, daß Sie mir soeben erwiesen haben. Der Verlauf unserer Debatten sowohl während der vorausgegangenen Sitzungen als auch in den Ausschusssitzungen bestätigt mich in meiner Auffassung, daß wir gemeinsam ein Werk fortsetzen werden, das Europa nützt und im Sinne des Friedens wirkt, der wie wir hoffen, von nun an in ganz Europa und auch in der übrigen Welt stärker gefestigt ist, und läßt mich mit einiger Zuversicht der Frage nach der Zukunft der WEU entgegensehen.

Mit großem Vertrauen in die Zukunft der Westeuropäischen Union und seiner Versammlung möchte ich nun zur Tagesordnung unserer 38. Sitzungsperiode übergehen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Generalsekretärs der WEU, Willem van Eekelen (Niederlande)

(Themen: Beziehungen zu EG und NATO-Mitgliedern, soweit sie nicht der WEU angehören – Gründung eines Planungsstabs – Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Ländern – Militärische Durchsetzung der Wirtschaftssanktionen gegen Jugoslawien)

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

(Drucksache: 1312)

Berichtersteller:

Abg. Jean-Marie Caro (Frankreich)

Tagesordnungspunkt:

Die Änderung von Artikel 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung

(Drucksache: 1311)

Berichterstatter:

Abg. John Thompson (Großbritannien)

Annahme der Richtlinie 81 zur Herabsetzung der Mindestanzahl von Abgeordneten für eine politische Gruppe

Tagesordnungspunkt:

Eine neue Sicherheitsordnung in Europa

(Drucksache: 1309)

Berichterstatter:

Abg. Jean-Marie Caro (Frankreich)

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Die einfache Welt der Sicherheitspolitik, wie wir sie über Jahrzehnte in einem bipolaren System erlebt haben und in der Feind und Freund klar gekennzeichnet waren – ein paar Neutrale befanden sich noch dazwischen –: Diese Zeit ist vorbei. Wir erleben jetzt, daß Jahrhundertereignisse, von denen man glaubte, daß sie die Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte bestimmen würden, praktisch von der Landkarte verschwunden, aus dem Geschichtsbuch gestrichen worden sind. Ich denke an die Konferenz von Jalta, die das bipolare System in Europa im Grunde genommen begründet hat, aber ich gehe sogar noch weiter zurück zu den Verträgen nach dem Ersten Weltkrieg, zu Versailles und den anderen Vorortverträgen, und zu der Tatsache des Zusammenbruchs der damaligen Großreiche, des Zarenreiches, der k.u.k.-Monarchie, des osmanischen Reiches. All das ist wieder aufgebrochen und in diesen Tagen Wirklichkeit geworden.

Wir erleben, daß nationalistische und ethnische Probleme wieder auf der Tagesordnung stehen und daß die einfachen ideologischen Gegensätze sozusagen verschwunden sind. Wir stellen fest, daß das, was wir alle erhofft haben und was sicher auch ein positiver Beitrag zur Entwicklung war, etwa das System der KSZE, den heutigen Problemen noch nicht gewachsen ist, denn sonst hätten sich die Ereignisse auf dem Balkan und vor allem in Jugoslawien nicht in dieser Form vollziehen können.

Wir stellen ferner fest, daß zur Zeit vielleicht nur die Vereinten Nationen als einzige in der Lage sind, hier zu handeln. Das haben wir im Zusammenhang mit dem Golfkonflikt gesehen. Die Frage, inwieweit nach den Artikeln 7 und 8 der Charta der Vereinten Nationen regionale Zusammenschlüsse, wie es vielleicht auch die WEU sein könnte, eine Rolle spielen, ist ein Punkt, der ernsthaft geprüft werden muß. Mit Hilfe der KSZE konnten die entsetzlichen Ereignisse in Jugoslawien auf jeden Fall nicht verhindert werden. Es scheint, daß erst jetzt, da sich die Vereinten

Nationen entschlossen haben, eine scharfe Resolution zu beschließen und Sanktionen zu verhängen, eine ernsthafte Wirkung festzustellen ist.

Dies bedeutet für uns in der Westeuropäischen Union, daß wir uns darüber im klaren sein müssen, daß, wenn wirklich ein friedensstabilisierendes Element in Europa geschaffen werden soll, dies nur mit einer einheitlichen politischen Haltung, mit einer Politischen Union Europas möglich ist, die über einen eigenen Arm der Verteidigungspolitik verfügt, was die WEU natürlich darstellt. Nur, ich bin der Meinung, daß die entscheidenden Weichen in Maastricht nicht unbedingt schon in diese Richtung gestellt wurden und daß man sich viel zu sehr mit Fragen der Wirtschaftspolitik, des Marktes, der Währung und eigentlich zu wenig mit den wichtigen Fragen der Politischen Union und der Sicherheitspolitik beschäftigt hat.

Wir können das Problem – auch innerhalb Europas – wahrscheinlich nur lösen, wenn wir zu einer Politik der zwei Geschwindigkeiten kommen. Der Ansatz mit dem deutsch-französischen Korps, die Ausweitung dieses Ansatzes, die Schaffung der WEU als ein wirkliches sicherheits- und verteidigungspolitisches Instrument einer Politischen Union: Das muß die Möglichkeit sein, um in Europa Garantien zu schaffen, die den Konflikt, der mit Gewalt ausgetragen wird, zu verhindern.

Sarajevo war schon einmal ein sehr schlechtes Beispiel in der Geschichte Europas. Durch den Mord von Sarajevo wurde der Erste Weltkrieg ausgelöst. Ich habe die Hoffnung, daß das schlechte Beispiel Sarajevo uns Europäer auch im Jahre 1992 zur Besinnung bringt, daß nur eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der alle klare Verantwortung tragen, eine neue Konfliktsituation in Europa langfristig verhindern kann. In diesem Sinne sollten wir den Bericht des Kollegen Caro begrüßen. Wir sollten uns aber im klaren sein, daß wir rasch zu handeln haben. Wir haben nicht mehr viel Zeit, um zu diskutieren. Die Probleme in Europa liegen überall offen auf der Hand. Wir brauchen nach dem Zusammenbruch der Systeme nur auf die Landkarte zu schauen.

Dr. Olaf Feldmann (FDP): Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst dem jetzt wieder amtierenden Präsidenten, meinem Bundestagskollegen Hartmut Soell, herzlich gratulieren, daß er dieses wichtige Amt in einer sehr interessanten Zeit übernommen hat. Ich wünsche ihm bei der Ausübung dieses Amtes eine glückliche Hand und die erforderliche Unterstützung von denen, auf die es ankommt.

Ich möchte mich den Glückwünschen an den Kollegen Caro zu den vom ihm vorgelegten Empfehlungen für eine neue Sicherheitsordnung in Europa anschließen, die er im Namen des Politischen Ausschusses hier vorgetragen hat. Das ist eine gute und, wie er selbst sagte, realistische Arbeit, die einen guten Überblick über die existierenden Ansätze für eine neue Sicherheitsordnung in Europa gibt. Es ist natürlich betrüblich, wenn der Vorredner aus Ungarn fragen mußte – natürlich ist das eine rhetorische Frage gewesen –, ob die bipolare Welt den Völ-

kern Osteuropas nicht mehr Sicherheit gegeben hat als das, was sich jetzt erst langsam als eine neue Sicherheitsordnung in Europa herauszukristallisieren beginnt. Wir wollen ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, nicht ein nur westeuropäisches, nicht ein nur atlantisches Sicherheitssystem. Wir wollen nicht, daß die Osteuropäer in ein Sicherheitsloch fallen, in dem Anarchie herrscht.

Die von Herrn Caro gewählten und ausgearbeiteten Bilder von den drei konzentrischen Kreisen beschreiben die ganze Situation sehr plastisch. Ich begrüße sehr sein klares Eintreten als Berichterstatter für eine aktive Rolle der KSZE bei der Friedenssicherung in Europa. So wichtig der Konfliktverhütungsrahmen von Vancouver bis Wladiwostock ist, so wichtig ist aber auch, daß das Konsensprinzip in ein Handlungsprinzip umgeformt wird. Wir haben jetzt gewissermaßen das Konsensprinzip minus eins. Wir müssen von der reinen nur Wertegemeinschaft wegkommen und uns zu einer Entscheidungs- und Handlungsgemeinschaft entwickeln. Sie haben dazu viele Gedanken angeführt und viele Ansätze aufgezeigt, Herr Kollege Caro. Wir müssen uns aber separat wohl noch intensiver Gedanken über das Instrumentarium machen, mit dem wir die Handlungsfähigkeit der KSZE sicherstellen können. Die KSZE muß auch Zähne zeigen können, und seien es die Zähne der NATO oder die Zähne der WEU, die erst noch wachsen müssen. Die KSZE muß nicht nur Entscheidungen fällen, sondern diese auch durchsetzen können.

Jetzt wird immer wieder – dies ist auch heute in der Debatte geschehen – das Beispiel Jugoslawien genannt. Es ist natürlich betrüblich, zu sehen, daß wir nicht mehr haben erreichen können. Ich halte es nicht für gut und auch nicht für richtig, wenn wir gerade hier in diesem Raum als Europäer immer wieder glauben machen, wir hätten in Jugoslawien nichts erreicht. Wir haben eine Befriedung in Slowenien, wir haben immerhin auch eine Befriedung des größten Teils von Kroatien erreicht. Im Kosovo kommt ein bewaffneter Kampf. Gott sei Dank nicht zum Ausbruch, obwohl die Menschen im Kosovo natürlich leiden. Wir haben also doch etwas erreicht. Man muß sich immer vorstellen: Was wäre gewesen, wenn wir Europäer uns nicht darum gekümmert hätten?

Wenn wir jetzt von militärischen Eingriffen sprechen, so muß man sehen, daß ein militärischer Eingriff in einen Bürgerkrieg doch eine sehr delikate, komplizierte und auch weitreichende Sache ist. Es ist natürlich höchste Zeit, daß wir in Bosnien-Herzegowina alle politischen Druckmittel – wir als Europäer verfügen ja über solche ebenso wie die Amerikaner – einsetzen und ausschöpfen, bevor es zu einer militärischen Gewaltanwendung mit all den unabsehbaren Folgen kommt. Wir werden in der morgigen Debatte Gelegenheit haben, das näher darzustellen.

Als zweiten Kreis hat Herr Caro den der NATO und des Nordatlantischen Kooperationsrates mit der Einbindungsmöglichkeit der Amerikaner und der GUS-Staaten aufgezeigt.

Als dritter Kreis kommt natürlich der westeuropäische Kreis hinzu. Herr Caro hat diesen Kreis sehr groß gezogen, weit über den engen Kreis dieser Parlamentarischen Versammlung der WEU hinaus. Maastricht hat uns natürlich den großen Durchbruch gebracht, wie auch der Bericht von Charles Goerens zeigt.

Ich stimme voll den Gedanken zu, die Herr Caro zur Assoziierung geäußert hat. Er hat in dieser Hinsicht Bemerkenswertes gesagt. Auch im Hinblick auf die Assoziierung hat die WEU Druck aus Maastricht bekommen.

Eines sollten wir vielleicht noch tun. Wir sollten einer gemeinsamen restriktiven europäischen Rüstungsexportkommission mehr Gewicht geben. Auch eine kontrollierte Rüstungsexportpolitik gehört zu einer neuen Sicherheitsordnung. Wir müssen mehr Offenheit und Transparenz in diesen Bereich hineinbringen. Wir müssen zu gemeinsamen Rüstungsexportregeln und zu gemeinsamen Verboten kommen. Das eilt, denn bereits im nächsten Jahr, im Jahre 1993, haben wir einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt mit all den Komplikationen, die es dann für den Rüstungsexport geben kann. Herr Kollege Caro, vielleicht können Sie auch dazu noch ein Wort sagen.

Zum Schluß noch ein Wort zum deutsch-französischen Armeekorps. Das ist kein deutsch-französischer Alleingang. Es darf diesbezüglich auch keinen Gegensatz zwischen den Europäern und den Atlantikern geben. Es ist heute einige Male der Vorwurf erhoben worden, wir würden hier in diesem Kreise zu viel theoretisieren. Dieses Korps ist die Konkretisierung, die Ausgestaltung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, der Nukleus einer europäischen Verteidigungspolitik. Es ist, wie gesagt, kein deutsch-französischer Alleingang, und ein solcher darf es auch nicht sein. Es ist vielmehr ein Baustein für das gemeinsame europäische Sicherheitsgebäude. Die Erweiterung dieses Armeekorps sollte 1995 von möglichst vielen Europäern mitgemacht werden. Ich begrüße es sehr, daß die Belgier sich positiv dazu geäußert haben, und ich hoffe, daß auch die Spanier dies noch tun werden. Warum sollten wir auf dem Gebiet der Rüstung viele Kooperationen zwischen den Europäern dulden, auf militärischer Ebene aber große Bedenken dagegen haben?

Auch wenn es bei den von Herrn Caro dargestellten drei Kreisen noch viele Überschneidungen und Unklarheiten hinsichtlich der Aufgaben gibt, so ist es doch wichtig, daß die Dinge auf der richtigen Schiene sind. Die Richtung stimmt, wie Sie richtig gesagt haben. Wir ziehen alle am gleichen Strang. Noch wichtiger ist aber, daß wir am gleichen Strang in die gleiche Richtung ziehen, um zu einer europäischen Sicherheitsordnung zu kommen. In diesem europäischen Sicherheitsrahmen ist Sicherheit nicht gegeneinander, sondern nur miteinander erreichbar. In diesem Sinne begrüße ich den Bericht des Kollegen Caro.

Empfehlung 516

betr. eine neue Sicherheitsordnung in Europa

Die Versammlung

- (i) zeigt sich besorgt aufgrund des Wiederauflebens ethnischer, territorialer, nationalistischer und sonstiger Konflikte in Mittel- und Osteuropa;
- (ii) ist sich der Tatsache bewußt, daß die noch zerbrechlichen jungen Demokratien dieser Region infolge der Umwandlung ihrer Gesellschaften und Volkswirtschaften alle vor ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten stehen;
- (iii) erinnert an die im November 1990 zum Ausdruck gebrachten Grundsätze der Charta von Paris, in der alle Signatarstaaten ihre Absicht bekräftigt haben, die Meinungsfreiheit für alle sowie die Minderheitenrechte zu wahren;
- (iv) bedauert das Scheitern der Konfliktlösungsversuche der KSZE, nimmt jedoch die auf der Folgekonferenz von Helsinki unternommenen Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Mittel der KSZE zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und friedlichen Beilegung von Streitfällen zur Kenntnis und schlägt vor, daß derartige Ansätze verstärkte Aufmerksamkeit erhalten sollten;
- (v) begrüßt den Vertrag über die Europäische Union, der es den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ermöglichen soll, entscheidende Maßnahmen zur Errichtung einer Europäischen Union zu ergreifen, die den Erfordernissen einer Wirtschafts- und Währungsunion entspricht und zum Aufbau einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Lage ist, welche schließlich zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte;
- (vi) verweist auf die auf dem Gipfel von Maastricht gefaßten Beschlüsse, die dem WEU-Rat die Möglichkeit bieten, Initiativen zu Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu ergreifen;
- (vii) hebt die Tatsache hervor, daß die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die damit verbundene genauere Definition der Rolle der WEU sowie die Ausarbeitung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik auch dazu beitragen werden, die Europäer auf die Übernahme ihrer Verantwortung und ihre Beteiligung an der Bewältigung internationaler Krisen und Notsituationen vorzubereiten, in denen militärische Mittel erforderlich sein könnten;
- (viii) erinnert an die positiven Aspekte der beiden 1987/88 und 1990/91 im Golf durchgeführten Operationen, die bewiesen haben, daß die WEU ein wirksames europäisches Gremium sein kann, wenn es um den Aufbau einer politischen Konzertierung und einer praktischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaa-

ten in Krisensituationen geht, in denen ihre Sicherheitsinteressen auf dem Spiel stehen;

- (ix) ist der Ansicht, daß Westeuropa von den derzeitigen Ereignissen in Mittel- und Osteuropa in höchstem Maße berührt wird, da dort jetzt die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft der Nationen gelegt werden, die einmal der Europäischen Union beitreten können sollten, um die Festlegung von ganz Europa auf Frieden und Sicherheit zu vertiefen;
- (x) erinnert an die von der Versammlung am 5. Juni 1991 verabschiedete Empfehlung 500 über die Folgen der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa für die europäische Sicherheit und

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. schon in diesem Jahr die Föderative Tschechische und Slowakische Republik, Ungarn und Polen mit der WEU zu assoziieren;
2. mit diesen Ländern ein Friedenserhaltungsabkommen zu schließen und dementsprechend wenigstens zweimal jährlich eine um die Außen- und Verteidigungsminister dieser Länder erweiterte Ratstagung abzuhalten;
3. außerdem wenigstens einmal im Jahr eine auf die baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien erweiterte Konzertierung auf Ministerebene abzuhalten;
4. in der WEU einen Mechanismus zur automatischen Auslösung politisch-militärischer Konsultationen zu schaffen, um auf schwerwiegende Krisen in Mittel- und Osteuropa reagieren zu können;
5. der WEU die ständigen Strukturen zu geben, die sie benötigt, um in Konsultationen und Zusammenarbeit mit der NATO gemeinsame Entscheidungen treffen und gegebenenfalls den eventuellen Einsatzgebieten, auch denen in Europa, angemessene Ad-hoc-Notfallpläne wirksam durchführen zu können;
6. alle erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, um kurzfristig WEU-Truppen für die Friedenserhaltung und -wiederherstellung bereitstellen zu können, sollten diese für Operationen der KSZE oder der Vereinten Nationen auf europäischem Boden und für WEU-Operationen im Rahmen der in Ziffer 2 dieser Empfehlung erwähnten Abkommen benötigt werden;
7. angesichts der fortdauernden Konflikte im früheren Jugoslawien und in der ehemaligen Sowjetunion die Führer der KSZE auf dem nächsten Gipfeltreffen in Helsinki dringend zu ersuchen, die derzeitigen Mechanismen der Konfliktverhütung und der friedlichen Streitbeilegung zu untersuchen mit dem Ziel, einen Prozeß der verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit und Friedensbewahrung einzuleiten.

Dienstag, 2. Juni 1992

Tagesordnungspunkt:

Zweiter Teil des 37. Jahresberichts des Rates

(Drucksache 1315)

vorgelegt vom **Amtierenden Vorsitzenden,**
dem **Bundesminister des Auswärtigen,**
Dr. Klaus Kinkel

Dr. Kinkel (Bundesminister des Auswärtigen): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mich zunächst für das freundliche Willkommen sehr herzlich bedanken. Ich möchte mich dafür entschuldigen, daß ich etwas verspätet erschienen bin. Ich habe, der ich erst seit ein paar Tagen im Amt bin, immer noch ein paar innenpolitische Turbulenzen mit abzufackeln. Leider kann ich Ihnen auch anschließend nur für eine begrenzte Zeit zur Verfügung stehen, was mir sehr leid tut. Ich möchte gern, daß auch von mir gesagt wird – wie Sie, Herr Präsident, es eben im Blick auf meinen Vorgänger, Herrn Genscher, gesagt haben –, daß ich ein Freund der WEU sei. Ich möchte gern dadurch dazu beitragen, daß ich Ihnen verspreche, daß ich Ihnen beim nächsten Mal ausführlichst auch zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehe. (Beifall) Ich bitte Sie also sehr herzlich um Verständnis dafür, daß ich Sie nachher etwas früher verlassen muß. Ich stehe im Augenblick unter einem gewaltigen Termindruck.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa, die wir gegenwärtig erleben, haben nicht nur die politische Landkarte von Mitteleuropa bis nach Wladiwostok dramatisch verändert. Sie haben auch den atlantischen und europäischen Nachkriegsinstitutionen ein neues Gesicht gegeben, auch der Westeuropäischen Union.

In Maastricht hat diese Organisation eine klare Funktion bekommen: die der Verteidigungskomponente der Europäischen Politischen Union. Diese Entscheidung wurde in dem Bewußtsein getroffen, daß das neue Europa mehr sein muß als ein riesiger, vom Nordkap bis nach Sizilien reichender freier Markt für Güter und Dienstleistungen.

Das neue Europa muß eine Schicksalsgemeinschaft sein. Dies verlangt, daß es auch für seine Sicherheit zuständig ist. Deshalb haben die Zwölf in Maastricht die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie – zu gegebener Zeit – einer gemeinsamen Verteidigung beschlossen. Deshalb haben wir auch zusammen mit Frankreich den Kern zukünftiger multinationaler europäischer Streitkräfte geschaffen.

Mit der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ziehen wir den endgültigen Schlußstrich unter ein unseliges Kapitel jahrhundertealten europäischen Bruderzwists.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, gern setze ich die von meinem Amtsvorgänger begründete Tradition fort und berichte Ihnen über das zweite Halb-

jahr der deutschen Präsidentschaft. Mir liegt daran – ich habe es eben schon betont –, den Dialog mit Ihnen auch künftig sorgsam zu pflegen. Nur mit Ihrer parlamentarischen Unterstützung können wir die ehrgeizigen Reformvorhaben dieser Organisation durchführen.

Die deutsche Präsidentschaft in der WEU hatte sich drei Ziele gesetzt: erstens die Stärkung der Rolle der WEU im europäischen Einigungsprozeß, zweitens Impulse der WEU für Abrüstung und Rüstungskontrolle, drittens den Brückenschlag der WEU zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. In allen drei Bereichen wurden, so glaube ich sagen zu können, beachtliche Fortschritte erzielt. Ich denke, daß der Ministerrat am 19. Juni in Bonn dies bestätigen kann und auch bestätigen wird.

Über das erste Halbjahr der deutschen Präsidentschaft sind Sie von meinem Vorgänger Hans-Dietrich Genscher am 4. Dezember 1991 unterrichtet worden. Ich möchte Ihnen jetzt über die jüngsten Entwicklungen berichten. Das zweite Halbjahr der deutschen Präsidentschaft stand im Zeichen der Durchführung der Maastrichter Beschlüsse. Die hierbei erzielten Ergebnisse werden am 19. Juni in Bonn dem Ministerrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Ich bitte Sie daher um Verständnis dafür, daß ich Sie vor dem Rat nur über die wesentlichen Fortschritte unterrichten kann. Auf die Einzelheiten kann ich erst danach beim Treffen mit dem Präsidialausschuß Ihrer Versammlung Ende Juni in Bonn eingehen. Ich will das dann auch ausführlich und gern tun.

Im Mittelpunkt der Umsetzung von Maastricht steht natürlich das Verhältnis der WEU zur Europäischen Union einerseits und zur Allianz andererseits. Im Verhältnis zur Europäischen Union wird es vor allem um eine enge Zusammenarbeit zwischen den Räten und den Generalsekretariaten, um die Abstimmung von Tagungsterminen und Tagungsarten, um die Harmonisierung der Arbeitsmethoden sowie der Abfolge und Dauer der Präsidentschaften gehen.

Im Verhältnis zur Allianz streben wir eine engstmögliche Koordinierung an. Künftig sollte es möglich sein, innerhalb der WEU vereinbarte Positionen in den Konsultationsprozeß der Allianz einzubringen. Natürlich werden wir unsere Vorschläge nach dem Ministerrat in Bonn zunächst mit der Allianz erörtern und erst im Benehmen mit ihr entscheiden. Das Wort von der Gemeinsamkeit muß auch für die Art gelten, wie wir miteinander umgehen. Offenheit und Transparenz im Umgang werden deshalb unsere Richtschnur bleiben.

Der zum 1. Januar 1993 vorgesehene Umzug des WEU-Generalsekretariats von London nach Brüssel wird dies, wie ich meine, erheblich erleichtern.

Hinsichtlich der Erweiterung der WEU wurde eine Lösung gefunden, die die Interessen der Mitglieder ebenso berücksichtigt wie die der neu hinzukommenden Staaten. Die Definition der unterschiedlichen Rechte und Pflichten ist dem jeweiligen Status – Vollmitglied, Assoziierter oder Beobachter – angemessen. Die künftigen assoziierten Mitglieder können in der Regel an allen Sitzungen des Rates und

seiner Arbeitsgruppe teilnehmen und werden auch an den künftigen militärischen Planungen durch eine Liaison-Regelung beteiligt. Die Verhandlungen mit den interessierten Staaten sollten nach unserer Auffassung bis zum Jahresende abgeschlossen sein.

Auf dem Bonner Ministerrat wird vermutlich auch über die Einrichtung der militärischen Planungszelle entschieden werden können. Die Zelle wird zwar keine Kommandofunktion erhalten, der WEU wird dabei aber eine wichtige militärische Infrastruktur zuwachsen, ein Schritt hin zu einer europäischen Verteidigung.

Dem Ministerrat in Bonn wird auch ein Bericht über die Zuordnung militärischer Einheiten vorliegen. Er orientiert sich an der Vorgabe von Maastricht, wonach die Union die WEU ersuchen kann, Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitischen Charakter haben, auszuarbeiten und auch durchzuführen. Die Mitgliedstaaten der WEU werden aufgefordert, militärische Einheiten aus dem gesamten Spektrum der konventionellen Streitkräfte für europäische militärische Aufgaben zu designieren. Hierfür kommen auch humanitäre und friedenserhaltende Maßnahmen in Betracht. Dabei wird die in Maastricht beschlossene Komplementarität zur NATO berücksichtigt werden.

Ich weiß, meine Damen und Herren, der Beschluß des deutsch-französischen Gipfels von La Rochelle über die Aufstellung des Euro-Korps hat nicht nur auf der einen Seite Hoffnungen geweckt; er hat auch Zweifel und Sorgen ausgelöst, bei unseren nordamerikanischen Freunden wie auch bei einigen europäischen Partnern. Ich habe volles Verständnis dafür, daß sich unsere nordamerikanischen Freunde Sorgen um die Festigkeit und den Erhalt des Nordatlantischen Bündnisses machen, dessen Unverzichtbarkeit auch für die Zukunft – ich betone das ausdrücklich und nachdrücklich – außer Zweifel steht. (Beifall)

Worum geht es? Spätestens seit dem Kopenhagener Treffen der NATO-Außenminister und dem Außenministerrat der KSZE in Berlin besteht unter den Bündnismitgliedern Einigkeit darüber, daß die Sicherheit Europas in den kommenden Jahren auf drei komplementären Ebenen organisiert werden soll: auf einer europäischen Ebene, bestehend aus der Europäischen Politischen Union und der WEU, aus einer atlantischen Ebene, bestehend aus dem atlantischen Bündnis, sowie aus einer umfassenderen gesamteuropäischen Ebene, bestehend aus der KSZE und dem Nordatlantischen Kooperationsrat.

Auf dem Kopenhagener Außenministertreffen und in den beiden deutsch-amerikanischen Erklärungen vom 10. Mai und vom 2. Oktober 1991 wurde die Vereinbarkeit einer eigenen europäischen Sicherheitsidentität mit dem Bündnis ausdrücklich festgestellt. In der gemeinsamen Erklärung vom 10. Mai in Washington bekräftigte Außenminister Jim Baker „die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, Maßnahmen zu unterstützen, die nach Auffassung der europäischen Verbündeten erforderlich sind, um eine gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik geltend zu machen“.

In Maastricht wurde nicht nur die Einbindung der WEU in den europäischen Einigungsprozeß beschlossen, der Europäische Rat hat der WEU gleichzeitig die Funktion einer Brücke zwischen Allianz und Europäischer Union zugewiesen. Diese Doppelfunktion der WEU als eigenständiges Instrument europäischer Sicherheit und als europäischer Pfeiler der NATO bringt zum Ausdruck, daß die europäische Sicherheit untrennbar mit der der nordamerikanischen Demokratie verbunden ist.

Dies ist für uns die Grundlage unserer Sicherheitspolitik. Auch unser Wille zu einer immer engeren Zusammenarbeit mit Frankreich und anderen europäischen Partnern auf dem Gebiet der Sicherheit und der Verteidigung wird hieran nichts ändern. So wie die WEU ist auch das Euro-Korps darauf angelegt, die gemeinsame Sicherheit zu stärken und nicht durch unvereinbare Parallelstrukturen zu schwächen. Dieses Korps bringt auch für die Sicherheitsinteressen der Allianz ein Mehr, nicht ein Weniger an Handlungsoptionen. Die für das Korps vorgesehenen deutschen Verbände behalten ihre NATO-Assignierung. Sie werden weiterhin ihre NATO-Standards in bezug auf Planung, Verfügbarkeit, Ausbildung usw. erfüllen. Der erste Auftrag des Korps ist der Einsatz für die gemeinsame Verteidigung der Verbündeten. Als weitere Aufträge hat das Korps Aufgaben im Bereich der Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens und humanitäre Einsätze.

Durch diese zusätzlichen, für die deutschen Korpsanteile neuen Aufgaben wird – wie gerade von unseren nordamerikanischen Partnern stets angemahnt – zusätzliche europäische Verantwortung bei der Krisen- und Konfliktbewältigung übernommen und damit die Sicherheit beiderseits des Atlantiks gestärkt.

Natürlich sind in der Frage des Verhältnisses des Euro-Korps zur NATO noch einige Fragen zu klären. Ich bin jedoch sicher, daß die noch auszuhandelnden praktischen Vereinbarungen zwischen der NATO und dem Euro-Korps den Beweis dafür erbringen werden, daß eine eigenständige europäische Verteidigung kein Hindernis, sondern eine Grundbedingung dafür ist, daß das Sicherheitsband über den Atlantik hinweg auch in Zukunft reißfest bleibt.

Meine Damen und Herren, der Brückenschlag der WEU nach Mittel- und Osteuropa war ein weiterer Schwerpunkt der deutschen Präsidentschaft. Die Erkundungsreisen von Präsidentschaft und Generalsekretariat in die mittel- und osteuropäischen Staaten wurden fortgesetzt. Ein Vertreter der deutschen Präsidentschaft hat mit dem Generalsekretär die baltischen Staaten sowie Rumänien und Bulgarien besucht.

Am Nachmittag des 19. Juni wird im Anschluß an den regulären Ministerrat der Neun zum erstenmal in der Geschichte der WEU ein Sonderministerrat mit acht mittel- und osteuropäischen Staaten stattfinden, auf dem die begonnenen Kontakte dieser Staaten mit der WEU ausgebaut werden sollen.

Die WEU bietet diesen Ländern ein weiteres Forum für den sicherheitspolitischen Dialog. Für die Staaten mit konkreter Beitrittsperspektive bedeutet dieses Treffen darüber hinaus eine weitere Annäherung

an die Arbeit der Gemeinschaft und damit die Vorbereitung auf eine spätere Vollmitgliedschaft.

Sie, meine Damen und Herren, und vor allem Ihr vor kurzem verstorbener Präsident haben sich dankenswerterweise und erfreulicherweise mit großer Energie zugunsten dieses Brückenschlags der WEU nach Mittel- und Osteuropa eingesetzt. Das Berliner Kolloquium im Frühjahr dieses Jahres war ein Höhepunkt dieser Bemühungen. Ich möchte Ihnen dafür ausdrücklich danken.

Auch das Institut für Sicherheitsstudien hat sich hierfür besonders eingesetzt. Ich möchte hier das Seminar vom Mai diesen Jahres in Budapest erwähnen, das erste seiner Art in einem mitteleuropäischen Land. Den ungarischen Gastgebern danke ich an dieser Stelle herzlich für die hervorragende Durchführung dieses Seminars.

Im Rüstungskontrollbereich wurden ebenfalls beachtliche Initiativen entwickelt. Die Zusammenarbeit der „open skies“-Experten im Rahmen der WEU hat zu einem Konsens über einen Flugzeugpool für die WEU-Mitgliedstaaten geführt. Verschiedene Optionen werden für die Zukunft noch geprüft, darunter die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Drittstaaten, z. B. mit Rußland.

Mein Vorgänger Hans-Dietrich Genscher hatte in seiner Eigenschaft als WEU-Vorsitzender gegenüber den Außenministern der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion persönlich auf eine zeitgerechte Ratifizierung des KSE-Vertrags gedrängt. Nach dem Taschkent-Gipfel der GUS-Staaten sind die Chancen hierfür, wie ich meine, gestiegen. Dies ist auch für die Endphase der KSE-I-a-Verhandlungen bedeutsam.

Im nuklearen Bereich kommt dem Ausbau und der Stärkung des nuklearen Nicht-Verbreitungsregimes herausragende Bedeutung zu. Der nukleare Nicht-Verbreitungsvertrag stellt ein wesentliches Instrument zur Sicherung des Friedens und der internationalen Stabilität dar. Wir treten dafür ein, ihn über 1995 hinaus unbefristet zu verlängern.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Paraphierung der Vereinbarung zwischen der Europäischen Gemeinschaft, Rußland, den USA und Japan am 24. Mai in Lissabon über ein internationales Wissenschafts- und Technologiezentrum. Auch die Proliferation nuklearen Wissens muß unterbunden werden.

Bei den chemischen Waffen bin ich zuversichtlich, daß es in Genf gelingen wird, noch in diesem Jahr das angestrebte weltweite umfassende und wirksam verifizierbare Chemiewaffenverbot abzuschließen. Der Abrüstungsprozeß darf den Anschluß an die politische Entwicklung nicht verlieren. Hier steht die Glaubwürdigkeit der Politik bei unseren Bürgern auf dem Prüfstand.

Durch die Vereinbarung, im Rahmen des KSZE-Vertrages nationale Inspektionsteams für eine Beteiligung von WEU-Partnern zu öffnen, wurde ein zusätzliches Element der Vertrauensbildung geschaffen. Eine ganze Reihe von Testinspektionen wurde

nach diesem Muster bereits mit großem Erfolg durchgeführt.

Mit dem auf Initiative der Präsidentschaft entworfenen „Paket von Regeln für die Zusammenarbeit multinationaler Inspektionsteams“, das mittlerweile auch im NATO-Rahmen angenommen worden ist, hat die WEU erneut eine erfolgreiche Initiative auf dem so wichtigen Gebiet der Vertrauensbildung verwirklicht.

Wir sind auch unserem Ziel einer autonomen europäischen Bewertung außen- und sicherheitspolitischer Vorgänge im globalen Rahmen, wie ich meine, einen wichtigen Schritt näher gekommen. Als Standort für das Satellitenzentrum wurde Torrejon bei Madrid festgelegt. Ein britischer Staatsangehöriger wurde zum ersten Direktor dieses Zentrums ernannt.

Ebenso große Fortschritte konnten in parallelen Studienprogrammen zur eventuellen Errichtung eines raumgestützten europäischen Erdbeobachtungssystems erreicht werden. In intensiver Detailarbeit wurde inzwischen ein Konzept für die Studien entwickelt.

Ein weiteres wichtiges Ereignis des zweiten Halbjahres der deutschen Präsidentschaft war die Durchführung des 4. Europäischen Seminars für Sicherheitsstudien in Ebenhausen und in Dresden im März dieses Jahres. Neben der Rolle der WEU in der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur waren Rüstungskontrolle und Abrüstung die Schwerpunktthemen. Entsprechend dem Auftrag der Minister vom 18. November 1991 werden gegenwärtig die Kontakte zwischen der WEU und den Maghreb-Staaten untersucht. Die WEU nimmt sich damit der sicherheitspolitischen Fragen an, die sich in diesem mit Europa so eng verbundenen Raum stellen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was sich in diesen Tagen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina an Brutalität und an menschlichem Leid abspielt, ist für uns alle erschütternd. Ich glaube, daß wir Europäer – ich habe das bei dem Treffen zur Gewährung von Hilfe für die GUS-Staaten in Lissabon deutlich und klar gesagt – in aller Offenheit eingestehen müssen: Europa ist noch nicht soweit, mit dieser neuen Art von Herausforderung fertig zu werden. Dabei ist es in erster Linie ein europäisches Problem, das uns gemeinsam angeht. Die Konsequenz hieraus kann jedoch nicht sein, die Bemühungen um die Schaffung eines handlungsfähigen Europas einzustellen. Im Gegenteil, die einzig rationale Alternative ist die, noch schneller voranzuschreiten und die europäischen Institutionen in die Lage zu versetzen, das gemeinsame Wertebündnis der Charta von Paris gegen einen Rückfall in Nationalismus und Gewalt zu behaupten.

Nun müssen in erster Linie die in Maastricht beschlossenen Verfahren einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Gemeinschaft aktiv eingesetzt werden. Der Einstieg in Mehrheitsentscheidungen ist hierfür ein wichtiger institutioneller Anfang. Die europäische Integration muß ihre Dynamik behalten. Nur bei einer gleichzeitigen Reform ihrer inneren Struktur kann sich die Gemeinschaft durch

Kooperation, Assoziierung oder Vollmitgliedschaft den europäischen Reformstaaten öffnen. Nur durch immer größere Gemeinsamkeit kann den Gefahren eines wiederaufflackernden Nationalismus an unseren Grenzen begegnet werden.

Nur eine im Inneren starke und effiziente Gemeinschaft kann aktiv zu einer dauerhaften und gerechten Ordnung zwischen dem Norden und dem Süden unserer einen Welt beitragen.

Auch das Bündnis hat durch eine Änderung seiner Struktur wie seiner Strategie aktiv an der Gestaltung des neuen Europas mitgewirkt. Durch die Schaffung des Nordatlantischen Kooperationsrats und seine Erweiterung auf nunmehr 36 Mitglieder hat die Allianz einer Entstehung eines Sicherheitsvakuum im Bereich des ehemaligen Warschauer Paktes vorgebeugt.

Das Osloer Treffen der NATO-Außenminister wird eine Klärung zur Frage eines Zusammenwirkens von KSZE und NATO bei friedenssichernden Aktionen bringen. Hier werden sich auch für die WEU neue Perspektiven in Arbeitsteilung mit dem Bündnis und der KSZE ergeben. Hierzu muß aber die KSZE, wie wir immer fordern, die Aufgaben und Verantwortung einer regionalen Abmachung im Sinne der VN-Charta übernehmen. Die WEU muß ihre eigenen Strukturen hierfür schaffen. Wir Deutsche – das will ich hinzufügen – müssen uns intern in die Lage versetzen, bei friedenssichernden und friedensschaffenden Aktionen unter dem Dach der Vereinten Nationen mitwirken zu können. Das ist auch meine ganz persönliche, dringlich vorgetragene Auffassung.

Dem Handelsembargo der Europäischen Gemeinschaft gegen Serbien sind nun umfassende Sanktionsmaßnahmen des Weltsicherheitsrates, einschließlich des von uns immer wieder geforderten Ölembargos, gefolgt. Wir hatten hierfür seit Mitte vorigen Jahres plädiert. Der serbischen Führung und der Armee muß deutlich gemacht werden, daß sie für weiteres Blutvergießen einen sehr, sehr hohen Preis zahlen müssen. (Beifall)

Ich habe in den letzten Tagen mehrfach im Inland und auch bei meinen ersten Auftritten im Ausland erklärt, daß wir gemeinsam dafür sorgen müssen, daß die Luft für die Verantwortlichen in der serbischen Führung und vor allem auch für die Armee dünner werden muß, und daß wir – vor allem hier in Europa – gemeinsam gefordert sind, dafür zu sorgen – ich wiederhole mich –, daß dieses schreckliche Morden und Töten möglichst bald ein Ende nimmt. (Beifall)

Ich hoffe auf die Wirkung dieser Sanktionen. Wir müssen das abwarten. Natürlich ist es notwendig, zu Überwachungsmaßnahmen zu kommen, um die Wirksamkeit nachweisen zu können. Ich sage auch ganz deutlich, daß letztlich der eventuelle Einsatz militärischer Mittel nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann und ausgeschlossen werden sollte. Aber – so füge ich hinzu – ich habe die große Hoffnung, daß dies nicht notwendig werden wird. Die Präsidentschaft hat den Rat der WEU für Donnerstag zusammengerufen, um die Durchsetzung des Embargos von See her zu überprüfen, falls das not-

wendig werden sollte. Ich möchte abschließend nochmals sagen: Militärische Mittel und Maßnahmen sollten und können letztlich nicht ausgeschlossen werden, aber sie sollten wirklich nur ultima ratio sein. Ich plädiere sehr dafür, nun erst einmal die hoffentlich eintretende Wirkung der Sanktionen abzuwarten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bitte nochmals um Verständnis, daß ich für die anstehenden Fragen leider nicht übermäßig lange zur Verfügung stehen kann. Aber ich verspreche Ihnen, daß ich Ihnen das nächste Mal zur Verfügung stehen werde, solange Sie es wünschen. Ich habe, um mich in dieser Hinsicht zu wiederholen, im Augenblick noch einige innenpolitische Irritationen mit abzubauen.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und danke Ihnen nochmals für Ihr Zuhören.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Minister, Sie haben in Ihrer Ansprache, als Sie das Deutsch-Französische Corps erwähnten, davon gesprochen, daß es die Aufgabe habe, neben humanitären Einsätzen auch der Wiederherstellung des Friedens zu dienen.

Nun könnte es leicht sein – Sie haben es selbst erwähnt –, daß im Zusammenhang mit dem Konflikt in Jugoslawien eine ultima ratio notwendig ist.

Können Sie davon ausgehen, daß die Westeuropäische Union, sollte sie sich dazu entschließen, z. B. eine See- und Luftblockade über Serbien zu verhängen, dann wirklich mit allen Mitgliedern handelt, oder muß man davon ausgehen, daß einzelne Mitglieder der Westeuropäischen Union nicht bereit sind, sich aktiv daran zu beteiligen?

Bundesaußenminister Dr. Kinkel: Zur ersten Frage – ich will versuchen, sie im Klartext zu beantworten –: Wenn es darum gehen sollte, daß deutsche Truppen der Bundeswehr in irgendeiner Form in Jugoslawien zum Einsatz kommen sollten, dann vertrete ich die Auffassung, daß auf Grund der Historie dies, wenn irgendwie möglich, nicht geschehen sollte. Ich nehme an, daß sich Ihre Frage darauf bezog.

Lilo Blunck (SPD): Herr Minister Kinkel, wie ist gesichert, daß erstens die für das Euro-Korps erforderlichen Waffenbeschaffungsprogramme in den nationalen Verteidigungshaushalten offen ausgewiesen werden und nicht etwa in Unterhaushalten versteckt werden und zweitens die Beschaffungsprogramme nicht an den Parlamentariern oder am Parlament vorbei nur von den Militärs und den Regierenden getätigt werden?

Bundesaußenminister Dr. Kinkel: Bisher haben wir nur die politische Entscheidung. Was die Waffenbeschaffungsentscheidungen anbelangt – soweit zusätzliche notwendig sind –, so wird es sie in der Zukunft geben. Ich gehe davon aus, daß es absolut selbstverständlich ist, daß diese Entscheidungen im ordentlichen parlamentarischen Verfahren getroffen werden, nicht am Parlament vorbei und schon gar nicht an den zuständigen Ausschüssen, vor allen Dingen nicht am Haushaltsausschuß, vorbei.

Tagesordnungspunkt:

Die WEU nach Maastricht

(Drucksache 1308)

Berichterstatter:

Abg. Charles Goerens (Luxemburg)

Robert Antretter (SPD): Frau Präsidentin! Meine Stellungnahme zu dem ausgezeichneten Bericht des Kollegen Goerens, zu dem ich ihn beglückwünsche, muß leider wieder einmal mit einigen kritischen Anmerkungen an die Adresse des Rates beginnen.

Der Vertrag von Maastricht enthält einige ganz wesentliche Bestimmungen über die zukünftige Rolle der WEU. In einer solch entscheidenden Phase der politischen Entwicklung in Europa wäre eine rechtzeitige Unterrichtung der Versammlung wichtiger als je zuvor. Statt dessen hat der Rat diesmal seinen Tätigkeitsbericht erst Ende Mai, also ein halbes Jahr nach Maastricht, an die Versammlung übermittelt, so daß er in keinem der Ausschüsse mehr bewertet werden konnte. Diese verspätete Unterrichtung halte ich nicht mehr für vertragskonform.

So erfahren wir beispielsweise erst jetzt von einem UNO-Dokument mit einer Erklärung der WEU-Mitgliedsstaaten über den Abschluß der Minenräumaktion im Persischen Golf. Da ist von einer militärischen Planungsgruppe in Metz die Rede, über deren Aufgaben man jedoch nichts Näheres erfährt.

Im Bereich der Mittelmeerarbeitsgruppe wird eine Gruppe „Fünf + Fünf“ erwähnt, ohne daß erklärt wird, worum es sich dabei handelt. Es wird eine Reihe von Themen genannt, über die das Institut für Sicherheitsfragen der WEU an den Rat Berichte geliefert hat. Die Versammlung kennt diese Texte nicht.

Es gibt eine lapidare Mitteilung darüber, daß das Rüstungskontrollamt als Einmannbetrieb fortexistiert, ohne daß man Näheres darüber erfährt.

Es ist kaum möglich, auf der Grundlage solch knapper und verspäteter Informationen einen seriösen Dialog mit dem Rat zu führen und die Situation der WEU nach Maastricht richtig einzuschätzen.

Dabei ist es doch unsere Aufgabe, den Vertrag im Hinblick darauf zu hinterfragen, ob seine sicherheitspolitische Komponente klar genug formuliert ist.

Es ist der gründlichen Analyse des Goerens-Berichts zu verdanken, daß wir dennoch eine tragfähige Diskussionsgrundlage haben. Dabei ist vor allem festzustellen: Die europäische Integration in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann – wie es der Berichterstatter eben selber mit ähnlichen Worten sagte – kein Selbstzweck sein, sondern soll die Sicherheit der Bürger in Europa erhöhen, ohne ein Sicherheitsrisiko für andere darzustellen.

Insofern gibt die Präambel des WEU-Vertrags wertvolle Hinweise, die gerade in der heutigen Zeit von aktueller Bedeutung sind: etwa den Hinweis auf die Menschenrechte, auf die Beistandsverpflichtung

und die Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und auf den Widerstand gegen jede Art von Aggressionspolitik.

Dagegen lassen sich die Konturen und Ziele einer Sicherheitsidentität der Politischen Union heute noch kaum bestimmen. Es war gewiß eine kluge Entscheidung von Maastricht, die Verantwortung für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik in die Hände der WEU zu legen.

Leider ist jedoch versäumt worden klarzustellen, daß der WEU-Vertrag eine der Rechtsgrundlagen der Europäischen Union darstellen wird. Statt dessen ist alles auf die unrichtige Hypothese fixiert, daß der WEU-Vertrag im Jahre 1998 auslaufe.

Ich bin dem Berichterstatter außerordentlich dankbar, daß er klar auf die Gefahr hinweist, die Politische Union in Sicherheitsfragen auf den Wegfall der WEU gründen zu wollen, ohne zu wissen, auf welcher Grundlage die Sicherheit Europas ruhen wird.

Ich möchte noch ein Wort zur Zukunft unserer Versammlung sagen: Ich habe den Eindruck, daß viele – auch viele von uns – noch nicht deutlich genug erkannt haben, wie wenig diese Zukunft gesichert ist. Die Analyse des Berichterstatters kann ich insoweit voll und ganz unterstützen, ebenso wie auch seinen Vorschlag, die parlamentarische Kontrolle innerhalb der Politischen Union auf der Grundlage eines Zweikammersystems aufzubauen.

Nach den letzten Informationen über die Intentionen des Europäischen Parlaments habe ich allerdings Zweifel, ob von dieser Seite die Bereitschaft zu einer solchen Arbeitsteilung besteht. Diesem Problem müssen wir, meine ich, noch viel größere Aufmerksamkeit schenken und rechtzeitig ein klares Konzept über den parlamentarischen Aufbau der Politischen Union erarbeiten, die dann auch wirklich von Parlamentariern und nicht von Exekutiven, von Räten und Diplomaten gestaltet und geprägt wird.

Vielen Dank.

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Präsident, vielen Dank. Ich konnte zunächst nicht anwesend sein, weil ich dem Bundesaußenminister noch kurz eine Frage gestellt habe. Vielen Dank, daß ich jetzt die Gelegenheit habe, noch zu sprechen.

Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen ganz ausdrücklich dem Kollegen Goerens für seinen Bericht danken. Es ist keines der üblichen Komplimente, die man einem Berichterstatter macht. Vielmehr glaube ich, daß Herr Goerens in seinem Bericht auf wirklich hervorragende Art und Weise die Problematik dargestellt hat, vor der die Westeuropäische Union steht und welche Rolle die Versammlung in dieser Debatte spielt.

Ich möchte mich ausdrücklich auf einen Redner von gestern beziehen, Herrn Kollegen Antretter, der nicht meiner Fraktion angehört. Er hat in seinen kritischen Anmerkungen zur Rolle des Ministerrates einiges ausgesagt, das ich voll und ganz unterstreichen und billigen kann.

Ich habe gestern im Zusammenhang mit dieser Debatte in einem privaten Kreis gesagt: Die Gegenwart unterscheidet sich ganz wesentlich von der Vergangenheit des 19. Jahrhunderts. Damals haben Politiker, Diplomaten und Minister wie Talleyrand und Metternich Verträge ausgehandelt, die sehr deutlich waren und keine Zweifel offenließen.

Heute erleben wir, daß etwa im Zusammenhang mit dem Abkommen von Maastricht ein Vertrag abgeschlossen wird, dessen Texte noch nicht fertig sind, die sozusagen nachgeliefert werden. Wir erleben – wie es gerade der Kollege Goerens in seinem Bericht sehr deutlich dargestellt hat –, daß auch Nebelwerfer am Werke sind, daß im Grunde genommen Unklarheit geschaffen wird, was den Vertrag der WEU anbetrifft, ob er bis zum Jahre 1998 läuft oder ob er bis zum Jahre 2004 läuft. Es gibt ein gewisses Hin- und Herschieben von Paragraphen, das weitere Unsicherheit herbeiführt. Sie lassen manches im dunkeln.

Genau das ist der Punkt, den wir in einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht gebrauchen können. Wir müssen Klarheit haben.

Ich glaube, ein Hauptproblem ist, daß die Parlamentarier – ganz gleich, auf welcher Ebene, sei es auf der Ebene der Nationalparlamente oder der jeweiligen Versammlungen, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Versammlung der WEU, aber auch des Europäischen Parlaments – nicht mehr Gestaltungskräfte sind, wie das in einem parlamentarischen System eigentlich der Regelfall sein sollte. Vielmehr haben sie eigentlich nur etwas nachzuvollziehen, was zum Teil sehr unklar, sehr schludrig – ich betone es noch einmal – von den Ministern, von den Regierungen, von den Diplomaten ausgearbeitet und dargestellt wird.

Notwendig wäre heute eine echte europäische Verfassungsdebatte, die die Grundlage für eine wirkliche politische Union, auch für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik schafft, und daß wir von den Unsicherheiten wegkommen, die wir heute in weiten Bereichen der europäischen Einigungspolitik vorfinden.

Lassen Sie mich zum Schluß einen Punkt erwähnen, der mir große Sorgen macht. Ich glaube, daß die europäische Einigungspolitik in bezug auf die Sicherheitspolitik langfristig dadurch in Gefahr kommt, daß wir eine zu schnelle Erweiterung der europäischen Gemeinschaft vornehmen. Ich bin heute der Überzeugung, daß es in der Vergangenheit schon besser gewesen wäre, den alten Kern der Europäischen Gemeinschaft voranzutreiben, Tatsachen zu schaffen und nicht zunächst die Erweiterung in den Vordergrund zu stellen.

Ich befürchte, daß die gegenwärtige Phase, wo eine Reihe von Kandidaten sozusagen im Vorzimmer der Europäischen Gemeinschaft steht, um dieser Europäischen Gemeinschaft beizutreten, gerade für den Bereich der Sicherheitspolitik neue Unsicherheiten bringen wird und nicht neue Sicherheiten.

Wenn ich an die skandinavischen Länder denke, wenn ich an Österreich, an die Schweiz denke, mit

allen ihren speziellen Problemen der Neutralität und bei anderen Vorhaben, dann habe ich Angst, ob es in den nächsten Jahren wirklich zu einer Sicherheitspolitik in Europa kommen kann. Es wird eher zu mehr Unsicherheit kommen, es wird eher zu mehr Zweifeln kommen. Ich bedauere außerordentlich, daß wir in eine solche Situation geraten.

Ich kann nur bitten und mahnen, daß das, was der Kollege Goerens an kritischen Anmerkungen in seinem Bericht gemacht hat, von den Regierungen, von den Ministern auch gelesen und aufgenommen wird; denn ich fürchte – auch das sagte der Kollege Goerens in seinem Bericht –, daß manchmal diejenigen Berichte, die hier beschlossen werden, von den Ministern und im Ministerrat nicht gelesen werden. Das ist nicht im Sinne der Rolle unserer Versammlung.

Empfehlung 517

betr. die WEU nach Maastricht

DIE VERSAMMLUNG begrüßt die Tatsache, daß der im Dezember 1991 in Maastricht erarbeitete Vertrag es den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft gestattet, einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer Europäischen Union zu machen, welche die Erfordernisse einer Wirtschafts- und Währungsunion erfüllt und in der Lage ist, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln;

sie wünscht, daß dieser Vertrag von allen Mitgliedsländern ratifiziert wird;

sie stellt mit Befriedigung fest, daß die Stärkung der WEU und die Entwicklung ihrer Aktivitäten ihren Platz in dem Prozeß der Schaffung dieser Union finden;

sie ist jedoch der Ansicht, daß der Wortlaut der Erklärungen der neun Mitgliedsländer der WEU nicht präzise genug ist;

sie stellt fest, daß der Rat der WEU demzufolge aufgerufen ist, schnell eine Reihe wichtiger Entscheidungen zu treffen;

sie stellt ferner mit Befriedigung fest, daß die in Maastricht gefaßten Beschlüsse dem Rat der WEU die Möglichkeit geben, in Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Initiativen zu ergreifen;

sie erinnert daran, daß die Abkommen von Maastricht lediglich eine Etappe beim Aufbau der Europäischen Union darstellen, und daß die Schaffung einer Union mit substantiellen Befugnissen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik eine Aufgabe darstellt, der Priorität eingeräumt werden sollte;

sie erinnert ferner daran, daß für die Gültigkeit des modifizierten Brüsseler Vertrages keine zeitliche Begrenzung festgelegt wurde;

sie betont, daß der modifizierte Brüsseler Vertrag die WEU zu einem Instrument zur Erhaltung des Friedens in ganz Europa macht;

SIE EMPFIEHLT DESHALB DEM RAT

die in seine Kompetenz fallenden Beschlüsse, die in den Erklärungen der Neun in Maastricht enthalten sind, unverzüglich zu verwirklichen und hierfür:

1. klarzustellen, daß der modifizierte Brüsseler Vertrag weiterhin eine der rechtlichen Grundlagen der Union bildet und daß die WEU, wie sie in Form ihrer ministeriellen und parlamentarischen Instanzen besteht, parallel zu den Organen der Europäischen Union ein Element bildet, das seinen Platz in der europäischen Struktur finden wird;
2. unverzüglich die Punkte zu definieren, auf die sich Verhandlungen erstrecken sollten, die zum Beitritt der einzelnen Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft führen werden, die ihre Kandidatur angemeldet haben, um sicherzustellen, daß dieser Beitritt bedeutet, daß die neuen Mitglieder im vollen Umfang die Grundsätze übernehmen, welche die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik bestimmen, so daß die WEU gegebenenfalls intervenieren kann, um sie anzuwenden;
3. zu präzisieren, was der Beobachterstatus für diese Länder beinhaltet, falls sie der WEU nicht beitreten;
4. zu erläutern, was der Status eines assoziierten Mitglieds bei der WEU für Länder mit sich bringt, die nicht Mitglieder der Gemeinschaft sind;
5. Vorschläge für die Beteiligung an bestimmten operationellen Aktivitäten der WEU für Länder zu erarbeiten, die der Europäischen Gemeinschaft assoziiert sind;
6. in aller Deutlichkeit zu sagen, inwieweit ein Beitritt zur Gemeinschaft Ländern gewährt werden kann, die nicht beabsichtigen, der WEU beizutreten;
7. unverzüglich eine Synchronisierung der Termine und Tagungsorte und eine Harmonisierung der Arbeitsmethoden der WEU mit denen der Europäischen Union herbeizuführen, ohne jedoch die Anzahl und Bedeutung der WEU-spezifischen Ministersitzungen zu reduzieren;
8. unverzüglich den Ständigen Rat in Brüssel anzusiedeln und zu präzisieren, welches dort die Befugnisse sein werden, welche den ständigen Vertretern der Mitgliedsländer bei der NATO bzw. denen bei der Europäischen Gemeinschaft übertragen werden sollen;
9. die Entwicklung einer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der WEU in Übereinstimmung mit den geltenden Verträgen zu betreiben;
10. zu untersuchen, wie es möglich ist, die Entwicklung wirksamer Methoden zur Verhütung von Konflikten, zur Wiederherstellung des Friedens, zum Krisenmanagement und für die friedliche Regelung von Konflikten zu organisieren, die im Rahmen der KSZE, der Europäischen Politischen

Union oder der Vereinten Nationen einsetzbar wären;

11. eine Richtlinie über Rüstungsexporte durch die Mitgliedsländer erarbeiten und annehmen zu lassen, unter Bezug auf die vom Europäischen Rat im Kontext der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gefaßten Beschlüsse;
12. der in Maastricht zum Ausdruck gekommenen Absicht, eine Europäische Rüstungsagentur im Rahmen der WEU zu schaffen, schnell Folge zu leisten, die Aktivitäten der IEPG mit denen der WEU auf diesem Gebiet eng zu koppeln und zu diesem Zweck der Versammlung weiterhin den Jahresbericht der IEPG zu übermitteln;
13. die Europäische Kommission an den Aktivitäten dieser Agentur zu beteiligen;
14. alle bilateralen Aktivitäten seiner Mitglieder eindeutig in den institutionellen Rahmen der WEU zu stellen;
15. eine Arbeitsgruppe zu beauftragen, die europäischen Erfordernisse im Bereich der Abschreckung unter den neuen Gegebenheiten zu untersuchen mit dem Ziel, ein europäisches Konzept über die Rolle der atomaren Waffen zu formulieren und Konsultationen zwischen seinen Mitgliedern über die Möglichkeit des Einsatzes dieser Waffen herbeizuführen;
16. zu versuchen, ein Übereinkommen mit der NATO herbeizuführen, um die Anwendung der gegenseitigen „Transparenz“ der beiden Institutionen an die neuen Erfordernisse der europäischen Sicherheit anzupassen, in Übereinstimmung mit den in Artikel IV des modifizierten Brüsseler Vertrages beschriebenen Grundsätzen, sowohl im politischen als auch im operationellen Bereich;
17. die Voraussetzungen einer „Komplementarität“ zwischen der WEU und der NATO zu erläutern, besonders bezüglich des Dialogs mit den Ländern, die diesen Organisationen nicht angehören, und dies im Zusammenhang mit möglichen Operationen, die der Erhaltung des Friedens innerhalb und außerhalb Europas dienen sollen;
18. ein Konsultationsverfahren auf geeigneter Ebene vor Ministersitzungen der NATO zu entwickeln zur Behandlung der Fragen, die auf der Tagesordnung dieser Sitzungen stehen;
19. einen Dialog mit denjenigen mittel- und osteuropäischen Ländern zu führen, die diesen wünschen, mit dem Ziel sicherzustellen, daß die progressive Annäherung dieser Länder an die Europäische Union sich auch auf das Gebiet der Verteidigung erstreckt;
20. die Unterzeichnerstaaten aufzufordern, den von ihnen in Absatz 6 von Artikel J.4 des Vertrages von Maastricht gemachten Fehler, der in seiner Antwort auf die Schriftliche Frage 297 erwähnt wurde, zu korrigieren, bevor dieser Text zur Ratifizierung vorgelegt wird.

21. Die Versammlung stellt fest, daß ihrer Auffassung nach der Zeitraum von 50 Jahren, der durch Artikel XII des modifizierten Brüsseler Vertrages festgelegt wurde, seit der Ratifizierung des Abkommens von 1954 läuft, während der Rat der Ansicht ist, daß dieser Zeitraum 1948 begann.

DIE VERSAMMLUNG EMPFIEHLT DESHALB NACHDRÜCKLICH

daß diese Frage durch Schiedsspruch einer Gruppe unabhängiger europäischer Juristen geklärt wird.

Richtlinie 82

betr. die Zusammenarbeit zwischen der Versammlung der WEU und dem Europäischen Parlament

DIE VERSAMMLUNG

begrüßt die Tatsache, daß die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der WEU bei ihrer Zusammenkunft in Maastricht beschlossen haben, "eine engere Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung der WEU und dem Europäischen Parlament" zu unterstützen;

ist der Auffassung, daß eine solche Zusammenarbeit notwendig ist, und daß sie nur auf den Grundsätzen der Gleichheit der beiden Versammlungen, der Reziprozität der gewährten Vorteile und der Achtung der Kompetenzen und Verfahrensordnungen, die beiden zu eigen sind, beruhen kann;

ist der Auffassung, daß regelmäßige Sitzungen der in beiden Versammlungen mit der Behandlung politischer Angelegenheiten befaßten Ausschüsse einen nützlichen Meinungsaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse ermöglichen würden;

BEAUFTRAGT IHREN PRÄSIDENTEN

- zusammen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments die Voraussetzungen zu prüfen, unter welchen eine solche Zusammenarbeit zwischen den beiden Versammlungen organisiert werden könnte;
- die Versammlung über die Ergebnisse dieses Meinungsaustausches zu unterrichten, damit der Vorsitzende des Politischen Ausschusses gegebenenfalls in die Lage versetzt wird, geeignete Schritte zu unternehmen.

Tagesordnungspunkt:

Rüstungsexportpolitik

(Drucksache: 1305)

Berichterstatter:

Abg. Harry Aarts (Niederlande)

(Themen: Umsetzung der vom Europäischen Rat beschlossenen allgemeinen Richtlinien für Rüstungsexporte – internationales Technologiezentrum in Rußland – Sicherheitsrat der VN als Überwachungsgremium für den Vertrag über die Nichtverbreitung

von Kernwaffen – Internationales Übereinkommen zur Verhinderung des Exports von Nuklearwaffentechnologie und diesbezüglichem Know how – Konvention über chemische Waffen)

Empfehlung 520

betr. die Rüstungsexportpolitik

DIE VERSAMMLUNG

- verweist auf die weltweite Diskussion in der Öffentlichkeit während und unmittelbar nach dem Golfkrieg, in der großes Unbehagen geäußert wurde über die vorausgegangenen umfangreichen Waffenverkäufe an den Irak und in deren Verlauf eine Verringerung des internationalen Waffenhandels gefordert wurde;
- ist besorgt darüber, daß ein anhaltender unkontrollierter internationaler Rüstungstransfer die bestehenden Spannungen und latenten Konflikte in zahlreichen Regionen der Welt verschlimmern könnte;
- befürchtet ebenfalls, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwischen den Mitgliedern des heute nicht mehr existierenden Warschauer Pakts die Entwicklung eines Schwarzmarkts der Rüstungsbeschaffung aufgrund der bestehenden umfangreichen Lager erleichtern könnten;
- begrüßt daher die erklärte Entschlossenheit der Mitgliedstaaten der KSZE, das neue Internationale Waffenexportregister der Vereinten Nationen zu unterstützen und ihm umfangreiche Informationen zur Verfügung zu stellen;
- betont die zunehmende Gefahr der nuklearen Weiterverbreitung und des entsprechenden Fachwissens sowie die Unzulänglichkeiten der bestehenden internationalen Regimes, die der Verhinderung der Verbreitung von chemischen und biologischen Waffen und Rakentechnologie dienen sollen;
- begrüßt daher die Beschlüsse Frankreichs und der Volksrepublik China, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu unterzeichnen, und den Beschluß Nordkoreas, dem Übereinkommen über die nuklearen Kontrollmaßnahmen beizutreten;
- begrüßt ebenfalls den Beschluß der Europäischen Gemeinschaft, der Vereinigten Staaten, Rußlands und Japans, ein internationales Wissenschafts- und Technologiezentrum in Rußland zu schaffen, um Wissenschaftler aus der früheren Sowjetunion davon abzuhalten, Wissen über die Herstellung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen an Dritte zu verkaufen;
- verweist auf die Notwendigkeit einer Einschränkung der Waffenexporte und einer Harmonisierung der Rüstungsexportpolitik sowie entsprechender Regelungen über „dual use“-Produkte innerhalb der Europäischen Ge-

meinschaft noch vor dem Wegfall der Grenzen und internen Kontrollen am 1. Januar 1993;

- (ix) verweist ebenfalls auf die besondere Verantwortung der Westeuropäischen Union im Rüstungsexportbereich, da dieser Bereich Auswirkungen auf die Verteidigung und grundlegenden Sicherheitsinteressen ihrer Mitgliedstaaten hat.

DIE VERSAMMLUNG EMPFIEHLT DAHER DEM RAT,

1. die für eine Harmonisierung der Rüstungsexportpolitik notwendigen Beschlüsse der Europäischen Union auf der Grundlage der vom Europäischen Rat in Luxemburg festgelegten gemeinsamen Kriterien auszuarbeiten und durchzuführen
2. eine gemeinsame Initiative im Rahmen der Vereinten Nationen zu ergreifen mit dem Ziel:
 - a) die Bereitstellung von Informationen für das internationale Waffenexportregister der Vereinten Nationen für alle Mitgliedsländer der Vereinten Nationen zu einer bindenden Verpflichtung zu machen, deren Nichtbeachtung Sanktionen zur Folge haben kann;
 - b) alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen aufzufordern, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und den Vereinbarungen über die Kontrollmaßnahmen beizutreten und den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum zuständigen Gremium für die Überwachung dieser Übereinkommen zu erklären;
 - c) die Rolle der IAEO durch Anhebung ihres Haushalts zu verstärken, ihr die Ermächtigung zur Verhängung von Sanktionen zu erteilen und sie der Autorität des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu unterstellen;
 - d) ein internationales Übereinkommen zu erarbeiten zur Ergänzung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und zur Verhinderung des Exports von wissenschaftlichem know-how oder Technologie im Bereich der Nuklearwaffen;
 - e) den baldigen Abschluß einer weltweiten Konvention über chemische Waffen zu fordern und sich dafür einzusetzen, daß die von der australischen Gruppe erstellte Liste der chemischen Waffen zu einer weltweit gültigen Exportverbotsliste wird, deren Einhaltung die Vereinten Nationen überwachen;
 - f) das Kontrollregime für Raketentechnologie zu einem weltweiten Regime zu machen;
3. den nächsten Wirtschaftsgipfel, der im Juli 1992 in München stattfinden soll, aufzufordern, die verstärkte Rolle der Vereinten Nationen bei der Überwachung eines weltweiten Rüstungsexportregimes nachdrücklich zu unterstützen;
4. seine Mitgliedstaaten dringend aufzufordern, mit finanziellen Beiträgen zur Schaffung und zum Be-

trieb des Internationalen Wissenschafts- und Technologiezentrums in Rußland beizutragen.

Die operationelle Organisation der WEU

(Drucksache 1307)

Berichterstatter:

Abg. Sir Dudley Smith (Großbritannien)

Heinz-Alfred Steiner (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht über die Westeuropäische Union als operationelle Organisation für sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen muß im Zusammenhang mit den Berichten gesehen werden, die unsere Kollegen Caro und Goerens vorgelegt haben und denen wir bereits zustimmen konnten.

Wir haben den Bericht unseres geschätzten Kollegen Sir Dudley Smith bereits umfassend in zwei Sitzungen im Verteidigungsausschuß beraten und hatten dabei auch eine Reihe kritischer Anmerkungen zu machen; das will ich hier nicht verschweigen. Trotz intensiver Beratungen und auch konstruktiver Vorschläge ist es uns leider nicht gelungen, einen einvernehmlichen Empfehlungsentwurf vorzulegen. Ich bedauere dies sehr, zumal es aus meiner Sicht wichtig wäre, gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt deutliche und vor allem auch konsensfähige Signale zu diesem Thema an den Rat zu geben.

Die Beschlüsse von Maastricht geben dem Rat ja die Möglichkeit, Initiativen zu Fragen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu ergreifen. Unsere Aufgabe wäre es nun gewesen, im Rahmen der Ausgestaltung der Maastrichter Beschlüsse durch den Rat der Westeuropäischen Union diesem rechtzeitig unseren politisch begründeten Beitrag zu liefern.

In der sicherheitspolitischen Umbruchphase, in der wir uns befinden, müssen wir, um ernst genommen zu werden, besonders sorgfältig, allerdings auch besonders rücksichtsvoll, d.h. unter Berücksichtigung der Empfindsamkeiten der neuen mittel- und osteuropäischen Staaten, vorgehen. Wir dürfen nicht überheblich an diese Aufgaben herangehen, sondern wir müssen eher eine gewaltfreie, eine gut organisierte und fein abgestimmte gewaltfreie Einmischung ermöglichen. Nur so kann Sicherheit in und für Gesamteuropa garantiert werden.

Die übergeordnete Aufgabe aller europäischen politischen Organisationen für die kommenden Jahre besteht meiner Meinung nach darin, maßgeblich zur gesamteuropäischen Anbindung der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten und der Republiken der früheren Sowjetunion beizutragen. Wenn es gelingt, diesen Staaten beim Aufbau demokratischer Strukturen so reibungslos wie möglich, allerdings auch so schnell wie möglich zu helfen, dann ist dies für den Frieden wirksamer als noch so perfekt organisierte und perfekt ausgerüstete Eingreifverbände. Natürlich wird es auch in Demokratien immer Interessengegensätze geben; nur, ihre Gesellschaften

lassen eine gewaltfreie Lösung von Interessenkonflikten zu. Demokratische Regierungsformen sind zwar keine automatische Friedensgarantie, aber sie stellen eine wesentliche Bedingung dafür dar, Sicherheit durch Kooperation und durch Organisation zu erreichen.

Ich meine, wenn das der Grundkonsens unserer gemeinsamen Arbeit hier in der Versammlung sein sollte, dann kann es nur darum gehen, in dieser schwierigen Übergangsphase eine Risikoversorge zu erhalten oder, wenn wir es für nötig erachten, eine solche auf- oder auszubauen. Dabei müssen wir aber schrittweise vorgehen. Wir als Parlamentarier dieser Versammlung müssen zuerst eine politische Risikobeschreibung vornehmen; wir müssen Risiken aufzeigen, denen wir jetzt oder auf absehbare Zeit ausgesetzt sein könnten. In einem zweiten Schritt wäre dann aus unserer Sicht, aus Sicht der Parlamentarier, zu beschreiben, welche möglichen Instrumente wir für angemessen halten, um in Krisen oder gar bei Konflikten die der Westeuropäischen Union zugeordneten vertraglichen Aufgaben zu erfüllen.

Ich meine, daß wir mit dem uns vorliegenden Bericht und seinen Empfehlungen die sich aus meiner Beurteilung ergebende Systematik nicht hinreichend genug eingehalten haben. Wenn ich diese kritischen Anmerkungen mache, so sind sie nicht persönlich gemeint; es muß unter Freunden auch möglich sein, einmal kritische Anmerkungen zu machen.

Wir hätten uns in der Abfolge des von mir Gesagten leichter getan, wenn wir die möglichen militärischen Aufträge, seien sie nun humanitärer Art oder letzte Maßnahme im Konfliktfall, in der Perspektive einer Europäischen Union aufgezeigt hätten. Die Vorbereitung, d.h. die Planung der Auftragserfüllung, sollte dann denen überlassen bleiben, die speziell dafür ausgebildet sind. Unsere Aufgabe ist es, dafür klare politische Vorgaben zu liefern. Die Entscheidung über militärische Einsätze muß jedoch unter dem Vorbehalt der zuständigen politischen Gremien gestellt bleiben, und zwar unter Wahrung der nationalen verfassungsrechtlichen Grenzen sowie unter Wahrung der Bestimmungen der UN-Charta. Vielen Dank.

Heinz-Alfred Steiner (SPD)*: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte gern vor der Abstimmung das Wort genommen, zumal ich bedauern muß, daß ich diesem Bericht, der aus meinem Ausschuß, dem Verteidigungsausschuß, kommt, meine Zustimmung nicht geben konnte. Am heutigen Vormittag sah es noch so aus, als hätten wir einen Minimalkonsens gefunden. Wir haben uns heute morgen ja noch einmal mit diesem Bericht beschäftigt und haben eine Abstimmung durchgeführt, in der es mit deutlicher Mehrheit zu dem Ergebnis kam, Ziff. 7 der Empfehlung zu streichen. Ich glaube, das war der Minimalkonsens, der dazu hätte beitragen können, heute hier eine größere Mehrheit zustande zu bringen. Ich bedauere es sehr, daß der Berichterstatter, der zugleich Ausschußvorsitzender ist, diese Information in dieser Form vor der Abstimmung nicht gegeben hat. Das macht mich sehr betroffen.

Lilo Blunck (SPD)*: Ich habe mit Nein gestimmt, weil ich als Parlamentarierin diesen Antrag auf den Inhalt hin prüfe. Dieses nehme ich mir als Parlamentarierin als mein vornehmstes Recht heraus. Ich bin entsetzt darüber, daß es Sir Finsberg nicht darauf ankommt, wie der Inhalt eines Antrages ist, sondern nur darauf, wer ihn stellt. Dieses lehne ich als Parlamentarierin ab. Ich prüfe jeden Antrag auf den Inhalt hin. Deshalb habe ich mit Nein gestimmt.

Empfehlung 518

betr.: die WEU: die operationelle Organisation

DIE VERSAMMLUNG

- (i) mit Genugtuung über die von der WEU am 10. Dezember 1991 in Maastricht abgegebene Erklärung und diese Erklärung unterstützend, in der die Mitgliedstaaten darin übereinstimmen, daß es notwendig ist, eine echte europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität und eine größere europäische Verantwortung in Verteidigungsfragen zu übernehmen;
- (ii) darüber erfreut, daß die Mitgliedstaaten entschlossen sind, die operationelle Rolle der WEU zu stärken in der längerfristigen Perspektive einer gemeinsamen Verteidigungspolitik innerhalb der Europäischen Union, die zur gegebenen Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte;
- (iii) daher mit großer Freude über die Bekräftigung der äußerst wichtigen Rolle der WEU als dem Instrument, das wie kein anderes die europäische Verteidigungsidentität zum Ausdruck bringen kann, und entschlossen, weiterhin die notwendige parlamentarische Dimension für die Überwachung der operationellen Aufgaben der WEU zu gewährleisten;
- (iv) in der zuversichtlichen Hoffnung, daß die Schaffung des WEU-Satellitenzentrums in Torrejón die WEU in die Lage versetzen wird, eine noch umfassendere operationelle Rolle bei der Zusammenarbeit mit allen anderen Gremien zu spielen, die sich mit Verifikation, Krisenbewältigung und Umweltschutz befassen;
- (v) unter Hinweis auf die Empfehlungen:
 - 456 (betr. die Seeluftstreitkräfte);
 - 469 (betr. den Stand der europäischen Sicherheit – Eingreifverbände und Verstärkungskräfte für die Bereiche Europa-Mitte und -Nord);
 - 488 (betr. die Folgen der Invasion Kuwaits: Operationen im Golfgebiet);
 - 493 (betr. die Folgen der Invasion Kuwaits: Fortführung der Operationen im Golfgebiet);

*) Erklärung zur Abstimmung

- 498 (betr. die Golfkrise – Lehren für die Westeuropäische Union);
- 502 (betr. die Rüstungskontrolle: Streitkräftereduzierungen und die Rolle der multinationalen Einheiten);
- 505 (betr. die Rolle der Frauen in der Armee);
- 512 (betr. die operationelle Organisation für die WEU – die Jugoslawien- Krise),

sowie die schriftliche Frage 294, die Herr De Hoop Scheffer am 17. Dezember 1991 dem Rat vorlegte;

- (vi) mit Genugtuung darüber, daß eine so große Zahl ihrer oben erwähnten Empfehlungen vom Rat akzeptiert oder zumindest teilweise akzeptiert wurde und im Vertrauen darauf, daß alle ihre jüngsten Empfehlungen bezüglich der operationellen Aspekte der WEU nunmehr im Hinblick auf eine Implementierung innerhalb des neuen operationellen Rahmens der WEU noch einmal geprüft werden;
- (vii) sich dessen bewußt, daß solange eine nukleare Abschreckung auf einem Mindestniveau durch irgendeinen Mitgliedstaat der WEU aufrechterhalten werden soll, diese Abschreckung wirksam und glaubwürdig bleiben sollte;
- (viii) in Anbetracht dessen, daß man den Erfordernissen der europäischen Rüstungskooperation am besten gerecht würde durch die Schaffung einer Europäischen Rüstungsagentur, an der alle europäischen Staaten, die dies wünschen, beteiligt sind;

EMPFIEHLT DEM RAT

1. auf dem nächsten Ministertreffen die notwendigen Beschlüsse zu fassen, um der Erklärung der WEU von Maastricht Gestalt zu verleihen, und zwar durch:
 - a) Vereinbarung der Vorkehrungen zur Schaffung eines militärischen Planungsstabs der WEU mit einem angemessenen und genauen Mandat;
 - b) Festlegung der notwendigen Parameter für eine engere militärische Zusammenarbeit auf den Gebieten der Logistik, des Transports und der Ausbildung und Erteilung des notwendigen Mandats an die zuständigen WEU-Stellen, damit diese tätig werden können;
 - c) Bekräftigung der Notwendigkeit eines Ausschusses der Generalstabschefs der WEU und Erwägung der Schaffung eines WEU-Militärausschusses;
 - d) Weiterentwicklung der Überlegungen, der WEU bestimmte militärische Einheiten zuzuordnen und besondere Erwägung der Schaffung einer europäischen schnellen Eingreiftruppe, welche Elemente des zukünftigen Euro-Korps enthalten würde sowie luftbewegliche Einheiten aus den WEU-Staaten, die derartige Streitkräfte besitzen;

2. vorrangig zu prüfen, in welchen verschiedenen Bereichen mögliche WEU-Aktionen erfolgen könnten, sobald eine operationelle Organisation besteht;
3. den Status und die Aufgaben der assoziierten Mitglieder und Beobachter festzulegen, damit diese an den operationellen Aktivitäten der WEU (vor allem an der Arbeit des Zentrums in Torrejón) beteiligt werden können und ebenfalls die Möglichkeit zu prüfen, ob andere Mitgliedstaaten der NATO oder assoziierte Staaten der EG auf einer ad hoc-Grundlage an WEU-Operationen teilnehmen könnten;
4. dafür Sorge zu tragen, daß das WEU-Satellitenzentrum in Torrejón enge Beziehungen herstellt zu:
 - a) dem militärischen Planungsstab der WEU, der in Brüssel eingerichtet werden soll;
 - b) dem Koordinierungsausschuß der NATO für Verifikation;
 - c) dem KSZE-Konfliktverhütungszentrum;
 - d) dem Konsultativausschuß „Offene Himmel“;
5. eine Untergruppe „Beschaffung“ einzurichten, die sich aus Vertretern des Verteidigungsbereichs zusammensetzt und mit der Untersuchung der Frage betraut wird, wie engere Beziehungen zwischen WEU und IEPG hergestellt werden könnten, indem spezielle Beziehungen zum IEPG-Sekretariat in Lissabon aufgenommen werden;
6. die Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsproduktion und Rüstungsverringerung auf die Tagesordnung der zu erörternden Themen mit den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas zu setzen;
7. Frankreich und das Vereinigte Königreich zu ermutigen, möglichst in Zusammenarbeit eine wirksame und glaubwürdige nukleare Abschreckung auf einem Mindestniveau aufrechtzuerhalten und parallel dazu zu prüfen, ob es wünschenswert ist, eine „nukleare Konsultativgruppe“ der WEU einzurichten, um die in der Haager Plattform niedergelegten Grundsätze der nuklearen Abschreckung konkret umzusetzen und um dazu beizutragen, zu einem europäischen Standpunkt in der Frage der nuklearen Abschreckung und Nichtverbreitungsmaßnahmen zu gelangen;
8. sicherzustellen, daß alle Maßnahmen, die darauf abzielen, der WEU eine stärkere operationelle Rolle zu verleihen, gemeinsam mit dem Atlantischen Bündnis erörtert werden, damit diese Maßnahmen voll und ganz vereinbar sind mit den derzeitigen und zukünftigen militärischen Dispositionen, welche die kollektive Verteidigung der Bündnismitglieder gewährleisten sollen, und Kommunikationswege einzurichten, um eine solche Transparenz und Komplementarität zwischen NATO und WEU aufrechtzuerhalten.

Tagesordnungspunkt:

Die Anwendung der Entschlieung 757 der Vereinten Nationen

(Drucksache 1319)

Berichterstatter:

Abg. Jakob De Hoop Scheffer (Niederlande)

(Themen: Anwendung des Artikel VIII des geänd. Brüsseler Vertrages zur Anwendung der Entschlieung betr. die Situation im früheren Jugoslawien – Verurteilung der Kriegsverbrecher)

Dr. Günther Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Ende des vergangenen Jahrhunderts der Berliner Kongreß tagte und der damalige deutsche Reichskanzler Bismarck, der in dieser Zeit gelegentlich als ein „ehrlicher Makler“ betrachtet wurde, auf einer dieser Konferenzen sprach und erklärte, daß ihn die Wirren auf dem Balkan nicht die Knochen eines einzigen pommer-schen Musketiers wert seien, war das eine Zeit, in der er davon ausging, daß die bestehenden Großreiche – die k.u.k.-Monarchie, das osmanische Reich – für Ordnung auf dem Balkan zu sorgen hätten, dessen ethnische Minderheiten er als „Hammeldiebe“ einschätzte, die sich nicht selbst regieren könnten.

Diese Einschätzung aus dem 19. Jahrhundert kann für die Gegenwart nicht mehr Geltung haben. Die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker fordern auch auf dem Balkan ihren Tribut.

Wir erleben nun seit vielen Monaten einen Konflikt auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, der von Tag zu Tag schlimmer wird und der deutlich macht, daß die Zuschauerrolle der WEU, vor allem die Appeasement-Politik des Westens wieder einmal dazu beitragen, Kriege herbeizuführen, schärfere Situationen herbeizuführen, als es ursprünglich angenommen werden konnte. Wenn wir uns an die Versammlung im Dezember letzten Jahres erinnern, als der griechische Ministerpräsident und auch der tschechoslowakische Außenminister hier gesprochen haben, die beide großes Verständnis für Serbien zeigten, die gewisse Parallelen zu einer Zeit des Zweiten Weltkrieges herstellten, die die Schuld beim faschistischen Kroatien suchten, dann wird uns heute deutlich, daß dies nur ideologische Begründungen für bestimmte Interessen waren, die nicht mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen waren.

Wir erleben heute den größten Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir erleben die größte Vertreibung von Menschen seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa, und wir erleben einen sogenannten Bürgerkrieg, der längst außer Kontrolle geraten ist und der die Gefahr eines größeren Krieges heraufbeschwört.

Die Haager Landkriegsordnung, die Genfer Konventionen sind nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden. Sie werden in diesem Raum nicht eingehalten. Wir erleben gegenwärtig und werden in den nächsten Monaten erleben, daß benachbarte Länder hineingezogen werden; Ungarn und Rumänien, aber auch die Türkei und Albanien könnten

davon betroffen sein. Nicht zuletzt haben die Türkei und Albanien gerade in diesen Tagen einen militärischen Beistandspakt geschlossen.

In dieser Situation stellt sich Europa, stellt sich die WEU wieder einmal als ein Papiertiger dar. Es erinnert mich fatal an die Appeasement-Politik vor Beginn des Zweiten Weltkrieges. Sie können in den Memoiren Goebbels nachlesen, wie besorgt Hitler war, als er den Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes anordnete, daß Frankreich mobil machen, ein paar Truppen an die Grenze senden könnte. Er gab Goebbels zu verstehen, daß er diesen Einmarsch dann sofort rückgängig gemacht hätte. Htte Frankreich damals mobilisiert, dann wäre der Diktator vielleicht noch in die Schranken verwiesen worden. Ich glaube, was die Herren Generäle der Bundesarmee erklärt haben – der Kollege Caro hat es gesagt –: Wenn hier militärische Einheiten – sei es aus der Luft oder von See – gekommen wären, um die Beschießung von Dubrovnik zumindest durch ihre Anwesenheit zu verhindern, dann hätten wir uns vielleicht nicht bereitgefunden, diese Beschießung vorzunehmen. Die Geschichte wiederholt sich immer wieder; es werden immer wieder die gleichen Fehler gemacht.

Die Pazifisten in aller Welt, die nur aus der Emotion heraus und nicht aus dem Verstande heraus in diesen Bereichen argumentieren, tragen mit dazu bei, daß nicht Hunderte und Tausende von Menschen, sondern Zehntausende und Hunderttausende umkommen.

Hätte man im Fall Jugoslawiens vor mehr als einem Jahr Stärke gezeigt, hätte man zu verstehen gegeben, daß man nicht bereit ist, alles hinzunehmen, hätten wahrscheinlich Tausende, Zehntausende von Menschenleben bewahrt werden können. Das muß in dieser Klarheit und Deutlichkeit einmal gesagt werden. Sie können den Menschen in Europa nicht klarmachen, daß man zwar, wenn es um Öl im Nahen Osten geht, bereit ist, sich zu engagieren, daß man aber nicht bereit ist, sich zu engagieren, wo es nur um alte Menschen, nur um Kinder, nur um Babys, nur um Patienten in Krankenhäusern geht. Da sieht man zu, da schweigt man. Auch die jungen Menschen in Europa können nicht mehr verstehen, daß es hier eine doppelte Moral gibt.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Es geht nicht nur, wie es der Kollege Tummers erklärte, um Kulturgüter, es geht nicht nur um Menschen, es geht nicht nur um die Genfer Konvention und die Haager Landkriegsordnung, sondern es geht darum, daß, wenn Europa Sicherheit behalten und nicht Sicherheit aufgeben will – wie es William Pfaff gestern in der Herold Tribune in einem Kommentar geschrieben hat –, dieses Europa handeln muß. Es muß Zonen schaffen: Rückzugs- und Schutzzonen für die Zivilbevölkerung. Es muß bereit sein, zu Wasser und in der Luft dafür zu sorgen, daß das Embargo eingehalten wird.

Wenn Europa zu diesem Engagement nicht bereit ist, wenn sich bestimmte Staaten, bestimmte politische Gruppen – Herr Karsten Voigt hat das in Bonn bereits erklärt – vor solchen Aktionen drücken wol-

len, dann werden diese wieder einmal immense Schuld auf sich laden.

Lilo Blunck (SPD): Herr Präsident, ich würde die Empfehlung gern unterstützen. Ich hätte mich auch überhaupt nicht zu Wort gemeldet, wenn sich diese Empfehlung nicht zwischen gestern Abend und heute Abend in einem ganz entscheidenden Satz und damit substantiell verändert hätte. Ich meine den Satz: „Weitere Maßnahmen sollen in Erwägung gezogen werden“.

Das bedeutet Krieg. Das bedeutet mehr Zerstörung, mehr Tote und unendliches Leid für viele Unschuldige.

Ich frage mich: Haben wir aus all den schrecklichen Kriegen denn nun wirklich überhaupt nichts dazugelernt, aus dem Ersten Weltkrieg, aus dem Zweiten Weltkrieg, aus den Kriegen in Korea und Vietnam, aus dem Golfkrieg? Schreckliche Schuld haben wir dabei alle miteinander auf uns geladen. Wir wollen hier doch nicht plötzlich die Wahrheit beugen und diejenigen, die gegen Gewaltanwendung sind, die Pazifisten, als Täter oder als Verbrecher abstempeln. Wir müssen endlich Vorsorge treffen, d.h. sorgen, bevor etwas passiert.

Erst produzieren wir Waffen, dann verkaufen wir sie in Krisengebiete. Mit dem Erlös ziehen wir unsere Söhne groß. Dann eskaliert die Gewalt in den Krisengebieten, und wir schicken unsere Söhne dorthin, damit sie dort den Tod bringen und eventuell selbst getötet werden. Das ist zynisch!

Alle, die hier der brutalen Gewalt das Wort reden, geben uns überhaupt keinen Ratschlag, wie wir die Eskalation vermeiden sollen und können und wie wir aus dieser Eskalation eventuell wieder herauskommen. Denken Sie doch bitte alle einmal an Vietnam und das, was dort passiert ist. Ich habe das Gefühl, daß wir uns im Moment zu Richtern aufspielen, ohne wirklich die Fakten zu kennen.

Ich frage mich und ich frage Sie: Glauben Sie den Serben? Glauben Sie den Kroaten? Wissen Sie tatsächlich, was dort passiert? Können Sie wirklich wissen, wer dort schuldig geworden ist? Wollen Sie tatsächlich unsere Söhne dorthin schicken? Wollen Sie Gewalt dorthin bringen? Ich will das nicht.

Ich bitte deshalb ganz herzlich um getrennte Abstimmung. Ich möchte die Empfehlung – mit Ausnahme des zitierten Satzes – unterstützen. Den zitierten Satz kann ich nicht unterstützen. Ich bin nicht für mehr Leid. Ich bin nicht für mehr Zerstörung. Ich bin nicht für mehr Tote. Ich möchte endlich Vorsorge getroffen wissen. Die Gewalt soll endlich beendet werden.

Empfehlung 519

betr. die Anwendung der Entschlieung 757 der Vereinten Nationen

DIE VERSAMMLUNG

- i. unter Hinweis auf ihre Empfehlungen 506, 511 und 512 betr. die Jugoslawienkrise;

- ii. bestrebt, das schreckliche Leid, das derzeit den betroffenen Völkern, insbesondere in Bosnien-Herzegowina und in Kroatien, zugefügt wird, zu beenden;
- iii. die vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am Samstag, den 30. Mai 1992 verabschiedete Entschlieung 757 uneingeschränkt unterstützend;
- iv. entschlossen, dafür Sorge zu tragen, daß das Handels- und Ölembargo, das darauf abzielt, Serbien und Montenegro zu einer Umkehr ihres Verhaltens zu bringen, sich als wirksam erweist;
- v. nachdrücklich den Appell des Generalsekretärs der WEU nach einem europäischen Vorgehen unterstützend und die Anwendung von Artikel VIII des Geänderten Brüsseler Vertrags fordernd;

EMPFIEHLT DEM RAT DRINGEND,

unter Berufung auf Artikel VIII des Geänderten Brüsseler Vertrags unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um geeignete Schritte durch die Mitgliedstaaten der WEU vorzubereiten, die zur Anwendung der Entschlieung 757 der Vereinten Nationen beitragen können. Weitere Maßnahmen sollten in Erwägung gezogen werden, falls die Entschlieung 757 nicht den gewünschten Effekt zeigt;

unverzügliche Initiativen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß Kriegsverbrecher entsprechend den Richtlinien des von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates im Mai 1992 unterbreiteten Vorschlags verurteilt werden.

Mittwoch, 3. Juni 1992

Tagesordnungspunkt:

Stellungnahme betr. Verwaltungsaufgaben der Ministerorgane der WEU für das Haushaltsjahr 1992

(Drucksache 1303)

Berichterstatter:

Abg. Lord Mackie of Benshie (Großbritannien)

Tagesordnungspunkt:

Die neuen Beziehungen zwischen Europa und Amerika

(Drucksache: 1310)

Berichterstatter:

Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (Deutschland)

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Herr Präsident! Der vorliegende Bericht untersucht vor allem die Meinungen, Konzeptionen und Planungen in den Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges. Er

geht von einem erweiterten Sicherheitsbegriff aus, der politische, wirtschaftlich-finanzielle und militärische Elemente enthält. Wir alle, die wir im Rahmen der Politischen Kommission im Februar dieses Jahres in die USA reisten, waren uns darüber im klaren, daß es in einem Jahr der Präsidentenwahl natürlich nicht leichtfiel, verbindliche Antworten auf jede unserer Fragen zu bekommen. Deshalb haben wir eine breite Darstellung der verschiedenen Aspekte und Themen, aber auch was die Präsentation der Meinungen angeht, gewählt.

Ich habe vor allen Dingen im ersten Teil versucht — das sollte im Grunde selbstverständlich sein —, noch einmal an die gemeinsamen Werte und auch an die gemeinsame Geschichte zur Stabilisierung der Demokratie zu erinnern. Das habe ich hier noch einmal erwähnt, weil — das lernt man in der Politik — auch das Selbstverständliche immer wieder betont werden muß.

Wir haben dann versucht, deutlich zu machen, daß die Erklärung, die der amerikanische Präsident nach dem Maastrichter Gipfel gegenüber den Verträgen formuliert hat, im Grundton sehr positiv gewesen ist. Er hat im Schlußteil dieser Erklärung sicherlich auch bestimmte Differenzen angedeutet, insbesondere im Zusammenhang mit der Uruguay-Runde. Zwischen den Zeilen ist sicherlich auch erkennbar, daß die USA mit einem wirtschaftlich und politisch stark integrierten Europa gewisse Probleme haben, weil durch ein solches wirtschaftlich und politisch stark integriertes Europa natürlich die Möglichkeit besteht, daß wir in eine Wettbewerbssituation kommen, die sicherlich auch ein Umdenken auf amerikanischer Seite erfordert.

Wir haben bei den Diskussionen in den Vereinigten Staaten sehr deutlich erlebt, daß es in den verschiedenen Teilen der Administration diesbezüglich noch erheblich unterschiedliche Auffassungen gibt. Dies gilt zu einem erheblichen Teil natürlich auch für den Kongreß. Deswegen beschäftigen sich die nachfolgenden Abschnitte intensiv mit bestimmten Entwürfen und Planungen innerhalb des Pentagon, auch wenn wir wissen, daß gerade die Kritik sowohl in der amerikanischen öffentlichen Meinung als auch im Kongreß gegenüber solchen Planungen sehr schnell zutage trat und auch zur Korrektur dieser Planungen geführt hat; aber solche Meinungen existieren. Inzwischen — insofern muß dieser Teil des Berichts natürlich in einem neuen Licht gesehen werden — gibt es eine Neufassung, insbesondere der in Form eines ersten Entwurfs veröffentlichten Teile dieser Pentagon-Papiere.

Die weiteren Abschnitte beschäftigen sich sehr intensiv mit der Uruguay-Runde und den GATT-Verhandlungen. Nachdem dieses Thema auf der Münchener Wehrkundetagung im Februar sehr stark durch den amerikanischen Vizepräsidenten und einige Senatoren betont worden ist, haben wir uns intensiv mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Es geht um die vorher angedeutete Richtung, daß auch in der amerikanischen öffentlichen Meinung und im Kongreß immer stärker wirtschaftliche und finanzielle Fragen in den Vordergrund treten.

Das Verhältnis sowohl der Europäer als auch der Vereinigten Staaten zur Dritten Welt ist relativ spärlich behandelt worden. Wir haben vor dem Hintergrund der mittlerweile in Rio begonnenen Konferenz vor allen Dingen die ökologischen Probleme angesprochen. Wir wissen, daß gerade auf diesem Gebiet die Probleme auf beiden Seiten des Atlantiks künftig größer werden. Es gibt zwar gewisse Übereinkünfte im grundsätzlichen, aber es gibt noch eine erhebliche Kluft, was die genauen Daten für bestimmte Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes, des Artenschutzes und insbesondere unterschiedliche Meinungen in der Frage der Finanzierung dieser Fonds angeht, die dazu dienen, den Regenwald und viele andere Dinge mehr in den Ländern der Dritten und Vierten Welt gemeinsam zu schützen.

Wir haben ferner ein Thema mit in den Blick zu nehmen, das auch in den Diskussionen in den Vereinigten Staaten eine zunehmende Rolle spielt, nämlich ganz bestimmte Praktiken und Verhaltensweisen im internationalen Austausch, die sicherlich auch im Zusammenhang mit dem GATT, aber auch im bilateralen Verhältnis sowohl zwischen den USA und Japan als auch zwischen Europa und Japan eine Rolle spielen. Ich meine, daß es eine Reihe gemeinsamer Interessen gibt, die bisher noch nicht so zutage getreten sind. Sicherlich sind Versuche zu beobachten, diese Thematik im amerikanisch-japanischen Verhältnis überwiegend bilateral zu behandeln, aber ich meine, hier gibt es erhebliche gemeinsame Interessen, insbesondere was die Öffnung bestimmter Märkte angeht. Ich meine weniger die Öffnung der Warenmärkte — hier gibt es relativ wenige Schranken — als vielmehr die interne Verfassung der japanischen Wirtschaft, die es den Europäern wie den Amerikanern erschwert, in den Bereich der Finanzmärkte, der Versicherungsmärkte hineinzukommen und auch bestimmte Produktionen aufzubauen. In weiten Bereichen gibt es Quasi-Kartelle. Auch dies eröffnet im Sinne eines erweiterten Sicherheitsbegriffs Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft.

Das Thema „NATO und die europäische Sicherheit“ steht im Mittelpunkt eines weiteren Teils des Berichts. Ausgehend von dem Dokument von Rom wird noch einmal die Rolle des NATO-Kooperationsrates erörtert. Wir wissen, daß es keine formelle Sicherheitsgarantie für osteuropäische Staaten gibt. Das war ja auch das Thema unserer Diskussion im Zusammenhang mit dem Bericht unseres Kollegen Jean-Marie Caro. Aber diese Diskussion auf beiden Seiten des Atlantik muß in dem Bewußtsein erfolgen, daß militärische Konflikte dort die westlichen Staaten in keiner Weise unberührt lassen. Dies gilt natürlich insbesondere für den ganz aktuellen Fall des ehemaligen Jugoslawien.

Deswegen ist in den Empfehlungen, die wir sehr zurückhaltend formuliert haben, eine Aufforderung enthalten, die neuen Risiken, denen wir ins Auge sehen müssen, sehr viel genauer zu definieren, nachdem sich direkte Bedrohungen gemindert haben, auch wenn sie natürlich nicht völlig verschwunden sind. Dies betrifft den weiten Bereich der Struktur,

der Ausbildung, des Auftrags der künftigen Streitkräfte, aber auch der geplanten Eingreifverbände. Hier kommt es wirklich auf eine Definition der Risiken und auf eine gemeinsame Einschätzung, wie man auf diese Risiken reagieren soll, aber auch auf eine genau abgesprochene Aufgabenteilung an.

Es gibt bisher nur Planungen, insbesondere in den Vereinigten Staaten, einen globalen Schutz für begrenzte Nuklearschläge zu entwickeln. Darüber, wie diese Planungen im einzelnen aussehen, ist noch zu wenig bekannt.

Es gibt zusätzliche Gründe für das europäische Zögern, in diese Planungen einzusteigen. Nach den Informationen, die mir zugegangen sind, ist in den letzten Tagen ein neuer amerikanischer Vorschlag ausgebreitet worden, dessen Details, muß ich bekennen, mir bisher noch nicht bekannt sind. Jedenfalls meine ich, daß diese amerikanischen Planungen, die den Europäern mit angeboten werden, intensive Beratungen erfordern.

Wir haben auch versucht, die Probleme Kanadas und den Anteil Kanadas an der europäischen Verteidigung und an der gemeinsamen Sicherheit mit zu berücksichtigen. Der Wunsch, daß Kanada sich weiterhin sehr sichtbar für die Sicherheit in Europa engagiert, ist in unserem Bericht sehr deutlich ausgedrückt worden. Damit verbunden ist allerdings eine schwindende Gewißheit, daß dies in Kanada so bewußt bleibt. Wir haben gleichwohl unsere Hoffnung ausgedrückt, daß trotz des fast vollständigen Abzugs der kanadischen Truppen, der in den nächsten zwei Jahren geplant ist, das bisherige Interesse an der gemeinsamen transatlantischen Sicherheit in der öffentlichen Meinung, in der Regierung und im Parlament lebendig bleibt und daß gerade der Dialog mit Kanada intensiv fortgeführt wird.

Lassen Sie mich am Schluß gerade nach einer langen Debatte im Politischen Ausschuß folgendes hinzufügen: Es hat mehrere Versionen dieses Berichts gegeben. Mir ist in dieser Debatte sehr deutlich geworden, daß sich manche Wahrnehmungen und Wertungen nach Generationen etwas unterscheiden. Es hat über manche Wertungen des Berichterstatters eine sehr lebhafte Debatte gegeben. Auch der Berichterstatter hat in dieser Debatte erheblich dazugelernt, weil es offensichtlich unterschiedliche Sichtweisen gibt und weil es immer wieder wichtig ist, daß eigentlich Selbstverständliche erneut zu betonen.

Ich möchte Sie sehr um folgendes bitten: In einer Zeit, in der neue Orientierungen notwendig sind, in der eine intensive Diskussion über die Einschätzung der Risiken wie über die Verteilung der Aufgaben notwendig ist – die Aufgaben müssen nicht völlig neu verteilt werden, aber es muß für künftige Risiken eine Diskussion und eine Neuverteilung geben – sollten wir eine solche Diskussion möglichst ohne Unterstellungen und Verdächtigungen führen.

Es ist vielleicht nur ein frommer Wunsch, zu sagen, die Diskussion soll ohne Unterstellungen und Verdächtigungen geführt werden, aber dieser Appell richtet sich an uns alle, und er richtet sich natürlich auch an die amerikanischen Freunde und Partner. Gerade weil die direkte Bedrohung verschwunden

ist, besteht hier wie anderswo eine unübersehbare Neigung, Ersatzhandlungen zu begehen, Ersatzgegner zu finden.

Um diese Debatte für das transatlantische Verhältnis fruchtbar zu machen, sollten wir die Diskussion von solchen Verdächtigungen, Unterstellungen und Ersatzhandlungen möglichst freihalten. Das ist mein Wunsch auch für diese Diskussion heute. Ich bedanke mich sehr für die Aufmerksamkeit und die Geduld beim Zuhören.

Robert Antretter (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte darum, aus der Kürze meiner Rede nicht auf die Bedeutung zu schließen, die ich dem Bericht meines Kollegen Soell beimesse. Ich glaube, daß dieser Bericht und der Goerens-Bericht die beiden wichtigsten Dokumente dieser Session darstellen. Ich halte diesen Bericht für ein wichtiges Dokument, weil er deutlich macht, daß an einigen wichtigen Punkten im Sicherheits- und Verteidigungsbereich und in der atlantischen Zusammenarbeit mehr Klarheit geschaffen werden muß. Ich halte ihn aber auch deshalb für ein wichtiges Dokument, weil er dadurch, daß er amerikanische politische Verhaltensweisen vermittelt, deutlich macht, wie die Interessenlage unserer Freunde jenseits des Atlantiks ist. Manches wird dadurch auch leichter nachvollziehbar.

Ich möchte mich vor diesem Hintergrund nur mit einem Detailaspekt befassen. Ich meine das deutsch-französische Korps. Wenn ich an die Aufregung über dieses deutsch-französische Korps denke, dann möchte ich als erstes daran erinnern, daß vor etwa fünf Jahren eine ähnliche Aufregung herrschte, als Pläne über die Aufstellung der deutsch-französischen Brigade und die Einrichtung eines deutsch-französischen Sicherheitsrates bekannt wurden.

Ich habe damals – erlauben Sie mir, mich selbst zu zitieren – von dieser Stelle aus davor gewarnt, andere zu irritieren, indem etwas in die Welt gesetzt werde, über das noch keine klare Einigung bestehe und über das deshalb auch nicht klar informiert werden könne.

Eine ähnliche Situation ist jetzt wieder entstanden, nachdem der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler in La Rochelle die Aufstellung eines Euro-Korps bekanntgegeben haben.

Wenn man dies tut, ohne gleichzeitig die Vereinbarungen zu veröffentlichen, ist es nicht verwunderlich, daß den unterschiedlichsten Interpretationen und Gerüchten Tür und Tor geöffnet wird, dies in einer Zeit, in der es ohnehin unterschiedliche Auffassungen über eine Neubestimmung der Arbeitsteilung zwischen NATO und WEU gibt. Ich bin sicher, daß viele Unklarheiten und Mißverständnisse beseitigt werden können; aber eines sollte vermieden werden: die Errichtung neuer permanenter Kommandostrukturen für eine Einheit, an der vielleicht bald mehrere Staaten beteiligt sein werden, die weder der NATO noch der WEU unterstellt sind.

Dann gäbe es in Zukunft drei unterschiedliche Sicherheitsstrukturen. Es wäre daher wünschenswert,

wenn beide beteiligten Staaten das Projekt in die WEU einbringen würden.

Es gibt heute innerhalb der Gesamtallianz bereits zuviel Mißtrauen in bezug auf Absichten und Hintergedanken einzelner Partner, und dies ist in der Tat auf amerikanischer Seite besonders stark ausgeprägt. Niemand kann daran Interesse haben, daß dieses Mißtrauen noch gefördert wird. Es ist daher dankenswert, daß das Kommuniqué des Elysée-Palastes vom 22. Mai 1992 ausdrücklich klarstellt, daß das Korps zur Stärkung der Atlantischen Allianz beitragen wird. Ich meine allerdings, eine etwas deutlichere Geste Frankreichs, die diesen Satz erläutert und konkretisiert hätte, wäre hilfreich und wünschenswert gewesen.

Nun belegt der Bericht an Hand einiger Dokumente amerikanischer offizieller Stellen, von denen der Berichterstatter selbst zumindest eines als vielsagend bezeichnet, daß in den Vereinigten Staaten Überlegungen hinsichtlich des Verhältnisses der USA zu Europa angestellt werden, die nur irritieren und viel Besorgnis erregen müssen, wenn etwa eines dieser Dokumente fordert, daß „die Vereinigten Staaten, um das Entstehen einer durch Konkurrenz geprägten Beziehung zu vermeiden, bemüht sein müssen, das Aufkommen von rein europäischen Sicherheitssystemen zu verhindern, welche die NATO unterminieren würden“.

Meine Damen und Herren, dies steht doch im Widerspruch zu dem und gibt das geradezu der Lächerlichkeit preis, was die Vereinigten Staaten den Europäern immer wieder geraten haben. So wollte beispielsweise Präsident John F. Kennedy die WEU als europäischen Pfeiler der NATO verstanden wissen. Noch jüngst haben die Vereinigten Staaten und Europa in Rom vereinbart, daß Europa eine europäische Sicherheitsidentität innerhalb der NATO entwickeln solle. Ich meine, es wäre gut, wenn die heutige Debatte dazu beitragen würde, Klarheit in diesen Punkten zu schaffen. Deshalb betrachten viele Europäer – wenn auch nicht alle – die NATO und die Allianz als ein reines Instrument amerikanischer Politik, durch das die anderen Vertragspartner dominiert werden.

Ein solches Denken mag – gerade auch angesichts verschiedener im Bericht zitierter amerikanischer Dokumente – verständlich sein, darf aber nicht zum Leitmotiv unseres politischen Handelns werden. Das Denken in Hegemonien beschränkt sich nämlich nicht nur auf die NATO, sondern findet sich auch immer wieder in Europa selbst, wenn beispielsweise davor gewarnt wird, Europa werde in Zukunft von den Deutschen dominiert.

Die Allianz und die Europäische Union muß sich in erster Linie auf gegenseitiges Vertrauen und auf die gemeinsamen Werte stützen, die wir weiter ausbauen und verteidigen wollen.

Daran zu arbeiten sollte unser Hauptanliegen sein, nicht aber die Beschwörung von Hegemoniegefahren. – Vielen Dank.

Margitta Terborg (SPD): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Be-

richt unseres Präsidenten und Berichterstatters Professor Soell über die neuen Beziehungen zwischen Europa und Amerika las, wirklich las – in allen seinen Punkten und Schlußfolgerungen –, mußte ich zugeben: Unserem Kollegen ist ein weit ausgreifendes Sittengemälde der transatlantischen Beziehungen gelungen. Nicht nur sein Rückgriff auf die Geschichte provozierte mich zu dieser Erkenntnis. Mich faszinierte die Auflistung der Fülle tatsächlicher und vermeintlicher Irritationen im Verhältnis zwischen Westeuropa und den USA, zwischen den USA und Asien, zwischen Europa, den USA und den GUS-Staaten.

Ich las aus dem Bericht das Bemühen der Allianzpartner, ihren Standpunkt zu allen Teilen der Welt, auch zu den ökologischen Dimensionen, so zu bestimmen, daß sie viel Einfluß, aber möglichst wenig Verantwortung übernehmen. Ich fand meinen Verdacht bestätigt, daß mit der Suche nach immer neuen Formelkompromissen die Interessenunterschiede zugekleistert werden sollen. Deshalb habe ich mich durch die 286 Ziffern des Berichts gekämpft und nicht nur die vorgeschaltete Empfehlung gelesen.

Ich habe daraus den Schluß gezogen: Die Suche nach neuen Sicherheits- und Verteidigungsarchitekturen oder gar – identitäten – das ist nur ein vergleichbar unscheinbarer Aspekt, gemessen an der großen Aufgabe, neue Vertrauens- und Kooperationsarchitekturen zu entwickeln, die Wirtschaftskriege vermeiden helfen – und die Gefahr ist längst nicht ausgestanden –, die unsere Erde überleben lassen – und wie unbeholfen und eigensüchtig wir dabei vorgehen, wird Rio zeigen –, die wirkliche Solidarität mit Osteuropa, aber auch mit den Staaten der Dritten Welt stiften, und ich erkenne keine überzeugenden Ansätze.

Beim Studium des Berichts habe ich mich gefragt: Welchen Beitrag kann die WEU eigentlich leisten? Wie kreativ kann sie sein, darf sie sein, um zu verhindern, daß ein Versagen auf den vorgenannten Sektoren letztlich uns wieder die Aufgabe zuweisen wird, mit einer modernisierten Militärarchitektur die Widersprüche dieser Welt in einer Fülle lokaler, regionaler anderer Konflikte auflösen zu helfen?

Als ich soweit war, dachte ich, das müßte ich Sie fragen, und wußte schon im voraus, daß ich damit an dem Vorurteil scheitern würde, hier versuche jemand, pazifistisches Gedankengut zu infiltrieren. Woran liegt das wohl? Sicher daran, daß es uns allen an einer humanen, solidarischen und in gewissem Umfang auch für das Überleben der Menschheit notwendigen Wahrnehmungsarchitektur fehlt. Ich erinnere Sie an den gestrigen Abend, als wir die Jugoslawienkrise durchbuchstabiert hatten, stand am Ende die Drohung mit einer militärischen Intervention. Solange das der letzte Rettungsanker der zivilisierten Menschheit ist, ist es eine erbärmliche Alternative, und eine auf die unsere Versammlung nicht auch noch stolz sein sollte.

Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): – Danke, Herr Präsident. – Ich freue mich, daß der Kollege Antretter die-

*) Schlußwort des Berichterstatters

sen Bericht begrüßt hat. Ich unterstreiche das, was er über das deutsch-französische Korps, insbesondere auch über die Informationspolitik gesagt hat, die die Beschlüsse dieses deutsch-französischen Korps begleitet hat.

Ich meine, in der neuen Lage, in der wir uns befinden und in der es viele Irritationen gibt, gehört es wirklich zu einer gemeinsamen Politik, daß wir nicht dazu beitragen, daß sich diese Irritationen noch vermehren. Wir werden mit den vorhandenen Problemen genug zu tun bekommen.

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit dem Verhalten beider Seiten des Atlantiks noch etwas zum Konflikt in Jugoslawien sagen. Sie wissen, daß auch vor dem Hintergrund des Golfkonflikts in der öffentlichen Meinung Europas Stimmen laut wurden, die sagten: Hier wird ein doppelter Standard in den internationalen Beziehungen errichtet.

Ich habe diese Meinung referiert, aber ich halte sie nicht für fair, weil es in der Tat zunächst Sache der Europäer in ihrem eigenen Bereich ist – das ist immer stärker Thema europäischer Innenpolitik –, die notwendigen Schritte einzuleiten. Wäre die Wahrnehmung des Konfliktes relativ früh in der notwendigen Dimension geschehen, bevor der erste Schuß gefallen ist, bevor das erste Blut geflossen ist, wären wir natürlich erheblich weiter.

Wir wollen nicht exklusiv als Westeuropäische Union und als Europäische Union diese Kontakte betreiben. Wir wissen, daß diese Diskussion natürlich auch im Rahmen der NATO stattfindet. Allerdings findet sie nur zwischen den einzelnen Stationen und ihren Regierungen innerhalb der NATO statt. Wir wollen einen neuen Schritt wagen, daß diese Europäische Union, die im Werden begriffen ist, im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sozusagen mit den USA und mit Kanada gemeinsam die Probleme definiert.

Der frühere Außenminister Genscher hat einen transatlantische Vertrag vorgeschlagen. Vielleicht sollten wir gerade diese Überlegung auch in den Vorschlag einbeziehen, den der Kollege Caro geäußert hat, nämlich ein ständiges Organ der Liaison etwa zwischen dem amerikanischen Kongreß und der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union zu schaffen, weil es noch viele Probleme auf diesem Gebiet gibt und insbesondere unsere Arbeit noch nicht genügend bekannt ist.

Lassen Sie mich zu einem letzten Punkt etwas sagen. Die Kollegin Terborg hat in der Tat etwas angesprochen, was uns alle gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krise in Jugoslawien sehr betroffen machen muß. Unsere Wahrnehmungsarchitektur ist immer noch unterentwickelt. Ich gebe das zu. Bei aller Unterschiedlichkeit der Wahrnehmung bestimmter Konflikte – wir möchten ja, daß sie so früh wie möglich wahrgenommen werden, damit es gar nicht erst zum Ausbruch kriegereischer Konflikte kommt – muß man natürlich beachten, daß es auch riesige Unterschiede kultureller Art, wirtschaftlicher Art gibt und daß es viele historische Konflikte gibt, die selbst unter den Zwölf noch lebendig waren, weil nationale Diplomaten natürlich häufig auf ihren eigenen Er-

fahrungsschatz zurückgegriffen haben. Das Wort, daß der Weg zurück nach Sarajevo relativ kürzer ist als der Weg zur Überwindung von Jalta gilt nach wie vor. Dies haben wir gerade im letzten Jahr erlebt.

Als Historiker habe ich großes Verständnis dafür, daß man sozusagen auf den nationalen Erfahrungsschatz zurückgreift. Nur, wenn man künftig Politik gestalten will, wenn man künftig rechtzeitig Krisen und Konflikte wahrnehmen will, dann muß man versuchen, möglichst früh gemeinsam Interessen zu definieren. Das betrifft die Europäer untereinander, und das betrifft auch das Verhältnis Amerika – Europa. Dann können wir auch die Wahrnehmungsarchitektur, deren Fehlen Sie zu recht beklagt haben, besser gestalten.

Ich bedanke mich sehr für die Anregungen in der Diskussion und möchte Sie bitten, der Empfehlung zuzustimmen.

Empfehlung 522

betr. die neuen Beziehungen zwischen Europa und Amerika

DIE VERSAMMLUNG

- (i) stimmt der Überlegung zu, daß die Entwicklung einer Sicherheitsidentität und eines Verteidigungsauftrages für Europa, so wie sie in der weiteren Verstärkung des europäischen Pfeilers innerhalb des Bündnisses zum Ausdruck kommt, die Integrität und Effektivität des Atlantischen Bündnisses stärken wird, und daß die Verstärkung der Rolle und Verantwortung der europäischen Mitglieder eine wichtige Grundlage für die Umwandlung des Bündnisses darstellt;
- (ii) vermerkt, daß die NATO in ihrer Erklärung von Rom über Frieden und Sicherheit eine neue Sicherheitsarchitektur fordert, in welcher NATO, KSZE, Europäische Gemeinschaft, WEU und Europarat einander ergänzen;
- (iii) ist überzeugt, daß das Atlantische Bündnis so lange von dauerhaftem Wert sein wird, wie es die wichtige Transatlantische Verbindung herstellt, die in einer signifikanten Präsenz nordamerikanischer Streitkräfte in Europa zum Ausdruck kommt;
- (iv) anerkennt den Ausbau der WEU als Instrument für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas als logische und unausweichliche Konsequenz eines entschlossenen Bemühens der europäischen Länder um ein höheres Maß an Integration;
- (v) ist davon überzeugt, daß die Schaffung echter multinationaler Streitkräfte in einem europäischen Rahmen, die sowohl bei Operationen der NATO als auch der WEU eingesetzt werden könnten, die beste Gewähr für die zukünftige Sicherheit in Europa bieten kann und besteht in diesem Zusammenhang darauf, daß – in Übereinstimmung mit dem Maastrichter

Vertrag – das deutsch-französische Euro-Korps der WEU zuzuordnen ist und daß die es betreffenden Vorkehrungen die militärische Struktur des Bündnisses stärken müssen;

- (vi) kommt zu der Erkenntnis, daß es in einigen Kreisen der Vereinigten Staaten aufgrund von mangelnder Kenntnis und mangelndem Verständnis um die Motivation der westeuropäischen Länder zur Entwicklung einer spezifischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität für Europa nach wie vor einen weit verbreiteten Argwohn gibt, der durch die zahlreichen Begegnungen und Konsultationen in den verschiedenen Gremien und Institutionen des Atlantischen Bündnisses bisher nicht ausgeräumt wurde;
- (vii) anerkennt die sinnvolle Rolle des Instituts für Sicherheitsstudien der WEU für die Vermittlung europäischer Auffassungen an die außen- und verteidigungspolitischen Kreise in den Vereinigten Staaten;
- (viii) ist sich bewußt, daß es unabhängig von wiederholten Zusicherungen durch die gegenwärtige amerikanische Administration Ungewißheit gibt bezüglich des Umfangs und der sich daraus ergebenden Wirksamkeit der in Europa stationierten amerikanischen Streitkräfte;
- (ix) erinnert daran, daß in Rom sämtliche Mitgliedstaaten der NATO sich bereit erklärt haben, in den Ländern Mittel- und Osteuropas sämtliche Schritte zu Reformen zu unterstützen und diesen Ländern praktische Hilfe zur erfolgreichen Bewältigung dieses schwierigen Übergangs zu gewähren;
- (x) sieht eine wachsende Diskrepanz zwischen der Entschlossenheit Amerikas, politischen Einfluß auf die Entwicklungen in Europa zu nehmen, und der abnehmenden Bereitschaft und Fähigkeit dieses Landes, in Europa eine militärische Präsenz aufrecht zu erhalten und dort finanzielle und wirtschaftliche Verpflichtungen einzugehen;
- (xi) ist der Auffassung, daß unabhängig von der jüngsten Entscheidung Kanadas zum Abzug sämtlicher Streitkräfte aus Europa Kanada nichtsdestoweniger nach wie vor der NATO und der Sicherheit Europas verpflichtet bleibt, indem es sich die Möglichkeit bewahrt, Truppenkontingente zu entsenden, und daß Kanada demzufolge in den Transatlantischen Dialog mit der WEU einzubeziehen ist,

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. im Wege der Konsultation mit seinen Transatlantischen Bündnispartnern eindeutiger die jeweilige Rolle und Aufgabe der bewaffneten Streitkräfte der NATO, der WEU und der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Wahrung von Sicherheit und Frieden in Europa zu definieren;
2. mit den Vereinigten Staaten eindeutiger festgelegte Kriterien für die Beibehaltung der Streit-

kräfte der Vereinigten Staaten in Europa zu definieren;

3. weiterhin die Rolle des Instituts für Sicherheitsstudien der WEU im Sinne einer besseren Vermittlung europäischer Sicherheitsauffassungen jenseits des Atlantik zu unterstützen, u. a. durch Veröffentlichung und größere Verbreitung der Ergebnisse seiner Arbeit;
4. die Politik der Bündnispartner auf beiden Seiten des Atlantiks enger zu koordinieren, um den Sicherheitsbedürfnissen der neuen Demokratien in Mitteleuropa gerecht zu werden; hierbei ist allerdings einzuräumen, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine bindenden Sicherheitsgarantien gegeben werden können;
5. die Tatsache zu berücksichtigen, daß ein neues Sicherheitskonzept auch die Entwicklung von Mitteln und Möglichkeiten beinhaltet, um zum geeigneten Zeitpunkt politische sowie diplomatische, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Mittel zur Bewahrung und Wiederherstellung des Friedens einsetzen zu können;
6. a) die gemeinsamen politischen Instrumente der Alliierten zu stärken, um sicherzustellen, daß zum Zwecke der Verhütung von Krisen zunächst eine gemeinsame Beurteilung der Lage als Voraussetzung für koordiniertes Handeln durchgeführt werden kann;
- b) eine Gruppe von politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Experten auf hoher Ebene einzusetzen, um eine aktualisierte Beurteilung und Abschätzung der gegenwärtigen Risiken durchführen und angemessene Modelle für den Umgang mit derartigen Bedrohungen entwickeln zu können.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Bundesministers für Verteidigung, Volker Rühle

Bundesverteidigungsminister Rühle: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Besuch meines Kollegen Kinkel Anfang der Woche sehen Sie mit mir nun schon das zweite neue Gesicht aus Deutschland. Ich darf sagen, daß ich gerne zu Ihnen gekommen bin, mich auf die Zusammenarbeit freue und heute gerne zu Ihnen über neue Aspekte der europäischen Verteidigungspolitik sprechen und mit Ihnen darüber diskutieren möchte. Dies geschieht nicht nur am Ende der deutschen Präsidentschaft, sondern in einer für die Entwicklung der WEU insgesamt bedeutenden Zeit kurz nach dem deutsch-französischen Gipfel in La Rochelle und der Frühjahrstagung der NATO und kurz vor der WEU-Ministerratstagung am 19. Juni.

Wenn ich vor der Versammlung der Westeuropäischen Union über europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik spreche, bin ich mir bewußt, daß ich bei diesem Thema Eulen nach Athen trage. Deswegen will ich mich auf einige wenige Punkte beschränken.

Das Scheitern des Sozialismus, die Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands haben die politische Landkarte Europas grundlegend verändert. Die eindimensionale Bedrohung des Ost-West-Konfliktes gehört der Vergangenheit an. An ihre Stelle sind jedoch neue, weniger klare Gefährdungen und Risiken getreten. Heute brechen in Europa Konflikte auf, die unter der Betondecke des Kommunismus zugedeckt waren, die aber nicht gelöst wurden: offene Grenzfragen, ethnische Konflikte, soziale und wirtschaftliche Probleme.

Und schließlich geht es nicht nur um Sicherheit in, sondern auch für Europa. Die Sicherung von Frieden in Freiheit für alle Europäer erfordert nicht zuletzt die breitangelegte Vorsorge gegenüber krisen- und konfliktträchtigen Entwicklungen in anderen Regionen der Welt mit allen Instrumenten, die uns politisch und wirtschaftlich zur Verfügung stehen.

Vor uns liegen Jahre des kontinuierlichen Wandels. Diesen Wandel müssen wir gestalten und beherrschen. Nachdem wir den Kalten Krieg gewonnen haben, stehen wir jetzt vor der Aufgabe, auch den Frieden zu gewinnen.

In dieser Zeit gibt es keine klare Architektur der Sicherheit in Europa. Die sicherheitspolitische Landschaft ist in Bewegung geraten und wird nach meiner Einschätzung auf Jahre hin nicht zu neuen, festen Strukturen kristallisieren.

In dieser Situation ist es von Vorteil, daß wir mit der NATO, der KSZE, der sich entwickelnden Politischen Union Europas und der WEU verschiedene Instrumente haben, um unsere sicherheitspolitischen Interessen wahrzunehmen.

Viele Fragen des Verhältnisses dieser Institutionen zueinander sind noch ungeklärt. Doch wenn unserem Handeln ein gemeinsamer politischer Wille zugrunde liegt, werden wir auch diese institutionellen Fragen lösen können. Umgekehrt gilt aber auch: Institutionelle Regelungen oder gar militärische Strukturen können fehlenden politischen Konsens nicht ersetzen.

Lassen Sie mich nur wenige Sätze zu den Institutionen der Sicherheit, die wir haben, sagen.

Die NATO bleibt als Sicherheits- und Verteidigungsbündnis die Grundlage unserer Sicherheit. Als einziges funktionierendes Bündnis ist sie der Garant für Frieden und Stabilität in Europa.

Das Atlantische Bündnis und die Präsenz amerikanischer Truppen sind in 40 Jahren Bestandteil dessen geworden, was ich die europäische Sicherheitskultur nennen möchte. Das geht weit über das Militärische hinaus. Die USA sind und bleiben eine atlantische Macht, die auf beiden Ufern des Atlantiks präsent ist. Dies ist nicht nur für die Sicherheitsbalance in Europa unverzichtbar; es wahrt auch das politische Gewicht der USA in Europa.

Damit die Allianz ihre Aufgabe erfüllen kann, darf sie nicht überdehnt werden, beispielsweise indem durch weitgehende Sicherheitsgarantien für die Staaten der GUS Konflikte in das Bündnis hineingetragen würden, die nicht zu kontrollieren sind. Die

NATO wird allerdings ihre politische Rolle als Sicherheitssystem für ganz Europa ausweiten. Mit dem Nordatlantischen Kooperationsrat wurde ein Forum für Dialog und Kooperation mit den östlichen Partnern geschaffen. Damit wird umgesetzt, was die NATO-Außenminister auf ihrer Kopenhagener Tagung im Juni vergangenen Jahres auf die Formel gebracht haben: „Unsere Sicherheit ist unteilbar von der aller anderen europäischen Staaten.“

Darüber hinaus halte ich es für denkbar, daß die NATO im Einzelfall der KSZE für friedenserhaltende Maßnahmen ihre Ressourcen zur Verfügung stellt. Dabei muß allerdings klar sein: Die Hauptaufgabe der NATO bleibt der Schutz des Bündnisses, die Wahrung der Sicherheit und Integrität seiner Mitgliedstaaten. Erst wenn sie diesen Auftrag erfüllt, kann sie auch der Stabilitätsanker für ganz Europa sein.

Nicht zuletzt die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien haben deutlich gemacht, daß es Krisensituationen für die Sicherheit Europas gibt, in denen die NATO weder in der Lage noch willens ist einzugreifen. Diese nüchterne Analyse zwingt die Europäer dazu, mehr Verantwortung für ihre Sicherheit zu übernehmen. Europa darf nicht handlungsunfähig sein, wenn es um die Wahrung des Friedens und der Freiheit geht. Deshalb müssen die Europäer die notwendigen Instrumente schaffen, ihre ureigensten Sicherheitsinteressen wahren zu können. Die Entscheidung von Maastricht, mit Hilfe der WEU die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität zu stärken, ist deshalb von strategischer Bedeutung.

Der WEU kommt dabei die Aufgabe zu, als integraler Bestandteil der Europäischen Politischen Union an der Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungsidentität mitzuwirken. Die WEU soll in der Lage sein, „verteidigungspolitische Entscheidungen zu erarbeiten und durchzuführen“. Die deutsche Präsidentschaft ist in all diesen Bereichen aktiv geworden. Von besonderer Bedeutung waren die Treffen der Generalstabschefs in Bonn am 27. Januar und am 20. Mai. Dort haben sie die Ausgestaltung der operationellen Rolle der WEU diskutiert und die notwendigen politischen Entscheidungen vorbereitet. In Zukunft werden sie – so wurde beschlossen – regelmäßig vor ordentlichen Ministerratstagen und zusätzlich bei aktuellem Bedarf zusammenkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Euro-Korps, das auf dem deutsch-französischen Gipfel in La Rochelle am 22. Mai vereinbart wurde, ist eine wichtige Bereicherung der europäischen Sicherheitslandschaft. Im Juli wird der Aufstellungsstab seine Arbeit aufnehmen und bis 1995 soll der Verband einsatzfähig sein. In der Perspektive der Europäischen Union soll er dann unter Wahrung der nationalen verfassungsrechtlichen Grenzen sowie der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen drei Aufträge erfüllen können: den Einsatz im Rahmen der gemeinsamen Verteidigung der Verbündeten entsprechend Art. V des Washingtoner Vertrages oder entsprechend dem Brüsseler Vertrag, den Einsatz zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Friedens sowie den

Einsatz zu humanitärer Hilfeleistung. Die Entscheidung über einen Einsatz bleibt bei den jeweiligen Regierungen.

Die WEU als Bindeglied zwischen NATO und der sich entwickelnden Europäischen Politischen Union ist das politische Dach des Euro-Korps. Ich bin zuversichtlich, daß sich schon bald weitere Staaten am Euro-Korps beteiligen werden, das als deutsch-französische Initiative begonnen hat, deren Perspektive jedoch die eines wirklichen europäischen Korps ist.

Der Aufbau europäischer Sicherheitsstrukturen muß dabei mit der NATO, er darf nicht gegen die NATO geschehen. Aber auch die USA haben, wie ich meine, ein existentielles Interesse an einem stärkeren europäischen Partner, der mehr Verantwortung für seine Sicherheit übernimmt. Entscheidend ist, daß die Europäer diese Schritte im Einvernehmen vor allem mit den USA gehen und sich davor hüten, falsche Signale zu senden. Die Ausgestaltung europäischer Sicherheitsstrukturen muß von den Grundsätzen der Transparenz und Komplementarität geleitet werden. Die USA und Kanada sind und bleiben unverzichtbare Stabilitätspartner und Garanten einer zukunftssträchtigen, friedlichen Entwicklung in Europa.

In dieser Hinsicht erscheint mir wesentlich, daß die deutschen Kräfte, die für das Euro-Korps bestimmt sind, nicht aus ihrer NATO-Assignierung herausgelöst werden. Sie erhalten eine zusätzliche Aufgabe, bleiben aber für die NATO voll verfügbar. Auch in der Presseerklärung über die Sitzung des deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrates in La Rochelle haben wir noch einmal klargestellt, daß die nationalen Beiträge zum Euro-Korps die bestehenden Verpflichtungen gegenüber anderen Organisationen nicht berühren.

Zudem liegt die Priorität der Aufgaben des Euro-Korps beim gemeinsamen Einsatz im Rahmen der NATO entsprechend Art. V des Washingtoner Vertrages. Das Verhältnis der französischen Einheiten im Korps zur Allianz erhält damit eine neue Qualität. Das europäische Korps kann wie andere nationale und multinationale Kräfte sowohl im Rahmen der WEU wie auch als ein besonderer europäischer Beitrag im Rahmen der NATO eingesetzt werden. Frankreich stellt dabei seine diesem Korps angehörenden Truppen je nach Lage den Krisenreaktions- oder den Hauptverteidigungskräften der NATO zur Verfügung. Ich finde, dies ist ein Fortschritt.

Deutschland hat dem Auftrag des Euro-Korps nur unter dem Vorbehalt der Beachtung seiner gegenwärtigen verfassungsrechtlichen Situation zustimmen können. Für uns Deutsche stellt sich hier die Frage der Europafähigkeit unserer Sicherheitspolitik. Das vereinte und souveräne Deutschland darf außenpolitisch keine Sonderrolle spielen und sich nicht isolieren. Als normaler Staat muß Deutschland alle seine Rechte und Pflichten bei der Wahrung und Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit wahrnehmen können.

In Kambodscha, das ich erst vor wenigen Tagen besucht habe, sind fast 150 Sanitätssoldaten der Bundeswehr im Einsatz und stellen die medizinische Be-

treuung der 22000 militärischen und zivilen Angehörigen der UNTAC-Mission der Vereinten Nationen sicher. Die UNTAC steht in Kambodscha nicht nur vor der Aufgabe, den Waffenstillstand zu garantieren. Sie übernimmt bis zur Abhaltung freier Wahlen praktisch die Regierung, sie muß diese Wahlen vorbereiten und nicht zuletzt fast 400 000 Flüchtlinge repatriieren.

Der Erfolg oder das Scheitern dieser Operation haben nach meiner festen Überzeugung Signalwirkung für die zukünftige politische Bedeutung der UNO in der Welt. Deshalb war es für mich von großer psychologischer Bedeutung, daß Deutschland sich hier engagiert hat. Für Deutschland ist das ein großer Schritt, für andere mag es, von außen her gesehen und gemessen an den Zahlen, ein kleiner sein. Es ist aus deutscher Sicht ein großer Schritt in Richtung auf die Übernahme weiterer Verantwortung im Rahmen der Vereinten Nationen. Wir sind uns nämlich bewußt, daß wir nicht bei derartigen humanitären Einsätzen stehenbleiben können. Der nächste Schritt für uns Deutsche muß die Beteiligung an Blauhelm-Aktionen sein. Heute sind weltweit mehr als 40 000 Blauhelme im Einsatz, und ich glaube, es wäre dem deutschen Ansehen in der Welt schädlich, wenn wir uns den Erwartungen unserer Freunde und Partner entziehen würden. Im Deutschen Bundestag gibt es für solche Einsätze bereits eine grundsätzliche politische Zustimmung. Ich werde mich deshalb darum bemühen, in Gesprächen mit den politischen Parteien des Deutschen Bundestages noch in diesem Jahr nun auch die notwendigen Voraussetzungen für einen Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von Blauhelm-Aktionen der Vereinten Nationen zu schaffen.

Auf der anderen Seite lassen sich aber über 40 Jahre außenpolitische Erfahrungen und gewachsene Instinkte in meinem Land nicht und über Nacht abschütteln und verändern und schon gar nicht von oben her wegkommandieren. Das Hineinwachsen des wiedervereinigten Deutschlands in eine größere internationale Verantwortung muß ein organischer Prozeß sein. Dieser Prozeß braucht seine Zeit. Dies gilt insbesondere für die Beteiligung von deutschen Soldaten an Kampfeinsätzen. Ich glaube, daß es für diese Notwendigkeit einer organischen Entwicklung durchaus auch Verständnis bei unseren Verbündeten gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die KSZE ist der Rahmen für den Aufbau einer Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok. Sie bietet den Rahmen für eine umfassende Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft, Umweltschutz, Gesellschaft und Kultur. Mit der Charta von Paris haben sich erstmals alle Staaten Europas verbindlich auf die Prinzipien von Demokratie, Menschenrechten und Marktwirtschaft festgelegt und ein Arbeitsprogramm für die Schaffung einer dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung beschlossen.

Wir wollen der KSZE weitere Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Die KSZE sollte vor allem dadurch gestärkt werden, daß sie sich zu einer regionalen Abmachung im Sinne des Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen entwickelt.

Es ist im vorrangigen sicherheitspolitischen Interesse aller Europäer, daß der Vertrag von Wien möglichst bald umgesetzt wird. Nach Gesprächen mit unseren Verbündeten habe ich beschlossen, daß wir Mitte des Jahres einseitig mit der Zerstörung von rund 10000 Waffensystemen beginnen, die diesem Vertrag unterliegen. Damit setzen wir ein Zeichen für eine schnelle Ratifizierung des Vertrages durch die Staaten der GUS, denn in einem europäischen Sicherheitssystem ist der Beitrag von Abrüstung und Rüstungskontrolle zu Gleichgewicht und Stabilität sowie zum gegenseitigen Vertrauen unverzichtbar.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich auch den Beitrag der WEU zu Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa erwähnen. Die Expertengruppe über "open skies" hat erste Ergebnisse erzielt, und auch für das Inkrafttreten des KSE-Vertrages bis zum KSZE-Gipfel am 9./10. Juli hat sich die WEU mit Nachdruck eingesetzt – ein Ziel, das wir mit aller Kraft unterstützen.

Im Geflecht der europäischen Institutionen der Sicherheit wäre es falsch, sich in einer Zeit des Wandels einzuengen. Wir brauchen Flexibilität und verschiedene Handlungsmöglichkeiten. Die europäischen und transatlantischen Institutionen der Sicherheit können einander nicht ersetzen. Aber sie können einander ergänzen, wenn sie von einer gemeinsamen politischen Zielsetzung getragen werden.

Für diesen politischen Prozeß brauchen wir auch Ihre Unterstützung. Als parlamentarisches Gremium muß und – davon bin ich überzeugt – wird die Versammlung der Westeuropäischen Union ihre Stimme und ihre unersetzliche Erfahrung einbringen.

Ich möchte nicht schließen, ohne Robert Pontillons zu gedenken, der sich als Präsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU mit vorbildlichem Engagement für diese Aufgabe eingesetzt hat.

Zugleich gratuliere ich auch von dieser Stelle dem neu gewählten Präsidenten Professor Soell, den ich aus der gemeinsamen Arbeit im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages kennen- und schätzengelernet habe, zu seiner Wahl und wünsche viel Erfolg bei seiner Arbeit. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des französischen Verteidigungsministers Pierre Joxe²⁾

(Themen: WEU als integraler Bestandteil der Europäischen Union – Beschlüsse von La Rochelle – Eurocorps als schnelle NATO-Eingriffstruppe – Europäische Rüstungskoordination – Annäherung der WEU-Verteidigungsminister an IEPG – Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Staaten im sicherheitspolitischen Bereich)

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

²⁾ Übersetzung aus dem Französischen

mit großer Freude bin ich der Einladung Ihrer Versammlung gefolgt, in der ich vor einigen Jahren selbst einen Sitz hatte. In einer Zeit, in der der WEU im Rahmen der Maastrichter Beschlüsse eine zunehmende Rolle zugewiesen wird, ist die Beteiligung der gewählten Vertreter der Mitgliedstaaten an den Überlegungen und Debatten über den Aufbau Europas unter verteidigungspolitischen Aspekten mehr denn je wünschenswert und erforderlich.

Ich werde übrigens die Gelegenheit haben, demnächst einige von Ihnen als Gäste der Übung FARFADET wiederzutreffen, die in einigen Tagen im Süden Frankreichs durchgeführt und französische, italienische, spanische und britische Streitkräfte zusammenführen wird.

Die europäische Identität im Bereich der Sicherheit und Verteidigung wird immer deutlicher erkennbar: Es schien mir nützlich, einige Tage vor einem Ministertreffen der WEU in Bonn, auf der die Fortschritte verzeichnet werden sollten, hier vor Ihrer Versammlung Bilanz zu ziehen.

Durch die Verabschiedung der wichtigen Texte, die eine Wiederbelebung der Aktivitäten der WEU in den Jahren 1980 zunächst in Rom und anschließend in Den Haag eingeleitet haben, erfährt die WEU seit 1990 eine noch nie dagewesene Entwicklung. Diese Entwicklung wird sowohl im Bereich der militärischen Zusammenarbeit als auch im institutionellen und politischen Bereich deutlich.

Der *politische Rahmen* ist von nun an durch den in Maastricht unterzeichneten Vertrag über die Europäische Union vorgezeichnet. Sie wissen, daß Artikel J4 dieses Vertrages festsetzt, daß die Westeuropäische Union „als integraler Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union Beschlüsse und Aktionen der Union mit verteidigungspolitischen Implikationen erarbeiten und durchführen muß“. Die im Anhang des Vertrags erfolgte Erklärung der Mitgliedstaaten erläutert die der WEU zugewiesenen Aufgaben, die Stärkung ihrer operationellen Rolle sowie ihre Beziehungen zur Europäischen Union und dem Atlantischen Bündnis.

Die *militärische Zusammenarbeit* profitiert von dem Aufschwung, der anlässlich des Golfkriegs durch die ab 1990 getroffenen Entscheidungen im Bereich der logistischen Zusammenarbeit, der Koordinierung der Seestreitkräfte zur Anwendung des Embargos gegen den Irak oder der Abstimmung zwischen den Generalstabschefs erfolgt ist. Das Ministertreffen am 19. Juni wird die Gelegenheit zur Untersuchung der Ergebnisse bieten, die wir zur Stärkung der operationellen Kapazität der WEU – entsprechend den Beschlüssen der Maastrichter Erklärung – bereits erzielt haben.

Einige Beispiele sollen diese echten Fortschritte verdeutlichen:

- der Planungsstab, der Offiziere aus neun Mitgliedsländern beschäftigen wird, sollte im Oktober dieses Jahres in Brüssel errichtet werden. Diese für die Glaubwürdigkeit der WEU unverzichtbare Struktur wird der Organisation die Fä-

higkeit verleihen, fundierte Sachverständigen-gutachten im militärischen Bereich abzugeben;

- die Generalstabschefs der WEU werden in Zukunft regelmäßige Treffen veranstalten, die eine Abstimmung zwischen den höchsten Militärbehörden in Europa ermöglichen; ihr Treffen vom 19. Mai in Bonn hat dazu beigetragen, das nächste Ministertreffen unter bestmöglichen Bedingungen vorzubereiten;
- das von Frankreich vorgeschlagene und von Ihrem Bericht unterstützte Satellitenzentrum der WEU wird in diesem Herbst in Torrejón errichtet werden und dazu beitragen, unsere gemeinsamen Fähigkeiten im Bereich der Beobachtung zu verbessern.

Alle diese Maßnahmen weisen in die richtige Richtung. Ich freue mich, daß viele dieser Maßnahmen auf die Initiative Frankreichs zurückgehen. Gestatten Sie mir auch, diese Gelegenheit zu ergreifen, um die Dynamik zu begrüßen, die von der deutschen Präsidentschaft während dieses Jahres ausgegangen ist.

Die WEU-Minister werden am 19. Juni ebenfalls gemäß Absatz 5 der Maastrichter Erklärung die Frage der der WEU zugeordneten militärischen Einheiten erörtern. Dem von Frankreich und Deutschland am 22. Mai dieses Jahres in La Rochelle gefaßten Beschluß der Schaffung eines Euro-Korps liegt derselbe Gedanke zugrunde, ebenso wie den von meinem britischen Kollegen, Herrn Rifkind veröffentlichten Vorschlägen in bezug auf die Beteiligung seines Landes an der Stärkung der operationellen Rolle der WEU.

Dem Projekt des Euro-Korps wird die Erfahrung der deutsch-französischen Brigade zugute kommen. Die Schaffung einer Einheit, in der junge Franzosen und Deutsche Seite an Seite miteinander leben, ist an sich schon ein erster Schritt zur europäischen Integration im Verteidigungsbereich.

Das Euro-Korps unterscheidet sich jedoch stark von der deutsch-französischen Brigade. Es handelt sich hierbei um ein globales Konzept, das sich nicht auf einen Zusammenschluß zwischen Deutschland und Frankreich beschränkt, sondern den anderen Mitgliedstaaten der WEU sofort und *von Natur aus* offensteht. Es stützt sich auf die Errichtung eines multinationalen Generalstabs für operationelle Planung unter Anwendung des Prinzips der Multinationalität auf Generalstabsebene. Jeder Teilnehmerstaat leistet einen von ihm beschlossenen beliebigen Beitrag zum Korps.

Somit ist es nicht Aufgabe des Euro-Korps, eine „europäische Armee“ zu bilden, wie es von einigen Gegnern des Projekts oft dargestellt wird. Es handelt sich hierbei in der Tat um eine der Einheiten, die im Rahmen der WEU tätig werden können. Das Euro-Korps schließt also andere Projekte nicht aus, die der WEU weitere europäische Einheiten zur Verfügung stellen möchten, die nicht unbedingt der NATO angehören müssen, – dies möchte ich hier nochmals betonen.

Mehrere Länder haben übrigens ihre Absicht bekundet, der WEU einige ihrer der NATO unterstellten Einheiten zuzuordnen. Dies ist ein positives Zeichen der Unterstützung für die europäische Organisation, und ich freue mich darüber. Wir werden Gelegenheit haben, uns demnächst darüber in Bonn zu unterhalten.

Wir wünschen uns, daß sich diejenigen Länder, die Interesse am Projekt des Euro-Korps bekundet haben, so schnell wie möglich Frankreich und Deutschland anschließen. Durch diesen Zusammenschluß wird sich die deutsch-französische Brigade voll entfalten können.

Wir werden gemeinsam die Modalitäten der Anbindung des Korps an die WEU, deren natürliche Erweiterung es ist, definieren müssen.

Ich möchte kurz auf die sehr enge Bindung eingehen, die das Euro-Korps zur NATO unterhalten muß:

Die wichtigste Aufgabe des Korps besteht darin, zur gemeinsamen Verteidigung der Alliierten im Fall eines Angriffs eingesetzt werden zu können, auf der Grundlage von Artikel 5 des Vertrags von Washington sowie von Artikel 5 des Brüsseler Vertrages.

Das Euro-Korps wird folglich zur Unterstützung der NATO eingesetzt werden, entweder als „wichtigste Verteidigung“ oder für Missionen der „schnellen Eingreiftruppe“, z. B. an den Flanken des Bündnisses.

Ich glaube, man kann nicht deutlicher zum Ausdruck bringen, daß Frankreich und Deutschland bei der Gründung des Euro-Korps die Interessen und operationellen Zwänge des Bündnisses berücksichtigt haben.

Einzelheiten hinsichtlich der Einsatzbedingungen und Einsatzmodalitäten des Korps sowie seine Zuordnung unter den Befehl eines NATO-Kommandos sollten noch mit den betroffenen Generalstäben, die sich bereits darum bemühen, festgelegt werden. Zu diesem Zweck sollte ein Abkommen zwischen den verantwortlichen Behörden des Korps und den zuständigen Behörden der NATO unterzeichnet werden.

Wie Sie feststellen werden, besteht also die Aufgabe des Korps darin, entweder im europäischen oder im atlantischen Rahmen einzugreifen. Als logische Fortsetzung des Projekts der Europäischen Union und als solches an die WEU angebunden, ist es auch ein Mittel zur Stärkung des Europäischen Pfeilers des Bündnisses.

Im Gegensatz zu vereinzeltten Kommentaren ist das Euro-Korps keinesfalls als konkurrierende neue Struktur zur WEU oder zum Bündnis gedacht.

Die Fortschritte einer unter der Schirmherrschaft der WEU erfolgenden Zusammenarbeit müssen auch im Rüstungsbereich sichtbar werden. Wir müssen uns heute verstärkt koordinieren, um den in Maastricht festgesetzten Zielen zu entsprechen.

Wie stellt sich die heutige Situation dar?

- Auf der einen Seite haben wir den informellen Zusammenschluß zahlreicher europäischer Länder in einem Rahmen ohne Rechtsfähigkeit, die IEPG,

die es ermöglicht hat, intensive Verbindungen zwischen den Rüstungsagenturen der einzelnen europäischen Länder zu schaffen und Erfahrungen gesammelt hat, die es zu nutzen gilt;

- Auf der anderen Seite stehen die Rolle der Westeuropäischen Union als Organisation für die Ausarbeitung und Durchführung der zukünftigen gemeinsamen Verteidigungspolitik und zu gegebener Zeit die Schaffung einer europäischen Rüstungsagentur im Rahmen der von den Maastrichter Vereinbarungen gesetzten Zielen. Auf diesen Gedanken, dem eine deutsch-französische Initiative zugrunde liegt, wird heute in der Debatte Bezug genommen. Ich bin der Ansicht, daß der Inhalt dieser Initiative näher präzisiert werden sollte; dies ist ein wichtiges Thema für Diskussionen und Überlegungen derjenigen Instanzen, die sich in Zukunft innerhalb der WEU mit Rüstungsangelegenheiten befassen müssen.

Die Antwort auf die Frage, wie man die Erfahrung der IEPG ausschöpfen und sich gleichzeitig die neuen Perspektiven zu Nutze machen kann, die sich der WEU bieten, besteht sicherlich in einer Annäherung dieser beiden Organisationen. So lautete auch der Vorschlag, der am 6. März dieses Jahres auf dem Treffen der Verteidigungsminister der IEPG in Oslo gemacht wurde und zur Zeit untersucht wird. Wir werden die Diskussion über dieses Thema am 19. Juni anlässlich der Ministertagung der WEU wieder aufgreifen.

Nach diesen Ausführungen über die Fortschritte des europäischen Aufbaus erscheint es mir erforderlich, ausführlicher auf die Probleme einzugehen, die sich den verteidigungspolitischen Verantwortungsträgern im Bereich der Sicherheit des europäischen Kontinents stellen. Das tragische Beispiel Jugoslawiens führt uns jeden Tag immer schonungsloser die Gefahren vor Augen, denen Europa ausgesetzt ist.

Wie könnte man in einem solchen Zusammenhang die Angst unserer Freunde in Mittel- und Osteuropa überhören? Wie könnte man die Besorgnis derjenigen Länder nicht wahrnehmen, die sich in Prag, in Budapest, in Warschau, aber auch in Vilnius oder in Tallin vor den Auswirkungen der chronischen Instabilität und der inneren Zerrissenheit fürchten, von denen die Länder des Balkans und die Stufen des ehemaligen sowjetischen Empires erschüttert werden?

Am 19. Juni dieses Jahres werden die Minister der Mitgliedsländer der WEU zum ersten Mal mit ihren Gesprächspartnern aus den baltischen Ländern, aus Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei zusammentreffen. Frankreich strebt ein solches Treffen seit einem Jahr an. Wir dürfen die neuen Demokratien nicht enttäuschen. Ich bin der Ansicht, daß es von grundlegender Bedeutung ist, daß die Länder Westeuropas die Beziehungen und Verbindungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern herstellen, die für eine echte Zusammenarbeit mit diesen Staaten im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich erforderlich sind.

Ihre Versammlung hat Anfang April ein Kolloquium in Berlin veranstaltet, an dem ich zu meinem großen

Bedauern nicht teilnehmen konnte. Aber ich weiß, daß dort Vertreter der Regierungen Ungarns, der Tschechoslowakei und Polens ihre Ansichten zum Ausdruck gebracht haben. Wir müssen ihren Appell hören, der einen Appell an die europäische Solidarität darstellt. Das gilt für alle und insbesondere für diejenigen, die durch ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden sind.

Ich hoffe, daß wir in vierzehn Tagen in Bonn eine Übereinstimmung herbeiführen können in bezug auf die Entwicklung regelmäßiger und dauerhafter Beziehungen zu den acht eingeladenen Ländern auf allen Ebenen, einschließlich der Ministerebene. Diejenigen Staaten, die in Zukunft aufgefordert werden, der Europäischen Union beizutreten, müssen eine besondere Behandlung erfahren. Wir sehen in der Entwicklung dieser Beziehungen eine vordringliche Aufgabe der WEU im Jahre 1992.

Ich werde mich meinerseits unaufhörlich für diese Aufgabe einsetzen und auf dem Ministertreffen zu diesem Thema Stellung nehmen. Ich weiß, daß Ihre Versammlung meine Ansicht teilt.

Es gibt einen Bereich, in den im Rahmen der WEU eine besondere Zusammenarbeit mit diesen Ländern eingeführt werden könnte: Es handelt sich dabei um den Bereich der friedenserhaltenden Missionen. Französische Einheiten sind zur Zeit an der Seite der Tschechoslowaken in Krajina im Einsatz. Polen und Belgien sind ebenfalls in Kroatien präsent. Warum sollte man nicht konkrete Projekte in den Bereichen Fortbildung, Planung oder Logistik und darüber hinaus im Bereich der Konversion der Streitkräfte und Rüstung dieser Staaten fördern?

Europa stellt heute ein sehr kontrastreiches Bild von Hoffnungen und Sorgen, Erfolgen und Mißerfolgen dar. Die Europäische Union wird morgen mehr denn je zu einem Anziehungspunkt auf dem Kontinent werden. Wir sind gefordert, ihr umfassende Dimension zu verleihen bis in den Bereich der Verteidigung hinein und ihr die Mittel und die Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft anzuvertrauen.

Tagesordnungspunkt:

Die Entwicklung eines europäischen weltraumgestützten Beobachtungssystems

(Drucksache: 1304)

Berichterstatter:

Abg. Lilo Blunck (Deutschland)
und Abg. Jean Valleix (Frankreich)

(Themen: Strategische Beobachtung als Primärziel – Weitere Aufgaben hinsichtlich Krisenüberwachung und Umweltbeobachtung – Parlamentarische Kontrolle – Zusammenarbeit mit ESA und IEPG – Öffentlichkeitsarbeit – Finanzierung)

Empfehlung 523

betr. **die Entwicklung eines europäischen weltraumgestützten Beobachtungssystems**

DIE VERSAMMLUNG

- (i) begrüßt die Schaffung des WEU-Satellitenzentrums und die Aufnahme der Arbeit durch die Pilotgruppe, die die Voraussetzungen für die Entwicklung eines europäischen weltraumgestützten Beobachtungssystems untersuchen soll;
- (ii) weist nachdrücklich darauf hin, daß dieses erste multinationale Projekt zur Nutzung des Weltraums im Hinblick auf die Errichtung eines Kontrollsystems für die Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit einzigartig in der Welt ist;
- (iii) hebt hervor, wie wichtig es ist, für die Durchführung des geplanten Projekts die Unterstützung der Öffentlichkeit zu erhalten;
- (iv) ist der Ansicht, daß die Festlegung der Aufgaben des Systems einen intensiveren und regelmäßigeren Dialog als bislang zwischen dem Rat und der Versammlung erfordert;
- (v) verweist auf ihre Empfehlungen 465 und 466;
- (vi) begrüßt den Abschluß des „Open Skies“-Vertrages und hofft zuversichtlich, daß dieser Vertrag baldmöglichst von allen beteiligten Staaten ratifiziert werden wird;
- (vii) ist überzeugt, daß die WEU bei der Errichtung des Beobachtungssystems im größtmöglichen Umfang die Dienste und Erfahrungen der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) im Bereich von Erdbeobachtungsprogrammen einerseits und der nationalen Organisationen andererseits nutzen sollte;
- (viii) verweist auf die von der IEPG im Rahmen des EUCLID-Programms durchgeführte Arbeit über Radartechnologie und Satellitenbeobachtung;
- (ix) hält es für äußerst wichtig, daß bei der Auswertung von Satellitendaten der Grundsatz der Transparenz beachtet wird und daß alle Aspekte der Aktivitäten des Zentrums und des Beobachtungszentrums insgesamt der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.

DIE VERSAMMLUNG EMPFIEHLT DAHER DEM RAT,

1. das geplante System so zu konzipieren, daß es der Sicherheit der WEU-Mitgliedstaaten dient und auch von Nutzen für die größeren Organisationen mit einem europäischen, atlantischen oder weltweitem Auftrag sein kann;
2. die Versammlung regelmäßig zu unterrichten,
 - a) über jeden Schritt der Inbetriebnahme des Satellitenzentrums, über sein Organigramm und den Fortschritt der Durchführbarkeitsstudien;
 - b) über Kriterien für die Auswahl der Raumfahrt-industriebetriebe, die die Ausstattung des

Zentrums übernehmen und das Beobachtungssystem installieren sollen;

3. zu erläutern,

- a) welche Konsequenzen der „Open Skies“-Vertrag auf die Satellitenverifikation und auf die Aufgaben des WEU-Satellitenzentrums haben wird;
- b) was unter dem Begriff „Krisenbeobachtung“ zu verstehen ist und welche Folgen die engere WEU-Zusammenarbeit bei der strategischen Beobachtung für die Aufgaben des Zentrums und das weltraumgestützte Beobachtungssystem haben wird;

und seine Schlußfolgerungen der Versammlung vorzulegen;

4. so bald wie möglich Kontakte zu der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) herzustellen, um gemeinsam mit ihr die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen WEU und ESA bei der weltraumgestützten Beobachtung zu evaluieren und Vorkehrungen für seine Vertretung bei der nächsten Sitzung des Ministerrats der ESA im November 1992 in Spanien zu treffen;
5. Kontakte mit zur IEPG aufzunehmen im Hinblick auf eine Koordinierung der von dieser Gruppe durchgeführten Arbeit über Raumfahrttechnologie im Rahmen des EUCLID-Programms und den diesbezüglichen Aktivitäten der WEU;
6. die Öffentlichkeit verstärkt über die von ihm betriebene Raumfahrtspolitik zu informieren.

Donnerstag, 4. Juni 1992

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des schwedischen
Verteidigungsministers Anders Björck**

(Themen: Sicherheitssituation im Norden Europas – Neutralitätspolitik Schwedens – Schwedischer Verteidigungshaushalt – Zeitplan für Schwedens EG-Beitritt – Ausbau der KSZE zu einer Exekutivorganisation)

Heinz-Alfred Steiner (SPD): Herr Minister, auch ich freue mich, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind und heute hier vor der Versammlung gesprochen haben. Ich habe Ihre Ausführungen aufmerksam verfolgt und habe, so möchte ich sagen, mit Freude zur Kenntnis genommen, daß Sie auf der einen Seite gesagt haben, daß die Neutralitätspolitik im klassischen Sinne auf Grund der geänderten politischen Situation so nicht mehr gelten kann und daß Schweden an der Gestaltung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in und für Europa teilnehmen will. Sie haben auf der anderen Seite jedoch hinzugefügt, Schweden könne erst dann Mitglied der Westeuropäischen Union werden, nachdem Schweden Mitglied der europäischen Gemeinschaft ge-

worden sei. Es liegt ja auch ein entsprechendes Beitritts-gesuch vor. Ich meine, darin einen Widerspruch zu sehen und ich bitte Sie, mir diesen Widerspruch aufzuklären.

Wenn Sie an der Gestaltung einer neuen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik mitwirken wollen, dann werden Sie ja wissen, daß das Signal dafür in Maastricht gegeben worden ist. Es ist ein klares Signal und der Prozeß hat bereits begonnen. Das heißt: Wir sind dabei, diese gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik jetzt zu gestalten. Sie wollen daran teilnehmen; Sie könnten daran teilnehmen, und zwar direkt. Es gibt ja beispielsweise auch die Möglichkeit, als assoziiertes Mitglied bis zur Vollmitgliedschaft mitzuwirken und direkt Einfluß auf die Gestaltung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu nehmen.

Warum sehen Sie nicht die Möglichkeit einer Übergangslösung, zumal es ja bereits auch eine Kooperation in wirtschaftlicher Hinsicht mit der Europäischen Gemeinschaft gibt? Das wäre doch sozusagen eine Übergangslösung, bis über die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft entschieden ist.

In seiner Antwort wies Verteidigungsminister Björck darauf hin, daß Schweden zunächst eine solide Basis, die in einer vollen EG-Mitgliedschaft bestünde, benötige, bevor weiteren europäischen Organisationen beigetreten werden sollte. Ansonsten drohe Schweden im Zeitplan ein ähnlicher Rückschlag wie Dänemark ihn bei der Umsetzung der Beschlüsse von Maastricht erlitten habe.

Tagesordnungspunkt:

Rüstungskontrolle: KSZE und WEU

(Drucksache: 1306)

Berichterstatter:

Abg. Lluís Maria de Puig (Spanien)

(Themen: Künftige Politik der NATO, des Europarats und Europas im allgemeinen – Struktur der KSZE – Integration bestehender Verteidigungsinstrumente in die KSZE – Nordatlantischer Kooperationsrat – Nukleare Abschreckung auf Mindestniveau – Beseitigung chemischer und biologischer Waffen – „Open Skies“)

Empfehlung 524

betr. die Rüstungskontrolle: KSZE und WEU

DIE VERSAMMLUNG

- (i) mit Genugtuung über die Unterzeichnung der Verträge von Maastricht, welche der Schaffung der Europäischen Union neue Anstöße verleihen und Aussichten auf eine gemeinsame Verteidigung in der Zukunft eröffnen;
- (ii) sich der Herausforderungen bewußt, die sich der WEU mit den Maastrichter Verträgen stellen, in denen die WEU als integraler Bestand-

teil der Europäischen Union und langfristig als das Instrument einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gesehen wird;

- (iii) darüber erfreut, daß sowohl der Vertrag von Maastricht als auch die Erklärung der WEU die Rolle der WEU – und folglich ihrer Parlamentarischen Versammlung – als Europas wichtigstes Verteidigungsgremium der Gegenwart und auch der voraussehbaren Zukunft bekräftigen;
- (iv) den Rat und den Generalsekretär beglückwünschend zu ihren verschiedenen Initiativen, die von der WEU im Bereich der Rüstungskontrolle, insbesondere in bezug auf die Verifikation und die „Open Skies“-Übereinkünfte ergriffen wurden, und generell erfreut über die ausführlicheren und konstruktiveren Antworten des Rates auf die Empfehlungen der Versammlung;
- (v) unter Berücksichtigung der Entwicklung des derzeit in Europa ablaufenden Friedens- und Abrüstungsprozesses und mit besonderer Genugtuung über das Wiener Dokument von 1992, das einen entscheidenden Beitrag zu diesem Prozeß darstellt;
- (vi) sich der Bedeutung der derzeitigen Verhandlungen über europäische Sicherheit und Rüstungskontrolle, die im Rahmen des Treffens von Helsinki stattfinden, bewußt;
- (vii) in aufmerksamer Verfolgung des Prozesses der politischen und militärischen Umstrukturierung in den Staaten der früheren Sowjetunion;
- (viii) davon überzeugt, daß die WEU in das Friedens- und Sicherheitssystem, das sich in der Organisation und aufgrund der Entwicklung der neuen KSZE-Strukturen abzeichnet, miteinbezogen werden muß und daß daher unsere Versammlung jede sich bietende Gelegenheit ergreifen sollte, um die Entwicklung der KSZE-Versammlung sowohl in politischer als auch in praktischer Hinsicht zu unterstützen;
- (ix) in der Erwägung, daß es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der KSZE und dem Nordatlantischen Kooperationsrat geben sollte, die bis zur Vereinigung beider Gremien reichen sollte;
- (x) unter Hinweis auf die Empfehlungen 481, 513 und 514 und mit besonderer Bekräftigung von zwei Empfehlungen, deren unverzügliche Umsetzung sie dem Rat besonders nahelegt, nämlich:

„eine Politik der nuklearen Abschreckung auf einem Mindestniveau auszuarbeiten und durchzuführen, welche den jüngsten Veränderungen Rechnung trägt, aber auch die Wahrung der europäischen Interessen im Auge behält;

die Mitgliedstaaten der WEU und der KSZE zu ermutigen, den in Verbindung mit der Vernichtung konventioneller und nuklearer Waffen entstehenden Umweltproblemen größere Beachtung zu schenken, die Vermeidung dieser Art von möglichen Umwelt-

schäden zu untersuchen und darüber zu berichten und damit eine größere Transparenz in diesem wichtigen Bereich zu gewährleisten;"

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. seine Maßnahmen zur Förderung von Frieden und Abrüstung in Zusammenarbeit mit allen internationalen Organisationen, die sich mit Sicherheitsproblemen befassen, fortzusetzen, insbesondere durch Anregung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der WEU, damit diese Staaten bei den Verhandlungen der KSZE in Helsinki und bei zukünftigen Konferenzen eine gemeinsame Position vertreten können;
2. politische und praktische Unterstützung für die Staaten Mittel- und Osteuropas bei der Bewältigung von Problemen zur Verfügung zu stellen, die mit der militärischen und strategischen Umstrukturierung zusammenhängen, und zwar durch beschleunigte Umsetzung der wichtigen Entscheidungen, die für ihre volle Einbindung in das kollektive Sicherheitssystem, das im Rahmen der KSZE geschaffen wird, notwendig sind;
3. Kontakte zu den „neutralen“ Staaten herzustellen, die sich um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft bemühen, um mit ihnen gemeinsame Überlegungen über die Entwicklung der derzeitigen Lage, die Zukunft der europäischen Sicherheit sowie über zu erzielende Fortschritte zur Verwirklichung der in Maastricht eingegangenen Verpflichtungen anstellen zu können;
4. eine Verbindung in Form von Zusammenarbeit zu den mittel- und osteuropäischen Staaten, die sich in diesem Sinne äußern, herzustellen;
5. zu der Verabschiedung und Anwendung der neuen Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM), die in das Schlußdokument von Helsinki aufgenommen werden, beizutragen, indem er die diesbezüglichen Maßnahmen der Mitgliedstaaten koordiniert;
6. die Ratifizierung des KSE-Vertrags sowie seine unverzügliche Anwendung durch alle KSZE-Staaten, insbesondere durch die neuen Staaten der GUS, zu fördern, indem er im Namen der WEU an den entsprechenden Verfahren hinsichtlich Information sowie Abrüstungskontrolle und Verifikation teilnimmt;
7. zur Anwendung der „Open Skies“-Übereinkünfte beizutragen, indem er die der WEU zur Verfügung stehenden Mittel und Unterstützung anbietet, z.B. das Satellitenbeobachtungszentrum in Torrejón;
8. durch seine Beratungen zur Planung des zukünftigen europäischen Verteidigungssystems und zur Verringerung der Streitkräfte beizutragen, um auf diese Weise die Schaffung eines wirklichen Sicherheitssystems, das der neuen geostrategischen Lage auf dem europäischen Kontinent Rechnung trägt, zu ermöglichen;
9. nachdrücklich alle Pläne zur Beseitigung der chemischen und biologischen Waffen und zur Reduzierung der nuklearen Waffen zu unterstützen durch Herbeiführung gemeinsamer Positionen, wobei stets die strikte Anwendung des Nichtverbreitungsvertrags zu beachten ist, die Schaffung eines Waffenexportregisters bei den Vereinten Nationen zu ermutigen und diese Initiative durch Maßnahmen zu ergänzen, die auf eine Verringerung der Waffenexporte auf weltweiter Ebene gerichtet sind;
10. unter der Schirmherrschaft des amtierenden Vorsitzenden folgende Sofortmaßnahmen einzuleiten:
 - a) Fortsetzung der WEU-Konsultationen in Wien, die sich als sehr wirksame Anstöße für Maßnahmen der NATO im Bereich der Rüstungskontrolle erwiesen haben;
 - b) Gewährleistung, daß derartige Konsultationen zu einer positiven Haltung führen in bezug auf die Unterstützung noch intensiverer Abrüstungsgespräche zwischen den Zwölf in Helsinki;
 - c) Förderung spezieller Rüstungskontrollinitiativen, die bereits gemeinsam mit einigen GUS-Staaten, vor allem Rußland, eingeleitet wurden;
 - d) Einbeziehung der Gespräche über einen möglichen KSZE-Sicherheitsvertrag und über die Zusammenarbeit im Bereich „Open Skies“ in das nächste Ministertreffen zwischen den neun Mitgliedstaaten der WEU und den acht Staaten aus Mittel- und Osteuropa;
 - e) Konsultationen mit den sechs NATO-Staaten, die nicht der WEU angehören, mit dem Ziel, den Nordatlantischen Kooperationsrat (NAKR) in die Infrastruktur der KSZE zu integrieren.

